

# Sand im Getriebe 153

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org) E-Mail: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

## Die Dinge werden sich ändern. Es liegt an uns, zu entscheiden, wie.

### Inhaltsverzeichnis

#### FRIEDEN!

Kriegstreiber unerwünscht! Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2024.....	3
Kurzmeldungen.....	5
Hände weg von der Zivilklausel!.....	6
Bernhard Trautvetter: Das Endzeit-Manöver der NATO: Steadfast Defender 2024.....	7
DFG-VK: „Steadfast Defender“ abbrechen!.....	8

#### PALÄSTINA und NAHER OSTEN

Massaker an der Bevölkerung von Gaza: Verbrechen gegen die gesamte Menschheit vor unseren Augen.....	9
IPPNW fordert sofortigen Waffenstillstand und keine Waffenlieferungen.....	10
Südafrika klagt Israel wegen Völkermord am Internationalen Gerichtshof (IGH) an.....	11
Beschluss des IGH am 26. Januar 2024.....	13
Französisches Bündnis: IGH: Israel auf der Anklagebank, Sieg des Rechts!.....	14
Weitere Stellungnahmen zum IGH-Beschluss	14
Nick Dearden: Südafrika spricht für die Welt...	15
Israel – Kurz berichtet.....	15
David Goetzmann: Der Elefant im Raum.....	16
Frieden zwischen Israelis und Palästinensern...	17
JEMEN.....	18

#### KLIMA - UMWELT

Attac Hamburg: COP 28.....	19
Focus on the South: Kohlenstoffkompensation jetzt stoppen!.....	19
Klimaschutz – Proteste und Strategien.....	22
Katja Weitzdörfer: Chlordecon in Martinique..	23

#### GEGEN AUSTERITÄT FÜR EIN GUTES LEBEN!

Agnès Moussion, Jean-Francois Guillon, Attac Frankreich: 2023, ein außergewöhnliches Jahr für die sozialen Bewegungen in Frankreich.....	24
Alter Summit: Die Rückkehr der Austerität in Europa? Ein Aufruf zum Handeln.....	27
OXFAM: Inequality Inc.....	28
Tax the rich!.....	28
“Unsere Rente – Kein Spielball für BlackRock & Co. Menschenwürdige Renten für Alle“.....	29
Gesundheit und Pflege für Alle!?	31
A. Reich, R. Schmeller: Der unsoziale Haushalt. .	32
Gesine Löttsch: Nicht alternativlos: Bundeshaushalt 2024 / Ver.di Wirtschaftspolitik: Die Richtigen kontrollieren! / Christoph Butterwegge: Der Krieg Reich gegen Arm.....	33
<b>Bauernproteste</b> .....	34

#### Rechtsextremismus

Mehrere Beiträge.....	36
DGB-Themen: AfD – Der Feind der Beschäftigten.....	37

#### Migrationspolitik

Pro Asyl: Das neue Rückführungsgesetz bedient rechten Populismus, löst aber keine Probleme...38	
Kerem Schamberger, medico: Rückführungsverbesserung statt Remigration, ein fatales Signal. 39	

<b>John Pilger (1939 – 2023)</b> .....	40
--	----

## Vorwort

Die Menschheit steht mehr denn je vor der Frage, was sich durchsetzen wird:  
die Gewalt des Stärkeren oder Solidarität und Gerechtigkeit für alle Menschen?

„Es liegt an uns, zu entscheiden“ erinnert Nick Dearden von Global Justice Now (UK).

In zwei Sondernummern haben wir über die weltweite Kritik an Israels militärischen Angriffen gegen die  
Zivilbevölkerung in den palästinensischen Gebieten informiert.

Wir dokumentieren hier die Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Israel, die Entscheidung des IGH am 26. Januar 2024 und die Reaktionen dazu. Nick Dearden: „Wir dürfen nicht aufhören, Druck auf unsere Regierung auszuüben, um einen vollständigen **Waffenstillstand und ein Ende der Belagerung des Gazastreifens** zu fordern.“ IPPNW und viele weitere Organisationen fordern ebenfalls sofortigen Waffenstillstand und keine Waffenlieferungen. David Goßmann hebt hervor: „Eine friedliche und gerechte Lösung wäre jederzeit möglich.“

Die minimale Basis dafür ist allerdings Respekt vor internationalem Recht. Das betrifft die Blockade des Gazastreifens, das Apartheidregime, die Besatzung und die Verhinderung der nationalen Selbstbestimmung der Palästinenser in einem eigenen Staat.“

**Frieden!** Gegen Kriegstreiber, die sich auf der NATO-Sicherheitskonferenz in München versammeln, ruft das Aktionsbündnis zur Demonstration und einer Protestkette auf. Auch die Internationale Münchner Friedenskonferenz findet dort wieder statt. Ab Februar bis Juni soll „das Endzeit-Manöver der NATO: Steadfast Defender 2024“ durchgeführt werden. Gegen „diese die Spannungen in Europa weiter eskalierende Übung ist eine globale Kooperation zur Bewältigung der Krisen das einzig zu verantwortende Vorgehen.“ (Bernhard Trautvetter, DFG-VK) Anlässlich von **COP 28** fordert Focus on the South „Kohlenstoffkompensation jetzt stoppen!“ und begründet dies mit umfangreicher Dokumentation, wie Ökosysteme vor allem im globalen Süden Schaden nehmen, Menschenrechte und Rechte indigener Völker missachtet werden, was auf einen grünen Grabbing-Kolonialismus hinausläuft.

**Gegen Austerität – für ein gutes Leben:** Oxfam sagt es kurz und deutlich: „Seit 2020 haben die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sind weltweit fast fünf Milliarden Menschen ärmer geworden.“ „2023, ein außergewöhnliches Jahr für die sozialen Bewegungen in Frankreich“, bilanzieren Agnès Moussion und Jean-Francois Guillon (Attac Frankreich). Alter Summit hat im November 2023 „die Rückkehr der Austerität in Europa“ kritisiert und einen Aufruf zum Handeln beschlossen. Alexander Reich und Raphaël Schmeller analysieren den unsozialen Haushalt in Deutschland: „Kürzungen beim »Bürgergeld«, Entlastungen für Spitzenverdiener, dazu Privatisierungen.“ Unter dem Motto „Unsere Rente – Kein Spielball für BlackRock & Co. Menschenwürdige Renten für Alle – wie in Österreich“ fand schon im Oktober 2023 eine Konferenz statt; das Gemeingut-Bündnis wehrt sich gegen Krankenhausschließungen; Gesine Löttsch, Die Linke, Ver.di und viele andere nennen Alternativen zum Bundeshaushalt 2024. Auch die Bauern wollen anständig von ihrer Arbeit leben können – in diesem Heft dokumentieren wir einige Stellungnahmen aus Deutschland und anderen Ländern.


Um erfolgreich der Zunahme des **Rechtsextremismus** zu begegnen, sind Alternativen zu den sozialen Verwerfungen und den politischen Entscheidungen der deutschen Regierung zu entwickeln.

Pro Asyl, medico und andere lehnen das neue **Rückführungsgesetz** und Abschiebungen ab.

Kerem Schamberger von medico konstatiert: „Rückführungsverbesserung statt Remigration – ein fatales Signal.“

**John Pilger** ist von uns gegangen. Wir erinnern an sein engagiertes Wirken.

**Werkstatt für SiG 153** mit ergänzenden Artikeln: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-153-werkstatt>



**Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-)Bewegungen** (Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta vom Dezember 1998). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein Gedicht von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

**Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.**

**In eigener Sache:** Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org))

**Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben. Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,

**Bestellung gedruckter Exemplare** per E-Mail an die **Redaktion:** [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)  
**Newsletter abonnieren:** <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).  
Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

# FRIEDEN!

## Kriegstreiber unerwünscht!

### Aufruf des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2024 zur Demonstration und Protestkette am 17. Februar 2024 in München

#### Warum wir gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“ (Siko) protestieren

Wie schon seit 60 Jahren treffen sich im Februar 2024 Staatsvertreter, Militärs und Rüstungskonzerne zur Münchner „Sicherheitskonferenz“ (Siko) im Bayerischen Hof. Bei dieser Privatveranstaltung, die u.a. mit Steuergeldern [finanziert](#) wird, ging es nie um Sicherheit, sondern immer um die Machtinteressen der [NATO](#) und ihrer Mitgliedstaaten – besonders die der deutschen Bundesregierung, die eine [militaristische „Zeitenwende“](#) losgetreten hat und nun das ganze Land „[kriegstüchtig](#)“ machen will. Heute organisiert die Bundesregierung die größte [Aufrüstung](#) seit dem Zweiten Weltkrieg und schickt Waffen in [Kriegsgebiete](#). Das bedeutet: Wettrüsten, Konfrontation, Krieg – bis hin zum Atomkrieg. Auf der Siko wird diese Gewaltspirale als „Sicherheit“ verkauft. Die Siko soll nicht ungestört stattfinden. Mit einer Protestkette durch die Fußgängerzone und einer Demo, die das Luxushotel symbolisch umzingelt (Stachus – Odeonsplatz – Marienplatz), organisieren wir unsere Proteste.

#### Für Bildung und Soziales statt Panzer und Kriege!

Wenn es nach NATO und Bundesregierung geht, sollen mindestens [zwei Prozent des BIP](#) ab 2024 für Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Das wären derzeit rund 85 Milliarden EUR. Zusammen mit den im [Haushaltentwurf 2024](#) vorgesehenen Ausgaben für Verteidigung (52 Mrd. EUR) und den „Militärhilfen“ für die [Ukraine](#) (11 Mrd. EUR) und den geplanten Ausgaben aus dem „[Sondervermögen Bundeswehr](#)“ (20 Mrd. EUR), wird – gemessen am Gesamthaushalt – fast jeder fünfte Euro ins Militär gesteckt. Zum Vergleich: In Deutschland wächst jedes fünfte [Kind](#) in Armut auf. Für die Kindergrundsicherung sind im Bundeshaushalt 2024 nur zwei Milliarden Euro vorgesehen, während die [Sozialverbände](#) das Zehnfache an Bedarf veranschlagen. [Der einzige Posten](#), der erhöht wird, ist der Militärhaushalt. Das Geld, das die Bundesregierung in die Vorbereitung und Durchführung von Kriegen steckt, fehlt bei der Absicherung selbst der grundlegendsten Bedürfnisse von Kindern. Den [Organisatoren der Siko](#) gehen die „immer noch unzureichende[n] neue[n] Verteidigungsausgaben“ nicht weit genug. Wir protestieren gegen diese beispiellose Geldverschwendung angesichts der sozialen Missstände in Deutschland und [auf der ganzen Welt!](#)

#### Für Völkerrecht statt Faustrecht!

Statt den globalen Herausforderungen mit friedlichen Mitteln zu begegnen, setzen die Macher der Siko auf Gewalt. Doch um globale Herausforderungen zu bewältigen, benö-

tigt die Menschheit den Willen zur Kooperation sowie eine Stärkung der Vereinten Nationen (UN) und anderer Foren, die einen [Dialog](#) ermöglichen. Diese Foren werden jedoch von Propagandaveranstaltungen wie der Siko untergraben. Nicht erst seit der [Ausladung Russlands und des Irans](#) ist das Motto der Siko „Frieden durch“ eine Farce. Ohne Kontrolle und ohne völkerrechtliche Legitimation werden Absprachen getroffen, die internationale Abkommen und Institutionen [aushebeln](#). Stattdessen werden auf der Siko unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit internationale Beschlüsse, wie z.B. das Pariser Klimaabkommen oder die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN, zunichtegemacht. Denn die Waffen, die hier verkauft werden, und die Militärübungen, -kooperationen und -einsätze, die hier geplant werden, [zerstören](#) Klima, Umwelt und Menschenleben.

#### Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete!

In Europa stehen heute mehr Mauern als je zuvor. Mit militärischer Gewalt wird an [EU-Außengrenzen](#) gegen Geflüchtete vorgegangen, die vor dem Entzug ihrer Lebensgrundlagen fliehen. Das Mittelmeer wurde von der EU zu einem [Massengrab](#) gemacht. Diejenigen, die es allen tödlichen Widrigkeiten zum Trotz schaffen, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen, kommen mit großer Mehrheit aus den Regionen, [wo NATO-Staaten Krieg führen](#): Syrien und Afghanistan. Der Wertewesten entzieht sich seiner Verantwortung für die von ihm verursachten Krisen, die Folgen postkolonialer Ausbeutung, den Klimawandel und eine imperialistische Weltwirtschaftsordnung. Auch deshalb gehen wir gegen die Siko auf die Straße – denn für die Siko sind Flüchtlinge nur ein „Faustpfand in der Politik der (Groß-)Mächte“. Entgegen den aktuellen rassistischen Debatten um schnellere Abschiebungen und [Haftlagern an EU-Außengrenzen](#) fordern wir die Beseitigung von Fluchtursachen. Denn Krieg ist die [Fluchtursache](#) Nummer eins!

#### Für Kooperation statt Konfrontation!

Die Machtverhältnisse auf der Welt [verändern sich](#), weg von der Dominanz des „Westens“, hin zu einem Erstarren unterdrückter Länder, die sich um den „systemischen Rivalen“ China gruppieren (vgl. [China-Strategie der Bundesregierung](#)). Doch die Ewiggestrigen wollen ihren [überholten Weltherrschaftsanspruch](#) nicht aufgeben. Wirtschaftssanktionen sollen die Konkurrenten [brechen](#) und schwören das alte Lager auf den [Konflikt](#) mit den aufstrebenden Mächten ein. Denn im Sinne des militärischen und politischen Zusammenhalts und Machterhalts der NATO darf es keinen Frieden geben.

Deshalb werden Konflikte und Kriege wie in der [Ukraine](#) oder [Taiwan](#) in Kauf genommen und sogar angeheizt – bis es knallt!

Statt die Länder des globalen Südens weiter ausbeuten, statt Stellvertreter- und Bürgerkriege, statt neuer Lagerbildung und Konfrontation fordern wir eine weltweite friedliche und solidarische Kooperation auf Augenhöhe.

### **Für eine zukunftsorientierte und menschenfreundliche Politik!**

Wir stehen für all das, was auf der Siko verschwiegen oder ignoriert wird! Die Aufgaben, denen die Menschheit gegenübersteht, sind Klimawandel, Artensterben, Umweltzerstörung und Hungersnöte. Kriege sind keine Lösung. Und die Münchner Sicherheitskonferenz ist kein Ort, an dem ernsthaft um Lösungen für diese Probleme gerungen wird, ganz im Gegenteil.

Wir fordern eine lebenswerte Zukunft, nicht ihre Zerstörung. Wir fordern die Beendigung der Kriege, Bürgerkriege und gewaltsamen Konflikte – auch derer, die nicht im medialen Fokus stehen, wie beispielsweise im Sudan, Äthiopien, Jemen, Kurdistan.

Wir stehen auf der Seite der Menschen, die weltweit gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Ungleichheit und die Errichtung neuer Grenzen kämpfen.

### **Unsere Forderungen**

- Abrüsten statt Aufrüsten!
- Steuergelder für Sozialsysteme, Gesundheits- und Bildungswesen, Klima-, Arten- und Umweltschutz, ÖPNV, Flüchtlings- und Welthungerhilfe statt für Panzer und Bomben!
- Verhandeln statt schießen!
- Keine Beteiligung an Kriegen und Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Schließung von US- und NATO-Stützpunkten in Deutschland zur (Drohnen-)Kriegsführung!
- Bleiberecht für alle Menschen!
- EU-Asylreform aufhalten! Abschaffung der EU-„Grenzschutz“- Behörde Frontex!
- Aufnahme von Geflüchteten und Gewährung des Menschenrechts auf Asyl bei Gleichbehandlung unabhängig vom Herkunftsland, auch für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure!
- Stopp aller Waffenlieferungen und Rüstungsexporte! Schluss aller Exporte der deutschen Rüstungsindustrie! Keine militärische Verlängerung des Ukraine-Kriegs!
- Ausstieg aus der „nuklearen Teilhabe“!
- Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag! US-Atomwaffen raus aus Deutschland!
- Stärkung der Vereinten Nationen (UN) und des Völkerrechts!

[Bitte beachten Sie unseren Bündniskonsens](#) / [Quellenangaben](#)

<https://www.antisiko.de/antisiko-2024/aufruf-2024/>

## **22. Internationale Münchner Friedenskonferenz**

[www.friedenskonferenz.info](http://www.friedenskonferenz.info)



**Freitag, 16.02.2024 19:00-22:00 Uhr:**

### **Wohin treibt Europa?**

Interaktives Panel in der Freiheitshalle München, Live-Stream über [www.friedenskonferenz.info](http://www.friedenskonferenz.info)

Aufgrund der Europawahlen am 9. Juni 2024 konzentriert sich das Programm am Freitagabend auf sicherheitspolitische Spannungen und Konflikte in Europa, von Europa ausgehende und mögliche Lösungsansätze.

Eingeladen sind: **Clare Daly**, Pathway to European Peace ; **Olga Karach** Nash Dome – Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ; **Michael von der Schulenburg**: Der Ukraine-Krieg und unsere Verpflichtung zum Frieden

**17.02.2024, ab 10:00 Uhr, Workshops** - Präsenzveranstaltung in der Aula der Hochschule für Philosophie München  
- **Kampagne „NO means NO“** - Kriegsdienstverweigerung in Belarus, Ukraine und Russland (Olga Karach)  
- **Folgen und Opfer der Atomwaffentests** (IPPNW - mit Juliane Hauschulz und Stelle Ziegler )  
- **Die Friedensbewegung und die Abgrenzung von rechts**

### **Ab 13 Uhr: Demonstration und Menschenkette**

**17.02.2024, 18:00 – 21:00 Uhr, Peace in Progress**

### **Alternativen zu Militarismus und Kapitalismus**

Interaktives Panel in der Hochschule für Philosophie München mit Live-Stream über [www.friedenskonferenz.info](http://www.friedenskonferenz.info)

Referenten:

**Dr. Boniface Mabanta Bambu:**

Es gibt keine Normalität aus Sicht des Globalen Südens

**Prof. Dr. Olaf Müller:** Pazifismus - Eine Verteidigung

**Yanis Varoufakis:** Hin zu einer blockfreien und friedlichen Welt

**Sonntag, 18.02.2024, 10.00–13.00 Uhr, Eine-Welt-Haus**

### **Krieg ist kein Schicksal.**

### **Wir können einen anderen Weg gehen**

[Sonntagsmatinee](#) mit einem Film (Disturbing the Peace) und Gespräch: **Rotem Levin und Osama Elewat**, israelisch-palästinensische Friedensinitiative

**Combatants for Peace**

**Sonntag, 18.02.2024, 18:00 Uhr** Haus der Kulturen und Religionen : Friedensgebet der Religionen

# Kurzmeldungen

## **Wir trauern um Claus Schreer**

Wir bedauern, euch mitteilen zu müssen, dass Claus am 24. August 2023 im Alter von 85 Jahren verstorben ist. Er war bis zum Schluss aktiv, nahm sogar am Vorabend noch an einem Orga-Treffen teil. [Nachruf des ISW](#) (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung)

## **Rückblick auf die Friedensdemonstration in Berlin**

**am 25.11.2023:** Über 20 000 Menschen trafen sich zu Demonstration und Kundgebung am 25.11. in Berlin.

Prominente Themen waren Kriege sofort und durch diplomatische Bemühungen beenden, Waffenlieferungen einstellen sowie den Sozialstaat ausbauen, statt ihn immer höheren Rüstungsausgaben zum Opfer fallen zu lassen, Atomwaffen abschaffen, das Klima schützen, Meinungsfreiheit erhalten, Rassismus und Faschismus bekämpfen und für eine wehrhafte Demokratie eintreten. Es sprachen Sahra Wagenknecht, Gabriele Krone-Schmalz und Michael von der Schulenburg, Michael Müller, Ates Gürpınar, Iris Hefets und Nadija Samour sowie Petra Erler. **Video-Aufnahmen der Reden und mehr:** <https://nie-wieder-krieg.org>

## **Friedensratschlag vom 9.-10. Dezember 2023 in Kassel: Für Frieden, Abrüstung und internationale Solidarität – Widerstand gegen Militarismus und Krieg organisieren**

Er bot ein breites Bild über Kriegsherde und Kriegsursachen, die Militärpolitik der EU, die Kriegspropaganda, den Frieden und die gemeinsame Sicherheit auch mit Russland sowie mit Akteuren weltweit.

Video, Vortragsmanuskripte, Presseschau und Kommentare <https://friedensratschlag.de/friedensratschlag-2023/>

## **Friedensjournal:**

### **Menschenrechte in Zeiten der Unmenschlichkeit**

75 Jahre UN-Menschenrechtserklärung und deren Beerdigung in Gaza \* „Israel hat etwas gesagt, das Sie alle erschauern lassen sollte“ \* Der Westen beklagt «Gräueltaten» und unterstützt Israels Genozid \* Gazakrieg – Auszüge aus Interview mit Jacques Baud \* Kampf für „Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten“ \* Für ein Szenario des Friedens \* Buchbesprechung: Der verschwiegene Völkermord \* Frieden und gemeinsame Sicherheit auch mit Russland \* 30. Friedensratschlag in Kassel - [Frieden und Zukunft](#)

### **Deutschland im Kriegszustand?!**

**Bericht vom 27. Kongress der Informationsstelle Militarisierung - Tonaufnahmen:** [wueste-welle.de](http://wueste-welle.de) **1** und **2**

### **Jürgen Wagner: Explosives Wachstum: Europas Militärausgaben im Aufwärtstrend** - 14. Januar 2024, [telepolis](http://telepolis) - Droht der Kriegswirtschaftsmodus?

Die Militärausgaben der europäischen Länder eilen von Rekord zu Rekord, von 236 Mrd. Dollar im Jahr 2015 auf 375 Mrd. Dollar im Jahr 2023. Obwohl der EU-Vertrag die Verwendung von Geldern aus dem EU-Haushalt für Maßnahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GVSP) verbietet (Artikel 41 (2) EUV), kreierte die EU ohne ausreichende Rechtsgrundlage zahlreiche Rüstungsfonds (EFF, EVF, ASAP, EDIRPA).

## **Attac Halle Radiosendung am 11.12.2023**

**Deborah Feldman**, deutsch-amerikanische Autorin erklärte gegenüber Robert Habeck, der deutschen Staatsrason widersprechend, „dass die einzig legitime Lehre aus den Schrecken des Holocaust die bedingungslose Verteidigung der Menschenrechte für alle war, und dass wir unsere Werte schon dadurch untergraben, wenn wir sie nur unter bestimmten Bedingungen hochhielten.“ Zu hören sind ferner Ausschnitte aus der Berliner Demo vom 25.11. in Berlin.

## **Attac Kassel: Ukraine-Krieg: Wieviel Tote, wieviel Invalide, wieviel Zerstörung, Leid und Elend noch? (Flyer)**

Wir alle können nur im Frieden überleben! Ja, Russland hat sich ins Unrecht gesetzt, als es einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Aber letztendliche Ursache des Krieges war die Entscheidung des Westens, vor allem der USA, die Ukraine zu einem westlichen Bollwerk an der Grenze zu Russland zu machen.

## **Günter Moewes: Frieden braucht Wahrheit** - Auch der Westen betreibt inzwischen gezielte Desinformation.

05. Januar 2024 - Immer mehr große Medien sind in den Händen immer weniger Eigentümer, was zu immer mehr Propaganda führt. In der Rangliste der Pressefreiheit der NGO „Reporter ohne Grenzen“ steht Deutschland an 21. Stelle nach der Slowakei, Osttimor, Estland und Lettland. Die organisierte „Desinformation hat inzwischen gewaltige Formen angenommen. Sie zerstört das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik“, (Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen). Ob Ukraine-Krieg oder der Krieg in Gaza, über die Ursachen wird nicht oder nur unzulänglich informiert.

## **Urs P. Gasche : Ukraine: Zuweilen wird suggeriert, die ganze Bevölkerung opfere sich heldenhaft, um Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie zu verteidigen.**

29.12.2023 [infosperber](http://infosperber) - Es fehlen belastbare Belege dafür, dass eine Mehrheit der in der Ukraine verbliebenen Menschen bereit ist, weitere Zerstörungen, Vertreibungen und viele Verletzte und Tote in Kauf zu nehmen, um sich an Putin zu rächen, ihn in die Enge zu treiben und die Krim und den Osten des Donbass vollständig zurückzuerobern.

## **Das Bündnis Sahra Wagenknecht sagt Nein zum Antrag der AfD im Bundestag (7. Februar 2023)**

Der **Antrag der AfD** enthält keine ernstgemeinte Friedensinitiative, sondern zielt darauf ab, das Bündnis Sahra Wagenknecht zu diskreditieren. Eine Partei, die der Sonderverschuldung für die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine zustimmt, die immer wieder die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes gemäß des Zwei-Prozent-Ziels der NATO fordert, dem Beitritt der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur NATO zustimmt, eine „privilegierte EU-Partnerschaft“ unterstützt, wohl wissend, dass auch „privilegierte“ EU-Partner eng in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wie auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU eingebunden werden können, eine solche Partei betreibt Etikettenschwindel, wenn sie sich als „Friedenspartei“ bezeichnet. [Nachdenkseiten](#)

# Hände weg von der Zivilklausel!

## FÜR EINE ZIVILE FORSCHUNG & BILDUNG!

### GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER HOCHSCHULEN IN HESSEN UND ÜBERALL!

15.12.2023: Die designierte neue Landesregierung in Hessen plant "eine Unterstützung der Hochschulleitungen bei der Überprüfung von Zivilklauseln". Gegen diese Bestrebungen für eine stärkere Militarisierung der hessischen Hochschulen gibt es einen Protestaufruf [https://www2.bdwi.de/uploads/haende\\_weg\\_von\\_der\\_zivilklausel.pdf](https://www2.bdwi.de/uploads/haende_weg_von_der_zivilklausel.pdf), den u.a. der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), die DFG-VK, die Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel und die attac AG Globalisierung und Krieg unterstützen.

#### Aus dem Aufruf:

Beinahe zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und der daraufhin ausgerufenen „Zeitenwende“ der Bundesregierung ist die drastische Verengung auf militärische Logiken scheinbar unverrückbare Maxime, die mittlerweile ganz offen sowohl materiell als auch mental zu einer gesamtgesellschaftlichen „Kriegstüchtigkeit“ führen soll. [...]

Wir wollen eine zivile Hochschullandschaft, die es sich zur Aufgabe macht, den globalen Krisen international und kooperativ zu begegnen und damit dem zukunftsweisenden Auftrag durch die verfasste Weltgemeinschaft der UN mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) folgt. Gerade eine solche Orientierung bildet die Grundlage von Wissenschaften, die die Erforschung der Ursachen und die Ausarbeitung von humanistischen Lösungsansätzen zur Klimakrise, zu Kriegen, Flucht und Vertreibung und dem globalem sozialen Elend zum Zweck haben! Zivilklauseln schaffen jene wissenschaftliche Freiheit, um genau diesem Auftrag gerecht

werden zu können. Denn die Verstrickungen der Wissenschaften für Krieg insbesondere in Deutschland haben eine dunkle Geschichte: In den beiden Weltkriegen waren es deutsche Wissenschaftler, die maßgeblich an der barbarischen Qualität der Gewaltmittel für den deutschen Kolonialismus, totalen Krieg und Holocaust mitgewirkt haben. [...]

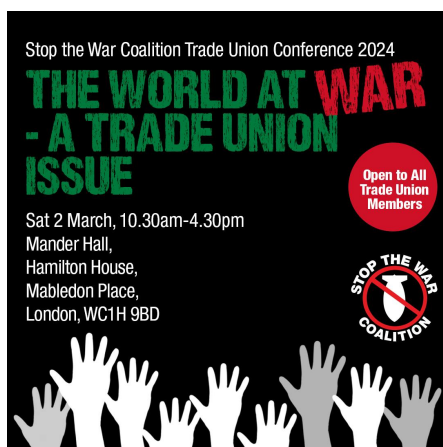
- Keine Militarisierung der öffentlichen Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Hessen und überall!
- Für die zivile Ausrichtung von Wissenschaft & Lehre und die dafür notwendige bedarfsgerechte öffentliche Ausfinanzierung!
- Das Wesen der Zivilklausel stärken unter Studierenden, Forschenden wie Lehrenden für die Ausbildung und Befähigung zum kritischen Denken eines mündigen, gesellschaftlichen und demokratischen Menschen!
- Mehr Demokratie wagen! Förderung und der Ausbau der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen durch umfassende paritätische Einbindungs- und Mitwirkungsgruppen aller Hochschulangehörigen.

<https://www.bdwi.de/show/11192177.html>

Hier geht es zur Unterschrift: [forms.gle/ecpbATyRavnqbUD57](https://forms.gle/ecpbATyRavnqbUD57)

**So nicht! ...**

**BR, 23.01.2024: "Land verteidigen": Bayern will Bundeswehr per Gesetz fördern:** Bayerns Hochschulen und die Bundeswehr sollen enger zusammenarbeiten, Jugendoffiziere öfter an Schulen im Freistaat auftreten, Kasernen mit weniger Vorschriften gebaut werden: Damit will das Kabinett von Ministerpräsident Söder das Militär stärken.



#### Stop the War Coalition

Seit unserer ersten Gewerkschaftskonferenz im vergangenen Januar haben wir einen enormen Aufschwung der **gewerkschaftlichen Antikriegsaktivitäten** erlebt. Am 2. März 2024 findet unsere Folgekonferenz statt.

<https://www.stopwar.org.uk>

#### Der Krieg und die Linken - Bellizistische Narrative, Kriegsschuld-Debatten und Kompromiss-Frieden, VSA Verlag 2023

Peter Wahl, Mitbegründer von attac Deutschland, analysiert Motive, Argumentationsmuster und Haltungen, die in den verschiedenen Strömungen der linken Gruppen zum Krieg vertreten sind. Der Ukraine-Krieg hat die gesellschaftliche Linke tief gespalten. Die kriegerischen Auseinandersetzungen treffen die gesellschaftlichen Linken in einer Situation, in der sie ohnehin in einer tiefen Krise steckt. Die Kontroversen reichen bis in die Reihen der Friedensbewegung hinein.



# Das Endzeit-Manöver der NATO: Steadfast Defender 2024

22. Januar 2024 - Das NATO-Manöver Steadfast Defender [...] wird als „[größtes Manöver seit dem Kalten Krieg](#)“ beschrieben, dessen CO2-Emissionen enorm sein werden.

Hier wird erneut deutlich, wie fatal es ist, dass große Teile der Ökologiebewegung auf dem Auge für den Blick auf das Militär einen blinden Fleck aufweisen. [...] Insgesamt werden ab Februar [etwa 90.000 Soldaten](#) knapp vier Monate lang trainieren. Dabei kommen mehr als 1.000 Gefechtsfahrzeuge zum Einsatz, konkret [nennen Militärs unter anderem Panzer, Flugzeugträger sowie Jets vom Typ F-35](#).

Im Manöver geht es offiziell nicht mehr um sogenannte fiktive Szenarien, sondern darum, „was passiert, wenn Russland ein Mitglied des NATO-Bündnisses angreift. [In einem solchen Fall müssten](#) die anderen NATO-Partner laut der neuen Strategie ihre bereitgestellten Truppen innerhalb weniger Tage in das attackierte Land und dort zum Einsatz bringen.“ In diesem Szenario sind mindestens vier Atom-mächte im Krieg: Russland, Frankreich, Großbritannien und die USA. Deutschland ist über die sogenannte ‚Nukleare Teilhabe‘ nuklear einbezogen. Wenn dieses Szenario wirklich eintreten sollte, dann wäre das der Untergang der Zivilisation nicht nur in Europa.

Der Einbezug von F-35-Kampffjets bedeutet, dass der Einsatz der Nuklearmacht eine Option im Manöver ist. Diese modernsten Kampffjets unserer Zeit schafft sich die Bundeswehr an, da sie eine Schnittstelle für den Angriff mit den neuartigen nuklearen Arsenalen der USA – B-61 12 – aufweisen. Sie haben eine duale Einsatzfähigkeit, können also auch nicht-nukleare Angriffe fliegen. [Die F-35 hat als Tarnkappenjet](#) „Stealth-Eigenschaften, also Technik, die es erschwert, den Flieger zu orten. ‘Wir brauchen diese geringere Radar-Signatur und die Fähigkeit, aus großer Distanz Ziele zu erkennen und zu bekämpfen’ ... Allein der Piloten-helm kostet mehr als 400.000 US-Dollar. Er bietet ein internes Display, auf das Kamerabilder live übertragen werden können. Wie mit Röntgenaugen schauen der Pilot oder die Pilotin so quasi durch das Flugzeug hindurch. Die Waffen werden über Bewegungen der Augen gesteuert.“

## Spannungen in Europa werden eskaliert

Diese die Spannungen in Europa weiter eskalierende Übung reiht sich in von der NATO so genannte Manöver [im Zeichen der Zeitenwende](#) ein. Die NATO erhofft sich mit dem Ukraine-Russland-Bezug eine möglichst breite Zustimmung in der Öffentlichkeit, da sie ununterbrochen in Funk und Fernsehen von der [russischen imperialistischen](#) Eroberung in einem brutalen Angriffskrieg spricht. Sie übergeht dabei den Fakt, dass sie den Krieg durch die Einhaltung der Vereinbarungen von führenden NATO-Staaten mit der Sowjetunion hätte verhindern können. Die Verhandlungspartner vereinbarten bei den Verhandlungen zur Deutschen Einheit, sich für eine europäische Friedensordnung einzusetzen, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt.

[Dazu der Bundeswehrgeneral Kujat](#): „In einem [Interview im Kanal HKCM](#) vom 5. November erinnerte Kujat daran, dass Präsident Putin den USA und der NATO am 17. Dezember 2021 [Vorschläge für Verhandlungen](#) zustellte, welche die Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigen sollten. Es ging um den in Aussicht gestellten NATO-Beitritt der Ukraine und um die russischsprachige Bevölkerung im Donbas, denen das Minsker Abkommen eine Autonomie versprach, die Kiew jedoch nie gewährte.“

[...] Die propagandistische Desinformation der NATO zu diesem Szenario wird bereits bei einem Blick auf die das Kräfteverhältnis ausdrückenden Zahlen deutlich: [Russland gab 2022 nach dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI](#) nicht einmal 90 Milliarden Dollar für den Militärsektor aus. Das ist weniger als ein Zehntel der offiziellen Summe der USA in der Tabelle von SIPRI. Hinzu kommen auf NATO-Seite die Atom-mächte Frankreich und Großbritannien, außerdem liegt auch der Militäretat Deutschlands deutlich über 50 Milliarden Dollar. Wer die Behauptung aufstellt, Russland könnte in dieser Situation militärischen Suizid begehen wollen und einen Angriff gegen die NATO lancieren, betreibt die alte [antirussische Propaganda des 20. Jahrhunderts](#).

In einer Zeit der multiplen und sich gegenseitig verstärkenden Krisen zwischen ökologischen Zukunftsgefährdungen [...] einerseits, ökonomischen Unsicherheiten und militärischen Spannungen andererseits – in einer solchen Zeit ist eine globale Kooperation zur Bewältigung der Krisen das einzig zu verantwortende Vorgehen – im Gegensatz zu Abschreckung, Hoch- und Atomrüstung.

Die entsprechende Vereinbarung steht als Selbstverpflichtung in der [Sicherheitscharta der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa](#), die die Staaten 1999 unterschrieben hatten – ehe die NATO mit genau diesem Prinzip mit ihrer Politik der Osterweiterung brach und immer noch bricht:

*„Wir müssen Vertrauen zwischen den Menschen innerhalb der Staaten schaffen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten vertiefen. ... Wir werden uns noch mehr als bisher bemühen, für die volle Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ... zu sorgen. Gleichzeitig werden wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um mehr Vertrauen und Sicherheit zwischen den Staaten zu schaffen. Wir sind entschlossen, die uns zur Verfügung stehenden Mittel zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen ihnen weiterzuentwickeln.“*

Das ist die einzig zu verantwortende Alternative zur Steigerung der Spannungen, und es ist die rechtliche Verpflichtung, die dem [Friedensgebot des Grundgesetzes und der UNO-Charta](#) entspricht. Auch dagegen verstößt die NATO mit ihren gegenwärtigen Großmanövern.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=109834>

## German Foreign Policy Mit Angst zur Kriegsmentalität

23.01.2024 [...] Der aktuelle Übungsaufmarsch von 90.000 Soldaten für Steadfast Defender in größtmöglicher Nähe zur russischen Westgrenze ist das vorläufige Ergebnis von fast einem Jahrzehnt Rüstung für den Großmachtkrieg in Europa. Die heraufbeschworene Bedrohung im Osten wird nun von Pistorius wie von der NATO genutzt, um die Bevölkerung aufzufordern, sich als „Heimatfront“ in die Kriegsvorbereitungen einzureihen. Die Menschen müssten sich bewusst machen, dass in einem Krieg nicht nur die Armee, sondern die gesamte Gesellschaft kämpfen müsse, erklärt der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Rob Bauer. Ein Mentalitätswechsel in der Bevölkerung gilt auch deutschen Experten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Fortsetzung der Militarisierung der Bundesrepublik.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

### Die Quadriga und Steadfast Defender - Ein NATO-Manöver vom 21. Januar bis 31. Mai 2024

#### [IMI-Analyse 2024/05](#) - Wie einst im Kalten Krieg - Großmanöver als Zeitenwende zum Anfassen

Ausführlicher Artikel von Jürgen Wagner, 22. 01. 2024  
Alle 31 NATO-Mitgliedstaaten sowie der Beobachter- und Beitrittskandidat Schweden nehmen an der Übung teil. Im Zusammenhang mit Steadfast Defender 2024 wird die Bundeswehr auch ihr Manöver Quadriga 2024 durchführen. Quadriga 2024 ist wiederum geteilt in vier Manöver, welche die Verlegung der deutschen Truppen üben sollen:

- Grand Center Mitte bis Ende Februar
- Grand North Mitte Februar bis Mitte März
- Grand South Ende April bis Ende Mai
- Grand Quadriga im Mai 2024.

## Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Kriegsübung „Steadfast Defender“ abbrechen!

Stuttgart 26. Januar 2024 - Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) fordert den Abbruch des kurzfristig publik gewordenen größten NATO-Manövers seit Jahrzehnten. Weitere Drohgebärden mit hohem Eskalationspotenzial müssten verhindert werden. Auch vom russischen Militär fordert die Friedensorganisation Deeskalation – etwa durch einen Rückzug aus der Ukraine. Ein direkter Krieg zwischen NATO und Russland müsse verhindert werden.

90.000 Soldat\*innen, vier Monate Dauer und ein plötzlicher Beginn. Das ist der Rahmen einer der größten NATO-Manöver überhaupt. Unter dem Namen „Steadfast Defender“ (übersetzt: standhafter Verteidiger) hat das Manöver am Mittwoch begonnen – es soll bis Mai dauern. Die Bundeswehr wird sich mit 12.000 Soldat\*innen, über 1.000 Gefechtsfahrzeugen und dutzenden Kampfflugzeugen daran beteiligen. Ort des Manövers soll größtenteils die Ostflanke der NATO sein. „Wir bereiten uns auf einen Konflikt mit Russland und Terrorgruppen vor“, sagte der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Rob Bauer aus den Niederlanden zu der Übung. Ein fatales Zeichen nennt das die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen.

„Mit diesem Manöver eröffnet die NATO eine weitere gefährliche Eskalationsstufe“, meint Ralf Buchterkirchen, Bundessprecher der DFG-VK. „Im Jahr 1983 führte das NATO-Manöver ‚Able Archer‘ fast zu einem Atomkrieg –

in der aktuellen Zeit ist die Gefahr eines direkten Krieges zwischen Russland und der NATO wieder enorm groß: Ein Missverständnis oder ein falscher Knopfdruck kann zur totalen Eskalation führen“, warnt Buchterkirchen. Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Spannungen und des Krieges in der Ukraine fordert der DFG-VK Bundessprecher Deeskalation: „Es braucht Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien, statt Militärmanöver: Russland muss seinen Angriff auf die Ukraine umgehend einstellen und seine Truppen aus dem Land zurückziehen, die NATO muss ihre ‚Steadfast Defender‘-Übung und die weitere Aufrüstung in Nord- und Ost-Europa absagen“, so Buchterkirchen.

Die DFG-VK kritisiert außerdem die enormen Kosten, die das Manöver verursacht: „Während sich zunehmende Armut breit macht, uns die Klimakatastrophe bedroht und wir nicht mal alle Folgen der Corona-Pandemie überwunden haben, verbrennt das Militär Millionen von Euro und schädigt dabei auch noch massiv die Umwelt“, sagt Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK. „Wir fordern ein Ende des Säbelrasselns sowie der Aufrüstungspolitik und massive Investitionen in die zivile Sicherheit“, so Schulze von Glaßer.

Erst im letzten Jahr hatte die NATO mit „Air Defender“ das größte Luftwaffenmanöver aller Zeiten durchgeführt – die DFG-VK kritisierte diese Übung wie auch welche Russlands scharf. Die Friedensorganisation setzt sich gegen jedes Militär und gegen jedes Kriegstraining ein.

### Protestaktion am 29. Januar 2024 in Berlin gegen den Bundeshaushalt und die Finanzierung von EU-Rüstungsprojekten wie dem Future Combat Air System.

Das „Future Combat Air System“ (FCAS) ist das größte europäische Rüstungsprojekt, das es jemals gab. Bis zur Einsatzbereitschaft – die jedoch nicht vor 2040 erreicht sein soll – werden die Entwicklungskosten für das Projekt auf mindestens 100 Milliarden Euro geschätzt. Das aus einem Kampfjet samt Drohnenschwarm bestehende Vorhaben wird hauptverantwortlich von Deutschland und Frankreich getragen. Dabei soll das System sogar Atombomben transportieren und abwerfen können und ist auch zum Export an andere Länder gedacht.

Weitere Informationen unter [ippnw.de](http://ippnw.de)

Greenpeace-Studie: [https://www.greenpeace.de/publikationen/Studie\\_FCAS\\_Kosten\\_Ruestung.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Studie_FCAS_Kosten_Ruestung.pdf)



# PALÄSTINA und NAHER OSTEN

## Französisches Bündnis für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Palästinensern und Israelis

### Drei Monate Massaker an der Bevölkerung von Gaza: Ein Verbrechen gegen die gesamte Menschheit vor unseren Augen

**Paris, den 9. Januar 2024** - Die Mitglieder des Nationalen Bündnisses für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Palästinensern und Israelis (CNPJDPI), darunter Attac Frankreich, rufen dazu auf, am 13. Januar überall in Frankreich ihre Unterstützung für die Palästinenserinnen und Palästinenser zu demonstrieren.

Der Staat Israel führt seit über drei Monaten einen grausamen und verbrecherischen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Bisher wurden 23.000 Tote gezählt, davon mehr als 70% Frauen und Kinder, 59.000 Verletzte und 8.000 Vermisste. Hunderte von Familien wurden ausgelöscht, mehr als 100 Journalisten und über 300 Ärzte und Beschäftigte im Gesundheitswesen wurden getötet.

85% der Bevölkerung wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Die Bevölkerung befindet sich in völliger Unsicherheit, ist in Zelten oder Notunterkünften zusammengedrängt, ständigen Bombardierungen ausgesetzt und der Zugang zu Wasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten, Strom und Treibstoff wird ihr vorenthalten.

Immer mehr internationale Organisationen und Experten berichten von einem stattfindenden Völkermord.

Von Tausenden Menschen, die von der israelischen Armee unter unmenschlichen und entwürdigenden Bedingungen festgenommen und an unbekannte Orte verschleppt wurden, fehlt jede Spur.

Universitäten und Schulen wurden besonders ins Visier genommen, die meisten Krankenhäuser wurden bombardiert oder unbrauchbar gemacht, die Hälfte der Wohnungen ist zerstört.

Ein Großteil der Infrastruktur wurde zerstört oder unbrauchbar gemacht.

Wie der UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten, Martin Griffiths, betonte, ist der Gazastreifen "einfach unbewohnbar geworden, er ist ein Ort des Todes und der Verzweiflung" und seine Bewohner "sind vor den Augen der Welt täglich Bedrohungen ausgesetzt".

Die Absicht, die palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen zu vertreiben, wird heute von mehreren Ministern der israelischen Regierung öffentlich bekräftigt. Der Internationale Gerichtshof, der von Südafrika angerufen wurde, prüft in einem Dringlichkeitsverfahren die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord, die der Staat Israel an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen begangen hat, sowie die Mittel zu deren Beendigung. Andere Staaten schlossen sich Südafrika an.

Im belagerten Westjordanland leidet die palästinensische Bevölkerung unter den kombinierten Angriffen der Armee und der Siedler, die seit dem 7. Oktober mehr als 330 Todesopfer gefordert haben. Der Siedlungsprozess erfährt eine besonders besorgniserregende Beschleunigung mit neun

neuen illegalen Siedlungen in den letzten drei Monaten und der gezielten Zerstörung palästinensischer Felder.

#### **Wir verurteilen diesen Prozess der ethnischen Säuberung.**

Seit dem 7. Oktober wurden mehr als 5.000 Palästinenser/innen von der Besatzungsarmee festgenommen. Nahezu 10 000 Palästinenser/innen werden von Israel unter unmenschlichen Bedingungen und unter Missachtung des Völkerrechts gefangen gehalten.

#### **Alle palästinensischen politischen Gefangenen und alle israelischen zivilen Geiseln müssen freigelassen werden.**

#### **ES IST HÖCHSTE ZEIT ZU HANDELN**

**Wir verurteilen** die aktive Mittäterschaft der Vereinigten Staaten, die Israel Waffen und Munition finanzieren und liefern und die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats für einen Waffenstillstand blockieren.

Wir verurteilen die zweideutige Haltung der französischen Regierungsstellen, die diese Aggression unterstützt hat und sich für eine humanitäre Waffenruhe ausspricht, ohne einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern.

**Wir fordern** einen vollständigen und dauerhaften Waffenstillstand für den Gazastreifen, ein endgültiges Ende der Bombardierungen, der Bodenoffensiven und der Zwangsumsiedlungen.

Wir fordern den sofortigen und uneingeschränkten Zugang für humanitäre Nothilfe und die dauerhafte Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.

Wir fordern den Schutz des palästinensischen Volkes, sei es in Gaza, im Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem oder in Israel selbst.

Wir fordern, dass Frankreich und die Europäische Union handeln, indem sie sofort jegliche militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Staat Israel einstellen und Sanktionen gegen den Staat Israel verhängen, darunter die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel.

Wir fordern die französischen Regierungsstellen auf, sich dem Vorgehen Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof anzuschließen. Ein gerechter und dauerhafter Frieden wird nur im Rahmen der Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere seines Rechts auf Selbstbestimmung, möglich sein. Er beinhaltet den Abbau der Siedlungen und das Ende der israelischen Besatzung sowie die Einhaltung aller UN-Resolutionen, einschließlich der Resolution 194, die das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr vorsieht.

- Vollständiger, sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand!
- Endgültige Beendigung des Krieges gegen das palästinensische Volk und der Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung!

- Sofortige, vollständige und dauerhafte Aufhebung der Blockade des Gazastreifens!
- Schutz des palästinensischen Volkes in Gaza und im Westjordanland!
- Sofortige Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit, Sanktionen gegen Israel!

**Wir rufen dazu auf, überall in Frankreich auf der Grundlage dieses Aufrufs zu demonstrieren und sich zu versammeln.**

Einige der unterzeichnenden Organisationen: Agir Contre le Colonialisme Aujourd'hui (ACCA) - AILES Femmes du Maroc - Association des Travailleurs Maghrébins de France (ATMF) - Association France Palestine Solidarité (AFPS) - Association pour la Taxation des Transactions financières et pour l'Action Citoyenne (Attac) - Association pour les Jumelages entre les camps de réfugiés Palestiniens et les villes Françaises (AJPF) - Cedetim / IPAM - Collectif des Musulmans de France (CMF) - Collectif Judéo-Arabe et Citoyen pour la Palestine (CJACP) - - Confédération générale du Travail (CGT) – Ensemble! Mouvement pour une alternative de gauche écologiste et solidaire - Europe Ecologie les Verts (EELV) – Fédération Syndicale Unitaire (FSU) - La France Insoumise (LFI) - le

Mouvement de la Paix - Ligue Internationale des Femmes pour la Paix et la Liberté, - Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) - Union des Travailleurs Immigrés Tunisiens (UTIT) – Union Juive Française pour la Paix (UJFP) - Union Nationale des Etudiants de France (UNEF) – Union Syndicale Lycéenne (USL) - Union syndicale Solidaires  
Text: [Website von Attac Frankreich](#)



## Ärzt\*innenorganisation IPPNW fordert sofortigen Waffenstillstand und keine Waffenlieferungen

### IPPNW-Pressemitteilung vom 10. Januar 2024

Anlässlich der Völkermord-Anklage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof fordert die ärztliche Friedensorganisation IPPNW erneut einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen. Nur so kann das unerträgliche menschliche Leid, die maßlose Zerstörung von ziviler Infrastruktur und die beispiellose humanitäre Katastrophe in Gaza endlich gestoppt werden.

**Die Bundesregierung** trägt durch die seit dem 7. Oktober 2023 fast verzehnfachten Genehmigungen von Waffenlieferungen an Israel aktiv zur Fortführung des Krieges mit unzähligen Opfern bei. Die Waffenexporte müssen umgehend eingestellt werden.

„Die Gewalt auf Seiten der Hamas und Israels muss enden – unabhängig von der Frage, ob es sich bei dem israelischen Militäreinsatz um Kriegsverbrechen oder einen Genozid handelt. Die Staatengemeinschaft darf nicht weiter zuschauen, wie Flüchtlingslager, Krankenhäuser oder Schulen zerstört und Hilfslieferungen von Nahrung, Wasser und Treibstoff blockiert werden“, erklärt Dr. Angelika Claußen.

[...] Die palästinensische Organisation Al Haq weist in ihrem **Aufruf „Beendigung der Komplizenschaft bei internationalen Verbrechen“** darauf hin, dass Israel weiter-

hin Waffen importiert - allein aus den USA und Deutschland im Wert von über 4 Mrd. US-Dollar jährlich.

In seinem Kommentar zur Genfer Konvention erklärt das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz**, die Verpflichtung nach Artikel 1 verlange u.a., dass Staaten von der Weitergabe von Waffen absehen, wenn zu erwarten sei, dass die Waffen zur Verletzung der Konventionen eingesetzt werden. Nach Artikel 6 Absatz 3 des **Arms Trade Treaty**, den die Bundesregierung unterzeichnet hat, verpflichten sich die Vertragsstaaten zudem, keine Transfers konventioneller Waffen zu genehmigen, wenn sie zum Zeitpunkt der Genehmigung Kenntnis davon haben, dass die Waffen z.B. zur Begehung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Angriffen auf zivile Objekte oder Zivilpersonen oder andere Kriegsverbrechen verwendet werden.

„Oberstes Ziel muss die Beendigung der humanitären Katastrophe durch den Krieg in Gaza sein. Daher muss Deutschland statt Waffen zu liefern, auf eine Einstellung der Kampfhandlungen, die Freilassung der Geiseln und eine gerechte Friedenslösung hinarbeiten“, so die IPPNW-Vorsitzende abschließend.

Klageschrift Südafrikas: [Deutsche Übersetzung](#)

[Aufruf von Al Haq](#): Übersetzung in der [SiG-SN Gaza](#), S. 23

### SiG-Sondernummer: [GAZA - Oktober 2023](#)

**"Kein Frieden ohne Gerechtigkeit - Keine Gerechtigkeit ohne Entkolonialisierung"**

#### **SiG-Sondernummer 2: GAZA, Dezember 2023**    **Schwerpunkte:** Gaza: „Die Hölle auf Erden“;

Solidaritätsbewegungen weltweit; Keine Waffenlieferungen!; Palästinensische und israelische Stimmen; Frieden im Nahen Osten; Es droht ein Völkermord; Geschichtlicher Rückblick; Deutschlands Politik

*Wir geben Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort, in der Hoffnung, zu einer differenzierten Sicht beizutragen und die friedensbewegten Menschen in Israel und Palästina zu unterstützen.*

#### **Gaza - Israel/ Palästina: SiG-Sonderseite mit weiteren und aktuellen Berichten:**

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Frühere SiG-Artikel zu [Israel/ Palästina](#) (Nr.141-151); zu [Gaza](#) (2005-2022)

# Südafrika klagt Israel wegen Völkermord am Internationalen Gerichtshof an

Der **internationale Gerichtshof** ist das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz im Friedenspalast im niederländischen Den Haag. Seine Funktionsweise und Zuständigkeit sind in der Charta der Vereinten Nationen geregelt. <https://icj-cij.org/>

[...] Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie der Geiselnahmen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen.

Kein bewaffneter Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates, wie schwerwiegend er auch sein mag - selbst ein Angriff, bei dem Gräueltaten begangen werden -, kann jedoch eine Rechtfertigung oder Verteidigung für Verstöße gegen die Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ("Völkermordkonvention" oder "Konvention") bieten, sei es aus rechtlichen oder moralischen Gründen.

Die von Südafrika beanstandeten Handlungen und Unterlassungen Israels haben völkermordenden Charakter, weil sie darauf abzielen, einen wesentlichen Teil der nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe der Palästinenser, nämlich den Teil der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen ("Palästinenser in Gaza"), zu vernichten.

Die fraglichen Handlungen umfassen die Tötung von Palästinensern im Gazastreifen, die Verursachung schwerer körperlicher und seelischer Schäden und die Auferlegung von Lebensbedingungen, die auf ihre physische Vernichtung abzielen.

Die Handlungen sind alle Israel zuzuschreiben, das es versäumt hat, Völkermord zu verhindern und unter offenkundiger Verletzung der Völkermordkonvention Völkermord begeht, und das auch gegen seine anderen grundlegenden Verpflichtungen im Rahmen der Völkermordkonvention verstoßen hat und weiterhin verstößt, unter anderem dadurch, dass es die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord durch hochrangige israelische Beamte und andere nicht verhindert oder bestraft hat. [...]

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel den Gazastreifen ("Gaza"), einen schmalen Landstreifen von etwa 365 Quadratkilometern in großem Umfang militärisch angegriffen. **Der Gazastreifen, in dem etwa 2,3 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte Kinder, wurde von Israel einer der schwersten konventionellen Bombenkampagnen in der Geschichte der modernen Kriegsführung ausgesetzt.**

**Bis zum 30. Januar 2024 wurden 26.751 Palästinenser getötet und 65.636 verletzt.**

<https://www.ochaopt.org/updates>

Bis zum 12. Dezember 2023 wurden schätzungsweise **7.729 palästinensische Kinder getötet**; mindestens 4.700 weitere Kinder und Frauen werden vermisst und sind vermutlich unter den Trümmern begraben. Das hat UNICEF dazu veranlasst, die israelischen Militärangriffe als "**Krieg gegen Kinder**" zu bezeichnen.

Die meisten Verletzte sind Frauen und Kinder. Schätzungsweise 1.000 Kinder haben ein oder beide Beine verloren. [...] Es gibt Berichte über den Einsatz von weißem Phosphor durch israelische Streitkräfte in dicht besiedelten Gebieten im Gazastreifen.

Mehr als **355.000 Wohneinheiten**, d. h. mehr als 60 Prozent des Wohnungsbestands im Gazastreifen, **wurden beschädigt oder zerstört. 1,9 Millionen Palästinenser** – etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung – wurden innerhalb des Landes **vertrieben**.

Viele sind auf israelischen Befehl aus dem Norden des Gebiets in den Süden geflohen, nur um im Süden erneut bombardiert zu werden und erneut in den Süden oder Südwesten fliehen zu müssen, wo sie **in behelfsmäßigen Zelten in Lagern ohne Wasser, sanitäre Anlagen oder andere Einrichtungen leben müssen**.

Israel hat die **Krankenhäuser des Gazastreifens bombardiert, beschossen und belagert**, so dass nur 13 von 36 Krankenhäusern teilweise funktionsfähig sind und im Norden des Gazastreifens kein einziges voll funktionsfähiges Krankenhaus mehr existiert.

Die israelische Armee hat Generatoren für Krankenhäuser, Solaranlagen für Krankenhäuser, und andere lebensrettende Geräte wie Sauerstoffstationen und Wassertanks angegriffen. Sie hat auch Krankenwagen, medizinische Konvois und Ersthelfer angegriffen.

311 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet; mindestens 22 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden im Dienst getötet.

**Das Gesundheitssystem im Gazastreifen ist praktisch zusammengebrochen**, und es gibt Berichte über Operationen, darunter Amputationen und Kaiserschnitte, die ohne Betäubung durchgeführt werden. Ein großer Teil der Verwundeten und Kranken hat keinen Zugang zu einer angemessenen Versorgung.

Palästinenser starben als unmittelbare Folge des israelischen Strom- und Treibstoffstopps für Krankenhäuser, darunter fünf Frühgeborene und 40 Patienten der Intensiv- und Nierenstation des Al Shifa-Krankenhauses.

Andere Palästinenser starben als direkte Folge der von Israel erzwungenen Evakuierung von Krankenhäusern, darunter mindestens vier Babys im Al Nasr-Krankenhaus, deren winzige Körper Wochen später - während eines vorübergehenden Waffenstillstands - in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden wurden. [...]

**Ansteckende und epidemische Krankheiten** sind unter der vertriebenen palästinensischen Bevölkerung weit verbreitet, und Experten warnen vor der Gefahr von Meningitis, Cholera und anderen Ausbrüchen.

[...] Experten warnen, dass der stille, langsame Tod durch **Hunger und Durst** die gewaltsamen Todesfälle durch israelische Bomben und Raketen noch zu übertreffen droht. Der **Wassermangel** wirkt sich vor allem auf stillende Frauen aus, die selbst bei mäßiger körperlicher Betätigung täg-

lich 7,5 Liter Wasser zum Trinken, für sanitäre Anlagen und für die Hygiene benötigen, um sich und ihre Babys gesund zu erhalten. Junge Mütter, die aufgrund der Nahrungsmittelknappheit nicht stillen können, sind gezwungen, verunreinigtes Wasser für die Zubereitung von Säuglingsnahrung zu verwenden – sofern es verfügbar ist – und riskieren damit Krankheiten bei ihren gefährdeten Babys.

Gleichzeitig gefährdet der chronische Mangel an Säuglingsnahrung auch das Leben der Neugeborenen [...] Die Auswirkungen der Unterernährung auf ältere Kinder können ebenfalls besonders schwerwiegend sein und sie daran hindern, ihr volles Potenzial in Bezug auf körperliches Wachstum, kognitive Fähigkeiten, schulische Leistungen und Produktivität im späteren Leben zu erreichen. [...]

Israel hat den Bau und die Reparatur von **Wasserinstallati- onen und Entsalzungsanlagen im Gazastreifen lange Zeit behindert**, so dass 95 Prozent des Wassers aus dem einzigen Grundwasserleiter des Gazastreifens bereits vor dem 7. Oktober für den Verbrauch ungeeignet waren. Durch seine 16-jährige Blockade hat Israel die Wasserversorgung ebenfalls stark beeinträchtigt. Die wiederholten Angriffe Israels auf den Gazastreifen und die Beschränkungen bei der Reparatur der **zerstörten Abwasserinfrastruktur** beschädigten den Boden, was die Landwirtschaft erschwerte. Israel schränkte außerdem den Zugang der Palästinenser im Gazastreifen zu bis zu 35 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen und bis zu 85 Prozent der Fischereigewässer des Gazastreifens ein. Infolgedessen litten mehr als 68 Prozent der Haushalte (rund 1,3 Millionen Menschen) vor dem 7. Oktober 2023 stark oder mäßig unter Ernährungsunsicherheit, wobei 58 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen waren. 7.685 Kinder unter fünf Jahren in Gaza litten an lebensbedrohlicher Auszehrung, der tödlichsten Form der Unterernährung von Kindern.

Israel hat die wichtigste öffentliche Bibliothek von Gaza-Stadt in Trümmern hinterlassen, alle vier Universitäten des Gazastreifens angegriffen und damit die Bildungseinrichtungen für künftige Generationen von Palästinensern in Gaza zerstört. Neben vielen anderen hat Israel auch führende palästinensische Akademiker getötet.

### **Äußerungen von Völkermordabsichten gegen das palästinensische Volk durch israelische Staatsbeamte und andere**

Der **Premierminister Netanyahu** nahm in seinem Schreiben vom 3. November 2023 an die israelischen Soldaten und Offiziere erneut Bezug auf Amalek. Die entsprechende Bibelstelle lautet wie folgt: "Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel"

**Verteidigungsminister Yoav Gallant:** "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen. Wenn es nicht einen Tag dauert, wird es eine Woche dauern. Es wird Wochen oder sogar Monate dauern, wir werden alle Orte erreichen." Er kündigte außerdem an, dass er "jede Beschränkung" für die israelischen Streitkräfte aufgehoben habe.

**Stellvertretender Sprecher der Knesset Nissim Vaturi :** "Jetzt haben wir alle ein gemeinsames Ziel - den Gazastrei-

fen vom Antlitz der Erde zu tilgen. Diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, werden ersetzt werden".

**Giora Eiland , Generalmajor der Armee:** „Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen.“

*(Quellen sind in der Klageschrift angegeben.)*

### **Südafrika beantragt, dass der Gerichtshof einstweilige Maßnahmen anordnet**

um eine Verschlimmerung oder Ausweitung der Rechtsbrüche zu verhindern, bis über die mit der Klage aufgeworfenen Fragen entschieden ist.

1. Der Staat Israel stellt seine militärischen Operationen im und gegen den Gazastreifen unverzüglich ein.
2. Der Staat Israel stellt sicher, dass alle militärischen oder irregulären bewaffneten Einheiten, die von ihm geleitet, unterstützt oder beeinflusst werden können, sowie alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen können, keine Schritte unternehmen, die die unter Nummer 1 genannten militärischen Operationen fördern.
3. Die Republik Südafrika und der Staat Israel ergreifen in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen, um Völkermord zu verhindern.
4. Der Staat Israel unterlässt [...] in Bezug auf das palästinensische Volk als eine durch die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes geschützte Gruppe alle Handlungen, die in den Anwendungsbereich von Artikel II der Konvention fallen, insbesondere:
  - Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
  - schwere körperliche oder seelische Schäden für die Mitglieder der Gruppe verursachen;
  - die vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die Gruppe ganz oder teilweise physisch zu zerstören; und
  - Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe.
5. Der Staat Israel unterlässt gemäß Nummer 4 Buchstabe c in Bezug auf Palästinenser alle Maßnahmen, die in seiner Macht stehen, einschließlich der Aufhebung einschlägiger Anordnungen, Beschränkungen und/oder Verbote, um zu verhindern:
  - die Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus ihren Häusern;
  - den Entzug von:
    - a) Zugang zu angemessener Nahrung und Wasser;
    - b) Zugang zu humanitärer Hilfe, einschließlich Zugang zu angemessenem Brennstoff, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen;
    - c) medizinische Versorgung und Hilfe; und
  - die Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza.
6. Der Staat Israel hat in Bezug auf die Palästinenser sicherzustellen, dass sein Militär sowie alle irregulären bewaffneten Einheiten oder Einzelpersonen, die von ihm geleitet, unterstützt oder anderweitig beeinflusst werden, und alle Or-

ganisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen, keine der in den Absätzen 4 und 5 beschriebenen Handlungen begehen, oder direkt und öffentlich zum Völkermord aufstacheln, sich zur Begehung eines Völkermordes verschwören, einen Versuch zur Begehung eines Völkermordes unternehmen oder sich der Beihilfe zum Völkermord schuldig machen, und dass, sofern sie sich daran beteiligen, Schritte zu ihrer Bestrafung nach den Artikeln I, II, III und IV des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes unternommen werden.

7. Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Erhaltung von Beweismaterial zu gewährleisten, das im Zusammenhang mit Anschuldigungen von Handlungen steht, die in den Anwendungsbereich von Artikel II des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes fallen; zu diesem Zweck wird der Staat Israel nichts unternommen, um Untersuchungsmissionen, internationalen Mandaten und anderen Einrichtungen den Zugang zum Gazastreifen zu verweigern oder anderweitig einzuschränken, um sie bei der Sicherung und Aufbewahrung des Beweismaterials zu unterstützen. Der Staat Israel legt dem Ge-

richtshof innerhalb einer Woche ab dem Datum dieses Beschlusses und danach in regelmäßigen Abständen, die der Gerichtshof anordnet, einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen wurden, bis der Gerichtshof eine endgültige Entscheidung in der Sache trifft.

8. Der Staat Israel enthält sich jeglicher Handlung und stellt sicher, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, die die Streitigkeit vor dem Gerichtshof verschlimmern oder ausweiten oder ihre Beilegung erschweren könnten.

#### **Vollständiger Text (84 Seiten) und Übersetzung :**

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

#### **Anhörung Südafrikas am 11. Januar 2024:**

<https://webtv.un.org/en/asset/k11/k11gf661b3>

IGH: schriftliche [Aufzeichnung](#)

[Bericht auf Telepolis](#) - [Bericht von Democracy Now](#)

[Kundgebungen](#) im Westjordanland

#### **Anhörung Israels am 12. Januar 2024:**

<https://webtv.un.org/en/asset/k1c/k1c10lsjoq>

IGH: schriftliche [Aufzeichnung](#)

[Bericht auf Telepolis](#) - [Bericht von Democracy Now](#)

## **Beschluss des internationalen Gerichtshofs am 26. Januar 2024**

### **DER GERICHTSHOF**

#### **verkündet die folgenden vorläufigen Maßnahmen:**

(1) Der Staat Israel ergreift in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die Begehung aller Handlungen zu verhindern, die in den Anwendungsbereich von Artikel II dieser Konvention fallen, insbesondere:

- (a) die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;
- (c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung herbeiführen sollen, und
- (d) die Verhängung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern;

(2) Der Staat Israel stellt mit sofortiger Wirkung sicher, dass sein Militär keine der in Punkt 1 beschriebenen Handlungen begeht;

(3) Der Staat Israel ergreift alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen zu verhindern und zu bestrafen;

(4) Der Staat Israel ergreift sofortige und wirksame Maßnahmen, um die Bereitstellung dringend benötigter grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe zu ermöglichen, um die widrigen Lebensbedingungen der Palästinenser im Gazastreifen zu verbessern;

(5) Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Sicherung von Beweismaterial zu gewährleisten, das im Zusammenhang mit dem Vorwurf von Handlungen steht, die in den Anwendungsbereich der Artikel II und III der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen fallen;

(6) Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb eines Monats ab dem Datum dieses Beschlusses einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die er zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen hat.

#### **Abstimmung der IGH-Richter: Punkte 1,2,5 und 6:**

15 dafür, 2 dagegen (Uganda und Israel)

Punkte 3 und 4: 16 dafür, Uganda dagegen.

SiG-Übersetzung der Seiten 24-26 des Beschlusses:

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf>

#### **Übertragung der Verkündung:**

<https://webtv.un.org/en/asset/k1u/k1uwq4cxuv> (ab der Min 36)

Und jetzt? Weiterhin ist die Situation in Gaza katastrophal. (31.01.2024)

**Tägliche Berichte über Gaza und Westjordanland:** <https://www.ochaopt.org/updates>  
**20 NGOs fordern: UNRWA weiter finanzieren um Leben zu retten!** - [Oxfam](#) - [Übersetzung](#)

## Nationales Büro der Association France Palestine Solidarité (AFPS) Internationaler Gerichtshof: Israel auf der Anklagebank, Sieg des Rechts!

26. Januar 2024 – [france-palestine.org](http://france-palestine.org) - Der Internationale Gerichtshof (IGH) [...] **bestätigte seine Zuständigkeit** für eine Entscheidung über Südafrikas Antrag im Rahmen der Konvention über die Verhütung und Bestrafung der Gefahr des Völkermordes und lehnte Israels Antrag auf Einstellung des Verfahrens ab.

Der Gerichtshof erinnerte daran, dass er derzeit nicht in der Sache selbst zu entscheiden habe, ist jedoch der Ansicht, dass **eine ernsthafte Gefahr eines Völkermords** besteht und dass einstweilige Maßnahmen erforderlich sind, um die Rechte der palästinensischen Bevölkerung zu wahren.

Nachdem die Vorsitzende die Definition von Völkermord – eine Reihe von Handlungen, die darauf abzielen, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören – in Erinnerung gerufen hatte, **beschrieb sie anhand zahlreicher Berichte, was die Bevölkerung des Gazastreifens seit dem 7. Oktober erleiden musste**: Zehntausende Tote und Verletzte, massive Zerstörungen von Gebäuden, Zwangsumsiedlungen, Entzug von Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung. Sie sah daher die Existenz der Bewohner des Gazastreifens bedroht und verwies auf die schrecklichen Traumata der Überlebenden. Sie erinnerte auch an die **zahlreichen entmenslichenden Reden israelischer Politiker** und sah einen direkten Zusammenhang zwischen diesen Reden und der Gefahr eines Völkermords in Gaza. Sie war der Ansicht, dass eine reale und unmittelbare Gefahr besteht, dass den Rechten der Bewohner des Gazastreifens ein nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt wird.

**Folglich ordnet der Gerichtshof Israel an:**

- jeglichen völkermörderischen Akt zu verhindern, sein Militär daran zu hindern, solche Akte zu begehen und den Transport von Nahrungsmitteln, Wasser, Medikamenten und anderen humanitären Bedürfnissen in den Gazastreifen zu gewährleisten. [...]

Zwar ordnet der Gerichtshof nicht ausdrücklich einen Waffenstillstand an, doch die Verpflichtung, humanitäre Hilfe ins Land zu lassen, erzwingt de facto einen solchen Waffenstillstand.

Die AFPS begrüßt die historische Entscheidung des IGH. Die Entscheidungen des IGH sind endgültig, bindend und nicht anfechtbar, und alle Staaten müssen ihren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen, indem sie alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Israel die Entscheidung des Gerichtshofs befolgt und die angeordneten einstweiligen Maßnahmen vollständig und unverzüglich umsetzt. Die Entscheidung des IGH erhöht die rechtliche Verantwortung der Staaten, die dem fortwährenden israelischen Völkermord ein Ende setzen müssen.

[...] Das Vorgehen Südafrikas gibt dem Völkerrecht seinen ganzen Stellenwert zurück. Frankreich hat sich verpflichtet, die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zu respektieren: Es müssen also jetzt Taten folgen! [...]

Es reicht nicht aus, Israel daran zu erinnern, dass es sich an das Recht halten muss, sondern es muss dazu gezwungen werden, so wie es mit allen Mitteln zum Waffenstillstand gezwungen werden muss, auch durch Sanktionen. Und an allererster Stelle: **keine Waffen mehr an Israel verkaufen!**

### Weitere Stellungnahmen zum Beschluss des Internationalen Gerichtshofs

**Die Kooperation für den Frieden** [...] bedauert, dass der südafrikanische Eilantrag vor dem Internationalen Gerichtshof zu keiner Anordnung des sofortigen Stopps des israelischen Angriffs geführt hat. Immerhin fordert das IGH von der israelischen Regierung sofortige Maßnahmen zum Schutz der Menschen in Gaza. [...] Die KoopFrieden appelliert an die Bundesregierung, die militärische Unterstützung von Israel zu stoppen und ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. [...] [koop-frieden.de](http://koop-frieden.de)

**Norman Paech, jW, 29.01.2024:** [...] Ein Ende der Kriegshandlungen, wie es Südafrika gefordert hatte, haben sie nicht verfügt. Noch am 15. Januar hatte auch UN-Generalsekretär António Guterres einen sofortigen Waffenstillstand gefordert. Dem wollte sich das Gericht offensichtlich nicht anschließen. [...] Alle Hoffnungen, die sich mit dieser Entscheidung auf eine Einsicht Israels richten und den Einstieg in einen Pfad zum Frieden am Horizont sehen, sind ebenso hohl und unrealistisch wie vergangene Hoffnungen nach den zahlreichen Friedenskonferenzen im Anschluss an Oslo 1993. [...] Es bleibt die Anrufung des UN-Sicherheitsrats, wenn Israel nach einem Monat seinen Bericht abgibt, ohne dass sich viel verändert hat. Dort werden die USA jedoch alle Entscheidungen gegen Israel – etwa für einen Waffenstillstand, weil die Auflagen des IGH nur bei einem Schweigen der Waffen erfüllt werden können – mit ihrem Veto abblocken, und ein erneuter Beschluss in der Generalversammlung bliebe unverbindlich.

**Peter Vonnahme, NDS, 29.1.2024** - [...] Der IGH hat nicht die Macht, Länder zu einem rechtmäßigen Verhalten zu zwingen. [...] Die Praxis zeigt, dass Richtersprüche des IGH trotzdem keine stumpfe Waffe sind. Denn allein dadurch, dass ein Verfahren stattfindet, wird der Mantel des Schweigens aufgerissen und der kriegführende Staat in das Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit gestellt. Das mag niemand. [...] Durch die Entscheidung erhöht sich der politische Druck auf Israel. Anders ausgedrückt: Die Zustimmung der Staatengemeinschaft zu den Militärmaßnahmen wird sich weiter verringern [...]. Künftig wird es auch nicht mehr gelingen, den Völkermordvorwurf als Antisemitismus („Blutverleumdung“) abzutun.

**Kenneth Roth, 30.01.2024, IPG-Journal**

Mit seinem **Entscheid** [...] stellt der IGH sich mit Macht gegen Israels Verweigerungshaltung. [...] Das Gericht fand genügend Anhaltspunkte dafür, dass die palästinensische Zivilbevölkerung auf Schutz durch den Gerichtshof angewiesen ist. [...] Israels Anwälte hatten betont, ihr Land lasse humanitäre Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu. Aus den Schilderungen von UN-Vertretern ging jedoch **eindeutig** hervor, dass die Hilfen so spärlich fließen und durch bürokratische Hürden so erschwert werden, dass sich die Zivilbevölkerung inzwischen am Rand der Katastrophe befindet. [...] Eines der stärksten Argumente der südafrikanischen Kläger war der Verweis auf Aussagen führender Vertreter Israels, in denen Völkermordabsichten zum Ausdruck kommen. [...]

## Nick Dearden, Global Justice Now Gaza: Südafrika spricht für die Welt

**12. Januar 2024 - Gestern hat Südafrika einen sehr starken Akt der internationalen Solidarität gesetzt.** Angesichts der höchst brutalen Militärkampagne in Gaza beschuldigt Südafrika Israel des Völkermords. Diese Klage wird von vielen Ländern des globalen Südens unterstützt - und spiegelt auch die öffentliche Meinung im globalen Norden wider. [...] Der südafrikanische Antrag kommt nach Monaten der obszönsten westlichen Heuchelei. Trotz der täglichen Massaker, Woche für Woche, schweigen unsere eigenen Politiker nahezu. Wir können also nicht nur in den sozialen Medien in Echtzeit mitverfolgen, was geschieht, sondern unsere eigene Regierung macht sich mitschuldig an diesen brutalen Kriegsverbrechen. Ihre diplomatische Rückendeckung gibt Israel grünes Licht, weiterzumachen, und Waffen aus britischer Produktion machen es möglich. Einer der südafrikanischen Anwälte sagte heute vor dem Gerichtshof: "Hunderte von Mehrgenerationen-Familien wurden ausgelöscht... Diese Tötungen werden vorsätzlich begangen. Keiner wird verschont. Nicht einmal Neugeborene... Die Zerstörungen haben zum Ziel, den Gazastreifen in Schutt und Asche zu legen."

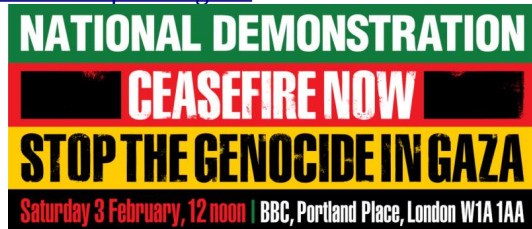
**Was auch immer jetzt geschieht, diese Wahrheit vor einem internationalen Gericht zu hören, sollte uns allen Kraft geben, uns weiter für einen Waffenstillstand und mehr Gerechtigkeit einzusetzen.** Wenn wir nicht handeln, wird sich die Situation weiter verschlechtern. Eine Hungersnot und weit verbreitete Krankheiten sind bereits absehbar. Und die Gewalt breitet sich nun über den Gazastreifen hinaus aus und zieht die gesamte Region in ihren Bann. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um das Vereinigte Königreich daran zu hindern, diese andauernden Gräueltaten zu unterstützen, und der Regierung zeigen, dass sie uns nicht zermürben wird.

Hier sind drei Möglichkeiten, wie Sie helfen können:

### 1. Nehmen Sie an der Demo am Samstag teil

Nehmen Sie an der nationalen Demonstration am Samstag in London teil, um einen Waffenstillstand und ein Ende des Krieges gegen Gaza zu fordern. [...]

<https://www.stopwar.org.uk/>



Wir dürfen nicht aufhören, Druck auf unsere Regierung auszuüben, um einen vollständigen Waffenstillstand und ein Ende der Belagerung des Gazastreifens zu fordern.

### 2. Verfolgen Sie die Gerichtsverhandlung

[...] Der südafrikanische Anwalt Tembeka Ngcukaitobi macht in Den Haag eine [ergreifende Aussage](#) in der Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermordes in Gaza.

**3. Schreiben Sie an Ihren Abgeordneten** Fordern Sie das Vereinigte Königreich auf, den Fall Südafrikas zu unterstüt-

zen, indem Sie an Ihren Abgeordneten schreiben [...] In seiner heutigen Rede vor dem Gericht zitierte der südafrikanische Justizminister **Martin Luther King** mit den Worten: **"Der Bogen des moralischen Universums ist lang, aber er biegt sich in Richtung Gerechtigkeit"**.

In diesen furchtbaren Zeiten müssen wir uns alle Kings Worte zu Herzen nehmen. **Auch wenn es noch so schwer erscheint, die Dinge werden sich ändern. Es liegt an uns, zu entscheiden, wie.** Südafrika hat eine Kerze für uns angezündet. Lassen Sie uns tun, was wir können, um sie zu unterstützen. [Globaljustice.org.uk](https://Globaljustice.org.uk)

### Pax Christi International über UNRWA:

31.01.2024 - Wir sind zutiefst besorgt über Berichte, wonach zwölf UNRWA-Mitarbeiter, in den barbarischen Angriff vom 7. Oktober verwickelt sind. Eine gründliche, unabhängige und transparente Untersuchung dieser angeblichen Handlungen durch das UN-Büro für interne Aufsicht wurde angeordnet. Pax Christi International ist sich jedoch darüber im Klaren, dass das UNRWA die Lebensader für die 1,7 Millionen Flüchtlinge im Gazastreifen ist. Die unermüdliche Arbeit der 13.000 UNRWA-Mitarbeiter in Gaza, die mehr als 150 ihrer Kollegen verloren und persönliche Verluste und Vertreibung erlitten haben, muss mit der vollen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft fortgesetzt werden. Ihre Arbeit zu untergraben, bedeutet, eine leidende, unschuldige Bevölkerung kollektiv zu bestrafen. [Vollständiger Text auf Englisch](#)

## Israel – Kurz berichtet

### Israelisches Komitee gegen Hauszerstörungen:

Einigkeit über diese wichtige Entscheidung des IGH, die uns im Kampf für die Rechte der Palästinenser weiterbringt, jedoch auch Meinungsdivergenzen, insbesondere weil der IGH nicht zu einem sofortigen Waffenstillstand aufgerufen hat. Es liegt immer noch in der Verantwortung der Zivilgesellschaft, Druck auf unsere Regierungen auszuüben, damit sie einen sofortigen Waffenstillstand fordern. [ICAHD, 30.01.2024; Jeff Halpers Kommentar](#)

### In Haifa haben am 20. Januar 2024 Hunderte von jüdischen und arabischen Demonstranten gegen den Krieg und für eine politische Lösung demonstriert.

Die Demonstration wurde nach einem Einspruch beim Obersten Gerichtshof genehmigt, nachdem die israelische Polizei unter der Leitung von Minister Itamar Ben-Gvir versucht hatte, eine solche Demonstration zu verhindern, weil dort auch palästinensische Stimmen präsent waren. Die Demonstration war die erste seit Beginn des Krieges in der nördlichen Region Israels, in der viele Palästinenser leben. [presenza](#)

### Friedensgruppen in Israel und israelische-palästinensische Gruppen:

Seiten 28-34 in der [SiG-Sondernummer 2 „Gaza“](#)

### Israels gezielte Bombardierung des Gazastreifens:

Dr. Shir Hever, Sendung von [acTVism Munich](#)

Urs P. Gasche: Netanyahu will ein Israel vom Jordan bis zum Mittelmeer, 21.01.2024 [Infosperber](#)

## David Goeßmann: Der Elefant im Raum

[...] Das ständige Blutvergießen geht ja nicht zurück auf einen unlösbaren Konflikt. Ursache und Nährboden für Gewalt und Chaos in Nahost sind keineswegs der Kampf von zwei Streithähnen, gefangen in irrationalen Gewaltspiralen, wobei freilich nur einer Seite im Westen die Anwendung von Gewalt zur Selbstverteidigung zugesprochen wird.

Denn eine friedliche und gerechte Lösung wäre jederzeit möglich. Die minimale Basis dafür ist allerdings **Respekt vor internationalem Recht**. Das betrifft die **Blockade des Gazastreifens, das Apartheidregime, die Besatzung und die Verhinderung der nationalen Selbstbestimmung der Palästinenser** in einem eigenen Staat.

Hier kann es keinen Zweifel geben, dass der Ball im Feld Israels liegt. Es muss die [menschenverachtende Gaza-Blockade](#) in einem ersten Schritt aufheben, was eine auch jetzt wieder gestellte Kernforderung der Hamas ist, wie sie zudem von der Weltgemeinschaft bei den Vereinten Nationen jährlich in Resolutionen erhoben wird (das [letzte Paket](#) diesbezüglich wurde im Dezember 2022 [verabschiedet](#) [...])

Das Völkerrecht lässt zudem kaum Spielräume: Die Besatzung Gazas, wie sie von UN-Behörden als solche [definiert wird](#), ist ein Akt des Krieges und die Blockade [ein Verstoß](#) gegen die Resolution 1860 des UN-Sicherheitsrats. Die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete hat daher die "selektive Empörung" vieler westlicher Staaten nach dem Ausbruch des Konflikts angeprangert, da sie die anhaltende Gewalt gegen Palästinenser nicht anerkennen. Francesca Albanese [sagte](#): „Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die fortgesetzte Unterdrückung einer Bevölkerung, die völlig ungestraft bleibt, zu einer Katastrophe führen würde, und genau das geschieht jetzt. ... Die Verantwortung liegt auch bei der internationalen Gemeinschaft, die jetzt eine Gelegenheit hat, weise und gerecht zu sein.“

**Zweitens** muss das illegale Apartheid-System und Besatzungsregime Israels beendet werden. Die [permanenten Tötungen](#), Entwürdigungen und systematischen Menschenrechtsbrüche gegen Palästinenser:innen, wie sie von diversen UN-Stellen und Menschenrechtsorganisationen [in Studien belegt werden](#), sind nicht nur kriminell, rassistisch und inhuman, sondern struktureller Treiber von Rechtsbruch und Gewalt.

Sollte Israel gar dem internationalen Recht, der internationalen Gemeinschaft und dem Internationalen Strafgerichtshof auf einem anderen Feld folgen wollen, dürfte es nicht nur kein Weiterwuchern von israelischen Siedlungen im Westjordanland geben. Vielmehr sind alle Siedlungen dort [illegal und müssen geräumt werden](#). Das Gleiche gilt auch für die widerrechtliche Annexionsmauer, die fruchtbares palästinensisches Land Israel einverleibt. Das sind bisher rund zehn Prozent der Landfläche im Westjordanland, vor allem rund um Ostjerusalem. Aber die Vetomacht USA [schützt die israelische Regierung bei der UNO Jahr für Jahr vor Konsequenzen](#), während Regierungsvertreter in Jerusalem erklären, dass die Mauer [die neue Grenze von Israel ist](#).

Der schwerste Brocken ist die vom Völkerrecht und der internationalen Gemeinschaft geforderte **Zwei-Staaten-Lösung**, mit einem Palästinenserstaat innerhalb der Grenzen

von vor 1967 – als Israel im Sechs-Tage-Krieg unrechtmäßig Land okkupierte –, eventuell mit kleinen Gebietsanpassungen und -austauschen.

Die arabischen Staaten und die palästinensische Seite haben Israel immer wieder Frieden im Zuge einer Zwei-Staaten-Lösung in den völkerrechtlichen Grenzen angeboten, mit einem palästinensischen und israelischen Staat, basierend auf UN Resolution 242, verabschiedet nach dem Krieg.

Bereits 1976 übergaben arabische Staaten dem UN-Sicherheitsrat [eine Resolution](#), verfasst von der "Terrororganisation" PLO unter Jassir Arafat, die diese Einigung enthielt.

[...] Die Lösung wird de facto von allen Staaten der Welt, eingeschlossen der arabischen Staaten, der Arabischen Liga, des Iran, der PLO und letztlich auch der Hamas [unterstützt](#). Die palästinensischen Unterhändler haben in den direkten Verhandlungen mit Israel zudem große Zugeständnisse gemacht in Hinsicht auf die Einverleibung von Teilen der illegal errichteten Siedlungen im Westjordanland in das israelische Staatsgebiet sowie bei der Flüchtlingsfrage – und damit einige ihrer völkerrechtlichen Ansprüche fallen gelassen. Doch alle diese Angebote [wurden von Israel mit Unterstützung der USA abgelehnt](#). [...] Bei der jüngsten Resolution Ende 2022 [stimmten sie erneut dagegen](#).

Auch bei den direkten Verhandlungen, auf die die USA bei ihren UN-Vetos immer verweisen, haben die "Vermittler" aus Washington Israel vor einem Ende des Expansionskurses im Westjordanland bis heute bewahrt. Angeboten wurden den Palästinensern nämlich höchstens [Kantone](#), zerstückeltes Land, ein nicht lebensfähiger "Pseudo-Staat", [ähnlich den Bantustans in Südafrika](#) für die schwarze Bevölkerung. Es waren [Nichtofferten](#), mit viel PR als "großzügige Angebote" an die Öffentlichkeit verkauft[...]. Sie waren so "großzügig", dass weder die [UN, die EU, die Weltbank](#), Menschenrechtsorganisationen oder [führende Spezialisten für das Westjordanland](#) in ihnen einen funktionsstüchtigen Staat erkennen konnten.

Selbst [Vertreter der israelischen Verhandlungsseite](#) bezeichneten die Angebote im Nachhinein als inakzeptabel. Währenddessen verschwinden immer mehr wertvolles Land, Wasserreserven und wichtige Gebiete um Ostjerusalem hinter israelischen Separationsanlagen und Mauern.

Wenn Israel am Expansionskurs festhalten will, wie die israelischen Verhandlungsangebote von Camp David bis Annapolis [dokumentieren](#), und damit einen lebensfähigen Palästinenserstaat verhindert, dann sind gewaltsame Eskalationen auch in Zukunft zu erwarten.

Über die reichlich dokumentierte Blockade eines Palästinenserstaats [...] ließe sich viel sagen. Es ist eines der traurigsten Kapitel historischer Amnesie in Bezug auf den Nahostkonflikt. Die Sicherheit der israelischen Bürger:innen ist brüchig und illusionär – was nicht zuletzt die jüngsten Ereignisse zeigen –, weil sie auf der systematischen Entrechtung eines ganzen Volks beruht. Der politische Kurs Israels ist am Ende ein zerstörerischer Selbstzerstörungskurs, der Expansion über Sicherheit stellt. Aber, auch das ist wichtig festzustellen, er ist nicht alternativlos und unausweichlich.

Sicherlich, im Moment wirkt ein Kurswechsel utopisch.

Aber das könnte sich ändern. 12.10.2023, [Telepolis](#)



# Wege zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern

„Es darf nicht vergessen gehen, dass wir Palästinenser den Staat Israel auf 78 Prozent unseres Landes anerkannt haben.

Es ist Israel, welches das Recht Palästinas, auf den restlichen 22 Prozent des Landes zu existieren, nicht anerkennt.“

(Marwan Barghouti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, Januar 2002. Er ist in israelischer Gefangenschaft)

## Zur Geschichte Palästinas

### - Gaza, SiG Sondernummer 2

- Fuad Hamdan, 19.01.2023 :Vortrag: Palästina - von der Geschichte bis zur Gegenwart -

[Audio](#); [Video](#); [Einladung mit Infotext](#)

[Forum Ziviler Friedensdienst e.V.:](#)

**Vortragsreise Combatants for Peace noch bis zum 18.02.2024**

**Mustafa Barghouti** ist Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Initiative (PNI), einer Initiative, die gewaltfreien Widerstand gegen die israelische Besatzung propagiert.: „Wir fordern als Palästinensische Nationale Initiative Neuwahlen. Wir wollen eine Übergangsregierung für den Gazastreifen und das Westjordanland zusammen: eine Regierung der Nationalen Einheit, die von uns allen gebilligt ist. Und so schnell wie möglich Wahlen. „

„Die Hamas erkennt die Grenzen von 1967 nicht an?“ (Taz) „Wer sagt das? Die Grenzen von 1967 werden im [Abkommen von 2006](#) erwähnt, das zu unserer ersten Regierung der Nationalen Einheit führte. Seither werden sie in allen unseren Abkommen erwähnt, bis hin zum Abkommen über das neue Wahlgesetz und die Neuwahlen. Und Hanijeh hat bestätigt, dass die Hamas ihre Haltung nicht geändert hat. Es ist vielmehr Netanjahu, der die Grenzen nicht anerkennt, der Israel vom Fluss bis zum Meer sieht. [Im September zeigte er bei der UNO eine Karte, auf der alles Israel war, sogar das Westjordanland und der Gazastreifen.](#) Niemand erhob Einwände.[...] Sicherheit wird durch das Ende der Besatzung entstehen. Punkt. [...]“ [taz](#), 27.01.2024

„[Unfähigkeit Deutschlands, Lehren aus seiner grausamen Geschichte zu ziehen](#)“ **Namibia** kritisiert deutsche Haltung zur Anklage gegen Israel. Frontalangriff lässt geopolitischen Umbruch erahnen. Erklärung aus Windhoek in deutscher Übersetzung, von Harald Neuber – Telepolis, 20.1.24

**Zur Bedeutung der südafrikanischen Klage gegen Israel und der Haltung der Bundesregierung.**

[Von Riad Othman](#), medico, 17.01.2024

**Krampf und Kampf: Am Druck, Israel möge sich mäßigen, ist Deutschland wenig beteiligt.** [taz.de](#), 10.01.2024

**Das laute Schweigen der Deutschen:** Mit der Haltung zum Nahost-Krieg verrät Deutschland seine Werte. [taz](#), 07.01.24

**Wie können wir für die PalästinenserInnen & JüdInnen eintreten**

**gegen Rassismus & Antisemitismus?**

**DAI-Veranstaltung** am 6. Dezember 2021 mit Prof. Dr. Aleida Assmann und Dr. Shir Hever

**Viele Deutsche glauben: Wer für die Rechte der PalästinenserInnen eintritt, muss gegen Israel sein und umgekehrt. Das hat zu einer starken Polarisierung in den öffentlichen Medien geführt.** An diesem Abend kam eine **andere Perspektive** zur Sprache: Nur gemeinsam haben palästinensische und jüdische Menschen im Land zwischen Meer und Jordan eine Zukunft. ([Aufnahme](#) der Veranstaltung)

Die Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels **Prof. Dr. Aleida Assmann** ist Mitglied der internationalen Initiative ‚Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus‘, in deren Rahmen über 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Begriff genauer zu definieren suchen.

**Dr. Shir Hever**, Mitglied der Jüdischen Stimme für Gerechten Frieden in Nahost, Ökonom und Autor aus Israel, hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, welche Rolle Deutschland und die EU beim Aufbau einer gemeinsamen Zukunft beider Völker in Gerechtigkeit spielen könnten.

**Prof. Dr. Ulrich Duchrow**, der zur Rolle und Verantwortung der Kirchen gearbeitet hat, hat die Veranstaltung moderiert.

## Deutscher Koordinationskreis Palästina-Israel: [Websites](#) von Mitgliedsgruppen

**Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter fordern vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften zum Gaza-Krieg:** „Es ist an der Reihe der Arbeiterbewegung, ihre Stimme zu erheben und einen Waffenstillstand zu fordern“ (aus dem Aufruf von über 40 US-Gewerkschaften, unter ihnen die Internationale Automobilgewerkschaft UAW mit 600.000 Mitgliedern). **Mehr:** [Vernetzung.org](#), 29.01.2024

**Jüdische Gewerkschafter aus Deutschland kritisieren deutsche Gewerkschaften für Haltung zu Gaza, 4.1.2024**

– [gewerkschaftsforum](#) „[...] Es ist nicht möglich, die Arbeitssituation in der Region zu verstehen, [ohne die legalisierte Ausbeutung palästinensischer Arbeiter\\*innen zu verstehen](#). Das militarisierte System der Arbeitserlaubnisregelungen schadet nicht nur den Palästinenser\*innen, sondern untergräbt auch die Verhandlungsposition der israelischen Arbeiter\*innen. Die Entscheidung unserer Gewerkschaft, eine pauschale Unterstützungserklärung für die [israelische Regierung abzugeben](#), während sie zu den [brutalen Angriffen auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen schweigt](#), ist zutiefst enttäuschend. [...] Wir fordern unsere Gewerkschaft dazu auf, im Einklang mit den Erklärungen von UNI Global Union, IGB und anderen Gewerkschaftsorganisationen in der ganzen Welt ein Statement zu veröffentlichen, das Solidarität zeigt – sowohl mit Israelis als auch Palästinenser\*innen, die durch die jüngste Eskalation der Gewalt in der Region geschädigt wurden. Die Solidarität mit den jüdischen Opfern des Terrors negiert nicht unsere Solidarität mit Palästinenser\*innen und unsere Pflicht, uns für den Schutz ihrer Menschenrechte einzusetzen. [...]“

## Nick Dearden, Direktor von Global Justice Now

12.01.2024 - 'Erst bombardieren, dann nachdenken' ist erneut das Leitprinzip der britischen und amerikanischen Politik im Nahen Osten. Diejenigen, die gestern Abend die Angriffe auf den Jemen gestartet haben, nehmen in Kauf, dass ihre Aktionen zu einer Eskalation der Angriffe im Roten Meer führen und die Unterstützung für die Huthis stärken, aber sie scheinen sich damit zufrieden zu geben, ihren Weg des Todes und der Zerstörung als Kollateralschaden hinzunehmen. "Jemen ist ein verzweifelt armes Land, und Großbritannien und die USA sind mitschuldig an seiner Verarmung, da sie die tödlichen Kriegsangriffe der Saudis dort seit Jahren unterstützen. Die Unterstützung des israelischen Angriffs auf Gaza hat die Gemüter in der gesamten Region erhitzt. Anstatt sich auf diplomatischem Wege um ein Ende des Blutvergießens zu bemühen, gießen die USA und das Vereinigte Königreich Öl ins Feuer und riskieren eine tödliche Spirale der Gewalt. Sie sprechen nicht in unserem Namen, und wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, ein Ende dieses Krieges zu fordern."

Quelle: [Global Justice Now](#) (Mitglied im Attac-Netzwerk)



Israels Krieg gegen Gaza destabilisiert den gesamten Nahen Osten. Die USA und das Vereinigte Königreich bombardieren nun schon seit Wochen Jemen, eines der ärmsten Länder der Welt. Die Angriffe auf den Libanon werden intensiviert, und es gab Angriffe auf den Irak und Syrien. Die Möglichkeit einer Ausweitung des Krieges auf den Iran lässt das Schreckgespenst eines Atomkrieges im Nahen Osten aufkommen.

Aus diesem Grund veranstalten wir am Sonntag, den 28. Januar, einen Antikriegskongress. Der Kongress bietet Aktivistinnen und Experten die Gelegenheit, die zunehmend gefährliche Situation im Nahen Osten zu diskutieren und zu prüfen, wie die Antikriegsbewegung diese neuen Herausforderungen bewältigen kann. [Stopwar.org.uk](#)

Einige Websites über Jemen:

<https://www.telepolis.de/thema/Jemen>

<https://yemen.un.org/>; <https://news.un.org/en/focus/yemen>

*Sabine Kebir: Die Huthi deklarieren ihr Handeln vor der eigenen Küste als Unterstützung der Palästinenser im Gaza-Krieg. [Freitag.de](#)*

*Florian Warweg: Bundesregierung sieht US-Angriffe gegen Jemen vom Völkerrecht gedeckt – kann dies aber nicht begründen, [Nds](#)*

## German Foreign Policy: EU-Einsatz im Roten Meer

15. Januar 2024 - [...] Die Bundesregierung heißt die Luftangriffe der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs auf Stellungen der Huthi bzw., so ihr offizieller Name, der Ansar Allah im Jemen gut. „Die Reaktion hat unsere politische Unterstützung“, erklärte Außenministerin Annalena Baerbock am 12. Januar [...]. Schon zuvor hatte die Bundesregierung in einer gemeinsamen Erklärung mit zehn weiteren Staaten geäußert, die Angriffe seien „im Einklang“ mit einem „naturegegebenen Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung“ geschehen, das wiederum mit der Charta der Vereinten Nationen „in Übereinstimmung“ stehe. Sie bezeugten „ein gemeinsames Bekenntnis zur Freiheit der Schifffahrt, zum Welthandel und zur Verteidigung des Lebens von Seeleuten“. Lediglich drei EU-Staaten trugen die Erklärung mit; neben Deutschland handelt es sich um Dänemark und die Niederlande. Italien, Frankreich und Spanien hingegen lehnten eine Beteiligung an den Luftangriffen sowie eine Unterzeichnung der Erklärung ab. Aus Paris hieß es, man sei nicht der Auffassung, dass die Angriffe als legitime Selbstverteidigung eingestuft werden könnten. Spaniens Verteidigungsministerin Margarita Robles wiederum sagte, Madrid setze sich anstelle von Luftangriffen lieber für „Frieden und Dialog“ ein.

Bleibt die EU bezüglich der US-geführten Luftangriffe gespalten, so bereitet sie ihrerseits einen eigenen Militäreinsatz im Roten Meer vor. [...] Als formaler Rahmen wird derzeit eine Ausweitung des europäischen Marineeinsatzes EMASoH (European Maritime Awareness in the Strait of Hormuz) angestrebt. Dieser wurde Anfang 2020 eingeleitet, um die Handelsschiffe, die die Straße von Hormus aus dem Persischen Golf in den Indischen Ozean passieren, vor möglichen iranischen Angriffen zu schützen. Er wird von Frankreich geführt, ist außerhalb des EU-Rahmens eingerichtet worden und wird von neun EU- bzw. NATO-Staaten unterstützt. Deutschland beteiligt sich an ihm nicht militärisch, unterstützt ihn aber politisch. [...] An dem Einsatz im Roten Meer, der [...] am 19. Februar von den EU-Außenministern beschlossen werden soll, wird sich auch die Deutsche Marine beteiligen. [...] Zuvor muss der Bundestag die Militärintervention noch in aller Form beschließen.

[...] **Der geplante EU-Einsatz erfolgt auch auf Drängen der deutschen Wirtschaft** [...]

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9453>

19. Jan 2024 - [...] **Iran und seine Verbündeten** begleiten ihre militärischen Aktivitäten mit einer medialen Kampagne, die die verbreitete Wut über Israels Kriegführung im Gazastreifen nutze, um der „Achse des Widerstands“ eine bisher ungeahnte Popularität zu verschaffen. Washington könne „den Trend nur umkehren“, indem es „einen Waffenstillstand in Gaza“ aushandele und „einen glaubwürdigen Friedensprozess“ gestalte, der letzten Endes „zu einer abschließenden Lösung“ führe. Dies allerdings ist nicht in Sicht. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9458>

## Attac Hamburg, Newsletter Januar 2024 COP 28

Kernpunkt der 28. Konferenz der Vertragsparteien (COP 28) in Dubai war eine globale Bestandsaufnahme (global stocktake) der seit dem Pariser Abkommens erzielten Fortschritte bei der Eindämmung des Klimawandels. Auf dieser Grundlage sollte über Maßnahmen zur Schließung vorhandener Lücken verhandelt werden. Das Ergebnis muss als dürftig bezeichnet werden und ist nicht geeignet, die Lücken zu schließen.

Gleich zu Beginn der Konferenz wurde ein Erfolg vermeldet: Der lang geforderte Fonds für Verluste und Schäden wird eingerichtet und das Gastgeberland und Deutschland sagten sofort jeweils 100 Millionen US - Dollar zu.

Die Bundesregierung sieht also für die Kompensation von klimabedingten Verlusten und Schäden überall auf der Welt knapp ein Promille dessen vor, was sie vor etwa einem halben Jahr für die Verursachung von Verlusten und Schäden bereit war locker zu machen, nämlich 100 Milliarden Euro für die Rüstung. Die junge Welt zieht in einem Artikel mit dem Titel „Verursacher verschont“ weitere Vergleiche: „RWE soll hingegen für die vorzeitige Stilllegung seiner ohnehin nahezu abgeschriebenen Braunkohlekraftwerke 2,6 Milliarden Euro erhalten. Und für Dienstwagenprivileg, Dieselveilgünstigungen und andere Subventionen fossiler Brennstoffe werden hierzulande jährlich über 60 Milliarden Euro aufgewendet beziehungsweise Steuern erlassen, wie das Umweltbundesamt errechnet hat.“ Bis zum Ende der Konferenz beliefen sich die Zusagen auf 792 Millionen US - Dollar, was ebenfalls als Erfolg gefeiert wird. Damit dürften schon die bisherigen Schäden nicht zu bewältigen sein. Zum Vergleich: Laut Auskunft der Bundesregierung vom 3. Mai 2023 betrug allein die in Deutschland zwischen 2000 und 2021 infolge des Klimawandels entstandenen Schäden mindestens 145 Milliarden Euro, bis 2050 sollen 280 bis 900 Milliarden Euro hinzukommen.

Das Ergebnis enthält einige Aufrufe: zur Abkehr von fossilen Brennstoffen sowie zur Verdreifachung der Kapazitäten für erneuerbare Energien und zur Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030. Von einem Ende der Nutzung fossiler Brennstoffe ist nicht die Rede. Es besteht keine Pflicht zur Umsetzung dieser Appelle. Wer was zu tun hat, wird nicht

verraten, konkrete Zahlen und Maßnahmen werden nicht erwähnt .

Verschiedene Notwendigkeiten werden anerkannt, zum Beispiel, dass die weltweiten Emissionen 2025 ihren Höhepunkt haben müssen. Das ist allerdings schon länger bekannt und bedeutet, dass die Emissionen danach sinken müssen. Letzteres ist angesichts der bisherigen „Anstrengungen“ allerdings nicht zu erwarten.

Es ist kein Geheimnis, dass kleine Inseln vom Klimawandel und von den damit einhergehenden Folgen besonders bedroht sind. Da mutet es sehr merkwürdig an, dass über den Abschlusstext abgestimmt wurde, obwohl die Vertreter /-innen der kleinen Inselstaaten noch nicht im Raum waren. Sie hätten nämlich noch einiges zum Text zu sagen gehabt, was nun nachträglich geschehen musste. Anne Rasmussen aus Samoa , Chefverhandlerin der Alliance of Small Island States (AOSIS – Allianz der kleinen Inselstaaten), lehnte in ihrer Stellungnahme die Abschlusserklärung zwar nicht ab, nannte sie aber unzureichend und meinte, dass lediglich kleine Fortschritte erzielt worden seien, während Riesenschritte erforderlich gewesen wären.

- ▶ [Dokumentation von Fridays for Future](#) Deutschland
- ▶ Verschiedene Beiträge von [Klimareporter](#)
- ▶ COP 28: Verpasste Chance für Klimagerechtigkeit ([BUND](#), 13. Dezember 2023)
- ▶ UN - Klimakonferenz einigt sich auf Schlussdokument ([Tagesschau](#), 13. Dezember 2023)
- ▶ Was der Beschluss der Weltklimakonferenz für fossile Energien bedeutet ([Deutschlandfunk](#), 14. Dezember 2023)
- ▶ COP 28 einigt sich auf Abschlusstext ([junge Welt](#), 14. Dezember 2023)
- ▶ [Kostendimensionen von Klimaschäden](#) (Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Oktober 2021)

Rosa-Luxemburg-Stiftung: <https://www.rosalux.de/cop28>  
Bernhard Trautvetter: Die Klimakonferenz blendet **Klimaschädigung durch Militär** aus, [NDS 5.12.2023](#)  
**Amnesty International: Vereinbarung zur Abkehr von fossilen Brennstoffen vernachlässigt den Schutz der Menschenrechte**, 13.12.2023 – [Webseite](#)

## Focus on the South Kohlenstoffkompensation jetzt stoppen!

<https://focusweb.org/stop-carbon-offsetting-now/>  
**Pressemitteilung, 4. Dezember 2023** - Seit mehr als zwei Jahrzehnten untergräbt die CO<sub>2</sub>-Kompensation echte Klimamaßnahmen, führt zu Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der Rechte indigener Völker und fügt Gemeinschaften an vorderster Front schweren Schaden zu. Trotzdem wird die UN-Klimakonferenz (COP28), die der-

zeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfindet, eine der größten Werbeveranstaltungen für CO<sub>2</sub>-Kompensationen überhaupt sein. In der kommenden Woche werden die Regierungen darüber entscheiden, ob CO<sub>2</sub>-Kompensationen in der internationalen Klimapolitik zum Einsatz kommen sollen, und die Präsidentschaft der VAE wird zahlreiche thematische Werbeveranstaltungen abhalten.

Der Betrug und der Schaden, den die Projekte auf dem Kohlenstoffmarkt für die lokale Bevölkerung verursachen, sind umfassend dokumentiert. Im Laufe des Jahres 2023 haben [akademische Forschungen](#), [Medien](#) und zivilgesellschaftliche [Untersuchungen](#) aufgedeckt, wie diese Projekte routinemäßig Phantomkompensationen erzeugen und zu Landraub und Verletzungen der Menschenrechte und der Rechte indigener Völker führen (*siehe folgende Stellungnahmen und Beispiele*). Jüngste Beispiele sind die [Zwangsumsiedlung](#) von Ogiek-Völkern im kenianischen Mau-Wald, um Platz für Klimaschutzprojekte zu schaffen, und der umfassende [sexuelle Missbrauch](#) bei einem kenianischen Klimaschutzprojekt, das von Wildlife Works aus den USA betrieben wird. In den vergangenen Monaten haben Kenia sowie Liberia, Tansania, Sambia und Simbabwe Verträge mit dem in Dubai ansässigen Unternehmen Blue Carbon unterzeichnet, die [insgesamt über 24 Millionen Hektar Gemeindeland umfassen](#).

Die neuen Grenzen des CO<sub>2</sub>-Kompensationsgeschäfts beruhen auf einem Wettlauf um die Umwandlung von landwirtschaftlichen Böden sowie von Küsten- und Meeresgebieten in "Kohlenstoffabbaugebiete", von denen die Unternehmen behaupten, dass sie Kohlenstoff binden und "neue" Kohlenstoffgutschriften erzeugen. [Keine dieser Techniken speichert nachweislich](#) dauerhaft Kohlenstoff. Der groß angelegte [industrielle Anbau von Meeressalgen](#) beispielsweise beeinträchtigt die Gebiete der Küstengemeinden und schafft neue Gefahren für die Meeresumwelt und das marine Nahrungsnetz.

Die CO<sub>2</sub>-Kompensation hat auch eine schnell wachsende Branche von Profiteuren des riskanten Geo-Engineerings und des Klimachaos entstehen lassen, oft zum Nachteil der lokalen und indigenen Gemeinschaften. Entwickler von Kompensationsprojekten, Normungsgremien, Prüfer und Anbieter von Emissionsgutschriften haben Millionen damit verdient, dass sie Emissionsgutschriften ausstellten, die nicht zur Verringerung der Emissionen beitragen und die Klimakrise verschlimmerten. Diese Projekte, von denen viele als so genannte "naturbasierte Lösungen" oder "natürliche Klimailösungen" oder, wenn sie in Küsten- und Meeresgebieten durchgeführt werden, als "blauer Kohlenstoff" vermarktet werden, haben auch bäuerliche und indigene Gemeinschaften in kostspielige und komplizierte Rechtsstreitigkeiten verwickelt, um ihre Rechte durchzusetzen und Gemeindeterritorien zurückzuerobern, sowie in ihren Kampf gegen die Projekte. Im Rahmen des REDD-Projekts für den Nationalpark Cordillera Azul (PNCAZ) sind die [Kichwa-Gemeinschaften](#) im peruanischen Amazonasgebiet von diesen kostspieligen Vorhaben betroffen. Das Katingan Peatland Restoration and Conservation Project in Indonesien hat ebenfalls negative Auswirkungen auf die [Dayak-Gemeinden](#). Die ["naturbasierte Lösung"](#) von Total Energies, die Baumpflanzungen zur Kompensation auf dem Bateke-Plateau in der Republik Kongo vorsieht, wo indigene Aka-Gemeinschaften und Bantu-Bauern leben, ist ein weiterer Fall von Kompensation, bei dem die Rechte der Gemein-

schaften verletzt werden. Da diese Projekte jahrhundertalte Enteignungen fortsetzen, jetzt mit "grünen" Begründungen, laufen sie auf einen grünen Grabbing-Kolonialismus hinaus.

Die Kohlenstoffmärkte sind keine Lösung für den Klimawandel.

Was wir dringend brauchen, ist eine erneute Konzentration darauf, die fossilen Brennstoffe im Boden zu halten, und die Verpflichtung zu [echten Klimaschutzmaßnahmen](#) auf der Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit.

## Einzelne Stellungnahmen

**Shalmali Guttal von Focus on the Global South** sagte: "Organisationen von Kleinfischern, Küsten- und Binnengemeinden haben die so genannte 'Blaue Ökonomie' [eindeutig abgelehnt](#) und darauf hingewiesen, wie Konzepte von Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit untergraben werden, um die 'Klimakolonisierung' voranzutreiben, indem die Grenzen der Extraktion und Ausbeutung der Natur erweitert werden."

**Kirtana Chandrasekaran, Friends of the Earth International**, sagte: "Die Kohlenstoffmärkte treiben das Green Grabbing der großen Umweltverschmutzer voran. Doch auf der COP 28 werden die Regierungen darüber entscheiden, ob der Geltungsbereich der Kohlenstoffmärkte auf neue Länder, Meere und neue Arten von riskanten Ausgleichsaktivitäten ausgeweitet werden soll. Dies wäre eine Katastrophe für das Klima und die Menschen an der Front. Was wir brauchen, sind echte Emissionsenkungen und eine echte Klimafinanzierung. Alles andere ist ein Scheitern." (...)

**Laura Dunn, ETC Group**, sagte: "In der Welt des Kohlenstoffausgleichs wird Seegrass als das neue grüne" Öl angepriesen. Aber unser aktueller Bericht The Seaweed Delusion zeigt, dass die industrielle Algenzucht weder unser Klima noch die Natur retten wird. Das Geo-Engineering des Planeten mit massiven Algenplantagen wird Ökosysteme zerstören und Küstengemeinden gefährden." (...)

**Jose Bravo von der Just Transition Alliance** sagte: "Verschmutzungshandel und Kompensationsprogramme haben nur dazu gedient, die Kassen der größten umweltverschmutzenden Unternehmen der Welt zu füllen. Um nach dieser COP 28-Fassade Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, muss die UNFCCC von solchen Verschmutzersubventionen abrücken und anfangen, den Tätigen und Gemeinschaften an vorderster Front zu folgen, die Pfade für einen gerechten Übergang auf der Grundlage [echter Klimailösungen](#) schmieden."

**Tom Goldtooth, Exekutivdirektor des Indigenous Environmental Network**, sagte: "Ein globaler Ausstieg aus fossilen Brennstoffen an der Quelle sollte bei dieser UN-Klimakonferenz Priorität haben, nicht noch mehr Kohlenstoffmärkte, Kompensationen, Preisgestaltung und Entnahmen. Artikel 6 des Pariser Abkommens ist ein Freifahrtschein für Umweltverschmutzer und indigene Völker sind unverhältnismäßig stark von diesen falschen Lösungen, der Förderung fossiler Brennstoffe und den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Weitere Kohlenstoff-

märkte, Kompensationen und Emissionsreduktionen dürfen nicht als Lösung angesehen werden. Die über 20-jährige Geschichte der Kompensationsgeschäfte hat dazu geführt, dass die Rechte indigener Völker verletzt wurden, die Landnahme zugenommen hat und indigene Umweltschützer in unverhältnismäßiger Weise betroffen sind. Die falschen Lösungen werden zu einem Verbrechen gegen die Menschheit und Mutter Erde."

## Hinweise

### Einige Beispiele für die Schädigung

#### lokaler Gemeinschaften durch Klimaschutzprojekte:

- Fast die Hälfte der [von Chevron gekauften Kompensationen](#) stehen im Zusammenhang mit Behauptungen oder Anschuldigungen, dass sie Gemeinschaften Schaden zufügen und die Zerstörung von Ökosystemen vorantreiben, insbesondere im globalen Süden oder an den Frontlinien der Klimakrise .
- [Eine globale Karte der Projekte zum Emissionsausgleich](#) der letzten fünf Jahre zeigt, dass 72 % dieser Projekte indigenen oder lokalen Gemeinschaften Schaden zufügen.
- Ein Projekt zur Gewinnung von Emissionsgutschriften für aus Müll gewonnene Brennstoffe in Kerala, Indien, vergiftet die Luft in den dicht besiedelten umliegenden Dörfern.
- Das [Kompensationsprojekt von Total](#) in der Republik Kongo hat den Bauern Land weggenommen und bedroht ihre Lebensgrundlage.
- Gemeinden, die innerhalb des Alto Mayo REDD+ Projekts in Peru leben, wurden bei einer Reihe von Räumungen durch Parkbehörden [gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben](#).
- Die African Forestry Impact Platform hat vor kurzem [Green Resources](#) übernommen, ein norwegisches Unternehmen für Plantagenaufforstung und Kohlenstoffgutschriften, das in der [Vergangenheit](#) Landraub, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in Uganda, Mosambik und Tansania begangen hat.

### Einige Beispiele für Betrug und den Handel mit Phantomkrediten:

Das vom [New Yorker](#) als "Cash-for-Carbon Hustle" bezeichnete Kariba REDD-Projekt von South Pole in Simbabwe sammelte mindestens 100 Millionen Dollar an Kohlenstoffgutschriften, bevor es im Oktober 2023 in einem Skandal zusammenbrach.

Eine [Studie](#) aus dem Jahr 2023 ergab, dass die meisten der weltweit führenden Klimaschutzprojekte als "wahrscheinlicher Schrott" eingestuft werden können, während eine andere Studie, die sich mit dem weltweit führenden Zertifizierer für Klimaschutzprojekte befasste, zu dem Ergebnis kam, dass "die meisten Gutschriften wahrscheinlich keinen Nutzen für das Klima darstellen".

Eine [Studie von Mongabay und New Humanitarian](#) ergab, dass die Behauptungen der UN zur Klimaneutralität größtenteils auf Kompensationsgutschriften beruhen, die wenig zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen und von denen einige mit Berichten über Umweltschäden, Vertreibung oder Gesundheitsprobleme in Verbindung gebracht wurden.

Eine Bewertung des [Northern Kenya Grassland Carbon Project](#), das vom Northern Rangelands Trust (NRT) betrieben wird, ergab, dass es sich auf fehlerhafte methodische Annahmen stützt, was die Glaubwürdigkeit der erzeugten Kompensationen in Frage stellt.

Eine Untersuchung von [Le Monde](#) ergab, dass drei Kompensationsprojekte in Portel, Brasilien - die Gutschriften an Air France, Boeing, Bayer, Veolia, LCL und Samsung verkauft haben - betrügerisch sind und keinen Nutzen für das Klima haben.

In Papua-Neuguinea fand [eine Untersuchung von ABC](#) Beweise für kommerziellen Holzeinschlag in einem Regenwald, der durch ein Emissionsgutschriftenprogramm des US-Unternehmens NIHT geschützt werden sollte.

Eine [Veröffentlichung](#) des Penn Center for Science, Sustainability and the Media mit Sitz in den USA kommt zu dem Schluss, dass Kohlenstoffkompensationen das Pariser UN-Abkommen untergraben.

Untersuchungen des ehemaligen Kompensationsanbieters [Compensate](#) legen nahe, dass die Gutschriften aus den meisten der mehr als 170 überprüften "naturbasierten" Kompensationsprojekte, die auf den Märkten verkauft werden, "für die Verwendung als Kompensation ungeeignet sind."

Die [Offset-Rating-Agentur BeZero](#) stellte auf der Grundlage ihrer eigenen Analyse fest, dass zwar "die Theorie der Kohlenstoffmärkte davon ausgeht, dass alle Gutschriften eine Emissionsvermeidung oder -beseitigung in Höhe von 1t CO<sub>2</sub> darstellen ... die Beweise zeigen jedoch zunehmend, dass dies nicht der Fall ist."

#### Organisationen:

- [Global Justice Ecology Project](#), Nordamerika/International
- Freunde der Erde International , <https://www.foei.org>
- GRAIN , <https://grain.org>
- ETC-Gruppe , <https://www.etcgroup.org>
- Focus on the Global South , <https://focusweb.org>
- World Rainforest Movement (Weltregenwaldbewegung) , <https://www.wrm.org.uy>
- Eine wachsende Kultur , <https://www.agrowingculture.org>
- Das Oakland-Institut , <https://www.oaklandinstitute.org>
- [Indigene Klima-Aktion](#) <https://www.indigenousclimateaction.com>
- [Just Transition Alliance](#)
- [Hoodwinked Collaborative](#) <https://climatefalsesolutions.org>
- Indigenes Umweltnetzwerk <https://www.ienearth.org>

### 425 Organisationen: End the Corporate Capture of COP28 - Januar 2023:

Climate Justice Alliance joined more than 425 climate justice and civil society organizations in [calling on the UNFCCC to Kick Big Polluters Out and end the corporate capture of COP28](#)

# Klimaschutz – Proteste und Strategien

## Attac Österreich: EU-Handelsministerrat:

### Weiter unbeirrbar in die Klimakrise

27.11.2023 - Die Plattform Anders Handeln kritisiert den Vorstoß der EU, in den nächsten Monaten weitere Handelsabkommen abzuschließen - und zwar ungeachtet demokratischer Spielregeln sowie der dramatischen Auswirkungen auf Klimaschutz und Menschenrechte. "Mit ihrem unbeirrbar Festhalten an immer neuen Handelsliberalisierungen konterkariert die EU ihre eigenen Klimaziele und verschärft Umweltzerstörung und Ungleichheit", erklärt die Plattform. - [Attac Österreich](#)

## Brigitte Theißl:

### Warum Klimaschutz eine soziale Frage ist

27.11.2023 - Ende November veröffentlichte die NGO **Oxfam** einen Bericht zur Klimagerechtigkeit. „[Climate Equality: A Planet for the 99 Percent](#)“, so der Titel. Die Zahlen darin liefern ein drastisches Bild davon, wie groß die soziale Kluft hinter dem menschengemachten Klimawandel ist. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verursachte 2019 so viel klimaschädliche Treibhausgase wie die ärmeren zwei Drittel. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung waren 2019 für rund die Hälfte der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. [...] Gerecht ist es also, die soziale Ungleichheit und den damit verbundenen ungleichen Beitrag zur Klimabilanz in Maßnahmen zum Klimaschutz zu berücksichtigen.

Klimapolitik muss immer auf ihre sozialen Effekte hin abgeklopft werden und das gute Leben für alle als Leitvision in sich tragen. Dafür plädieren auch die Autor:innen des Buchs „[Klimasoziale Politik](#)“, herausgegeben von [Armutskonferenz, Attac und Beigewum](#), [...]

Klimasoziale Politik braucht aber auch eine Debatte, die auf sozialen Ausgleich setzt und sich gegen klassistische Zuschreibungen stellt, statt soziale Spaltung voranzutreiben. Viel zu oft wird der Kampf gegen die Klimakrise auf individuellen Konsum reduziert und moralisch aufgeladen. Sich für oder gegen nachhaltige Optionen zu entscheiden, diese Wahl haben Menschen mit geringen Ressourcen oft gar nicht. Und sie fühlen sich nicht abgeholt in der Debatte um regionale Bio-Tomaten und Bambus-Zahnbürsten, argumentiert auch die britische Wissenschaftlerin [Karen Bell](#), Autorin des Buchs „Working-class Environmentalism“. Im Kampf gegen Klimakrise und Umweltverschmutzung würden oft nur akademisch geprägte Bewegungen wahrgenommen, dabei seien auch Gewerkschaften und Arbeiter:innen-Initiativen stets an vorderster Front gestanden, so Bell: etwa, wenn sie gegen den Einsatz von giftigen Chemikalien am Arbeitsplatz oder für eine ressourcenschonende, nachhaltige Landwirtschaft kämpfen.“ [...]

Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort, Tobias Schmitt, Uta von Winterfeld (Hg.)

### [Handbuch Politische Ökologie](#)

Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden

## Konferenz „Let’s Socialise: Vergesellschaftung als Strategie für Klimagerechtigkeit“

**15. - 17. März im Seezeit Ressort am Werbellinsee in Brandenburg**

Angesichts der Klimakrise wird die Frage, wie wir unsere Gesellschaft sozialökologisch umbauen können, mit jedem Tag dringlicher. Im März lädt Gemeingut daher gemeinsam mit anderen Organisationen zu einer dreitägigen Konferenz ein, in der es um Klimagerechtigkeit und Vergesellschaftung geht. Ziel der Konferenz ist es, mit Aktiven aus Klimabewegung, Gewerkschaften, Landwirtschaft und Wissenschaft über die Potenziale von Vergesellschaftung für den Klimaschutz zu diskutieren und konkrete Ideen für gemeinsame Kampagnen zu entwickeln. Das Gemeingut-Team wird dort Workshops zur ökologischen Mobilitätswende, insbesondere zum Schienenverkehr und zum Thema Klimagerechtigkeit und Gesundheitsversorgung anbieten, sowie eine Online-Veranstaltung zu verschiedenen Formen und Strategien der Privatisierung als Vorbereitung zur Konferenz. <https://vergesellschaftungskonferenz.de>

## SEFE gegen die Klimaschützer

22.01.2024 – Der in Staatsbesitz befindliche deutsche Konzern SEFE (Ex-Gazprom Germania) erklärt in einem Schreiben an die US-Administration, ein geplantes, besonders großes Exportterminal an der US-Küste namens CP2 sei „für die Energiesicherheit Deutschlands lebensnotwendig“. CP2 ist eins der mehr als ein Dutzend geplanten Terminals, deren Bau in den USA auf energischen Protest stößt – zum einen, weil Anwohner über starke Umweltverschmutzung klagen, zum anderen, weil Klimaschützer den Ausbau der Infrastruktur für fossile Energieträger anprangern, wo doch eigentlich der Ausstieg aus klimaschädlichen Energien versprochen worden war. Die Vereinigten Staaten haben ihren Export von Flüssiggas, der 2016 noch gering war, rasant gesteigert und sind 2023 zum größten Flüssiggaslieferanten weltweit aufgestiegen. Ihr mit Abstand größter Abnehmer ist die EU. Weiterlesen: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9460>

## Gegen die Verzweiflung, 01.02.2023 - [Marco Diener](#) / **Wer den Zustand von Umwelt und Klima anschaut, könnte schier verzweifeln. Das Magazin «Die Umwelt» präsentiert ein paar Mutmacher.**

Ernährung, Mobilität, Wohnen: Laut der Zeitschrift «Die Umwelt» des Bundesamts für Umwelt (Bafu) sind diese drei Bereiche für 64 Prozent unserer Umweltbelastung verantwortlich. 28 Prozent gehen aufs Konto der Ernährung. 24 Prozent macht unsere Mobilität aus. Und 12 Prozent das Wohnen. Zwar können wir weder auf die Ernährung, noch auf die Mobilität und das Wohnen verzichten. Aber hier sind die wirksamsten Veränderungen möglich. <https://www.infosperber.ch/umwelt/uebriges-umwelt/gegen-die-verzweiflung/>

# Katja Weitzdörfer

## Chlordecon in Martinique

### - ein karibischer Albtraum oder Tropiques Toxiques!

Katja Weitzdörfer ist Mitglied von Attac Kassel

November 2023 - Die „UNIVERSITÉ D'ÉTÉ DES MOUVEMENTS SOCIAUX ET DES SOLIDARITÉS“ fand vom 23. 8. bis 27.8. 23 in einem Pariser Vorort, Bobigny (an der UNI- Sorbonne Nord) statt.

Ich möchte nun an dieser Stelle für Sand im Getriebe etwas über ein Problem erzählen, von dem ich gleich am ersten Tag der Sommer-Uni etwas erfahren habe. Ich kann auch sagen, dass mich dieses Thema bisher gedanklich nicht so richtig losgelassen hat, weil es schockiert und die Vorstellung davon einfach betroffen macht.

Das Thema des Moduls war Dettés Coloniales, Néocolonialisme et Réparations (Kolonialschuld, Neokolonialismus und Reparationen). Organisiert wurde dieses Seminar von CADTM, (Komitee zur Streichung der illegitimen Schulden); Ligue Panafricaine Umoja; FUIQP; SURVIE; Fondation Frantz Fanon und Afalab.

Die letzte Rednerin des Seminars war eine Umweltaktivistin aus Martinique, von den französischen Antillen. Martinique ist immer noch ein französisches Département, ein sogenanntes Département d'Outre Mer (département jenseits des Meeres, wie auch Guadeloupe, eine Nachbarinsel). Politisch gehören beide also zu Frankreich und damit auch zur EU.

Martinique und auch Guadeloupe besitzen Monokulturen an Bananen und das schon seit Jahrzehnten. Sie werden nach Frankreich importiert.

15 % der Menschen, Nachfahren der einstigen Kolonialherren und Sklavenhalter, genannt die Békés, besitzen 80 % der Bananenplantagen. Auf den Plantagen arbeiten im Grunde auch die Nachfahren der einstigen Sklaven, die von Afrika dorthin verschleppt wurden.

Der Reichtum aus dem Bananenhandel geht direkt in die Hände der Plantagenbesitzer.

Die Aktivistin spricht von einem dort stattfindenden Ökozid, einem Umweltdesaster, der Vergiftung der Erde durch „Chlordécone“ und zwar nicht nur auf Martinique, sondern auch auf Guadeloupe. Sie schildert auch die direkten Auswirkungen auf die dort lebende Bevölkerung: Erhöhte Raten an Prostatakrebs, missgebildete Kinder, erhöhte Rate an Frühgeborenen, psychische Auffälligkeiten, ADHS...

Aber wie ist es überhaupt zu diesem Ökozid gekommen? Die Referentin erklärt, dass das alles passiert ist wegen des sogenannten Bananenrüsslers, eines Schädlings, der die Bananenstauden angreift, auf französisch genannt „le charançon de banane.“

Das Mittel der Wahl gegen den Bananenrüssler war jahrzehntelang ein Insektizid namens Chlordécone, zu Deutsch **Chlordecon**, es ist eine chemische Verbindung aus der Gruppe der Organochlorverbindungen, verwandt dem DDT. Chlordecon vergiftet zwar nicht die Banane, aber den Boden und die Arbeiter. Sie merkt an, dass es sich hier um ein kolonialistisches Verbrechen handelt.

Anfang der 60iger Jahre entschied die französische Regierung nach und nach die Pestizide der Organochlorverbindungen als Vorsichtsmaßnahme zu verbieten.

Allerdings nicht auf den Antillen. Dort wurde der Stoff bis 1992 noch weiter eingesetzt. In den USA war er seit 1974 verboten, seitdem man bemerkt hatte, dass Arbeiter, die dem Stoff ausgesetzt waren, sehr krank wurden.

Um den Bananenhandel zu retten, erlaubte man also bis 1992 weiter den Einsatz des Insektizides wider besseres Wissen. Hier standen ganz klare geschäftliche Interessen im Vordergrund, denen Menschenleben geopfert wurden.

Die Menschen auf den Antillen fordern nun Reparationen von der Französischen Regierung und liefern sich seit Jahren Gerichtsprozesse mit keinem befriedigenden Ergebnis bisher. Man muss leider feststellen, dass 95 % der Bevölkerung durch das Chlordecon verseucht sind und das Lebenslang. Die Halbwertszeit beträgt 70 Jahre. Man rechnet damit, dass das Mittel die Erde und Gewässer dort noch 500 Jahre lang verseuchen wird. Also Generationen um Generationen werden sich mit diesem Problem herumschlagen müssen.

Die Referentin lässt den Satz fallen, „der Kapitalismus kolonisiert nicht nur im Raum, sondern auch in der Zeit!“

Es gibt dort einige Fischereiverbotzonen, weil zu hohe Konzentrationen im Meer gemessen werden. Viehbauern können ihr Vieh zum Teil nicht mehr verkaufen, weil auch auf ihrem Land die Böden verseucht sind.

Die Referentin sagt am Ende den Satz: „Nous aux Antilles, on n'a jamais été décolonisés, nous sommes traités avec ce mépris...“ Wir auf den Antillen sind niemals dekolonisiert worden, wir sind mit Verachtung behandelt worden.

Aufgeschreckt durch diesen Bericht, wurde mein Interesse an einem dicken Comic auf einem der Büchertische geweckt. Thema des 200 Seiten Comics - der Chlordecon-Skandal. Tropiques Toxiques der Titel. Die ganzen Hintergründe der Geschichte wurden detektivisch recherchiert und auch die Verantwortung der französischen Politik darin beleuchtet. Es wird berichtet, dass in den Jahren 1985 bis 1993 Aktenmaterial verschwunden ist, das den weiteren Einsatz von Chlordecon hätte aufklären können. Keine Spur findet sich dazu mehr, wer als Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden könnte, sei es in den Nationalarchiven, den Archiven des Agrarministeriums oder in denen des Entwicklungsministeriums.

Ich wünsche der Bevölkerung von Martinique und Guadeloupe, dass sie diesen unfairen Kampf gewinnen werden und es doch bald zu Entschädigungen und/oder Reparationen kommen wird. Auf den Antillen war es das Chlordecon, das jahrzehntelang verwendet werden durfte. Bei uns ist es das **Glyphosat**, das auch den Ruf hat, krebserregend zu sein und wider besseren Wissen immer noch in der Landwirtschaft eingesetzt wird und dessen Nutzungsdauer immer wieder verlängert wird von den verantwortlichen Politikern.

**Auch wir hier in der EU können also von dieser Geschichte lernen.**

## Agnès Moussion, Jean-Francois Guillon, Attac Frankreich 2023, ein außergewöhnliches Jahr für die sozialen Bewegungen in Frankreich

(Vortrag auf dem Treffen des europäischen Attac-Netzwerks im Herbst 2023, der auf Anfrage der SiG-Redaktion weitergegeben wurde; Übersetzung, mehrere Links und Hinweise von der SiG-Redaktion)

Diese Präsentation wird versuchen, ein Bild vom Stand der Kämpfe der sozialen Bewegung in Frankreich im Jahr 2023, von möglichen Perspektiven, Bündnissen und Strategien zu zeichnen.

### Gegen die Rentenreform – für glückliche Tage, auch im Alter

In Frankreich war das Jahr 2023 durch massive Mobilisierungen gekennzeichnet. Die wichtigste war die Verteidigung des Rentensystems gegen den Reformplan der Regierung. Sie war extrem massiv, währte sehr lang (länger als alle anderen sozialen Bewegungen, die wir in letzter Zeit in Frankreich hatten) und bekam eine starke öffentliche Unterstützung während des gesamten Zeitraums: Die Bevölkerung war in den Umfragen überwiegend gegen die Rentenreform.

Während des Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampfes in der ersten Hälfte des Jahres 2023 hatte Emmanuel Macron angekündigt, dass er das Renteneintrittsalter von derzeit 62 Jahren auf 64 oder 65 Jahre anheben wolle. Er gewann die Wahlen mit einem knappen Ergebnis: 58,54% der abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang (41% bekam Marine le Pen, die Kandidatin der extremen Rechten), aber 28,01% der registrierten Wahlberechtigten enthielten sich.

Macron hat ebenfalls in der Nationalversammlung keine starke Basis, die seine Politik unterstützen würde.



„Mit 64 Jahren sind schon 1/4 der Arbeiter tot!“

Foto: [cgt](#)

Aus SiG [120](#), 2016 (Seite 10):

**Schäuble, April 2015:** Als Vorbild für Frankreich nannte Schäuble Spanien, das unter der Aufsicht der Troika (EZB, IWF und EU) grundlegende Reformen durchgesetzt habe. „Frankreich könnte froh sein, wenn jemand das Parlament zwingen würde, aber das ist schwierig, so ist die Demokratie“, sagte Schäuble auf Englisch. Er fügte hinzu: „Wenn Sie mit meinen französischen Freunden, ob mit Michel Sapin oder mit Emmanuel Macron sprechen, dann haben sie lange Geschichten zu erzählen über ihre Schwierigkeiten, die öffentliche Meinung und das Parlament von der Notwendigkeit der Arbeitsmarktreform zu überzeugen.“ [FAZ 17.4.2015](#)

Aus der **EMPFEHLUNG** des Rates der EU zum nationalen Reformprogramm Frankreichs 2015, 14. Juli 2015  
(...) Es wurden politische Maßnahmen getroffen, um die Arbeitskosten zu senken und die Gewinnspannen der Unternehmen zu erhöhen. (...) Die Arbeitskosten auf der Ebene des Mindestlohns sind im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten nach wie vor hoch. (...) S. auch [Empfehlungen von 2014](#)

Um das Ausmaß dieser Mobilisierung gegen die Rentenreform zu verstehen, müssen wir das französische Rentensystem und die Besonderheiten der französischen Gewerkschaftsstrukturen kennen.

Die Ablehnung der Reform durch die Bevölkerung, die bei allen Mobilisierungen bestätigt wurde, erklärt sich größtenteils durch die **Ungerechtigkeit der Reform**. In Frankreich hängt die Berechnung der Renten von zwei Parametern ab: dem Renteneintrittsalter (derzeit 62 Jahre) und der Anzahl der Beitragsjahre (derzeit 42 Jahre). Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre benachteiligt also vor allem diejenigen, die jung ins Berufsleben eingestiegen sind und die schwerste Arbeit verrichten.

Der **Zusammenschluss aller Gewerkschaften** war ein sehr wichtiges Element der Mobilisierung in der Gesellschaft. In Frankreich ist der Pluralismus der Gewerkschaften die Regel. In den Unternehmen und im öffentlichen Dienst sind verschiedene Gewerkschaften vertreten, von den radikalsten bis zu den gemäßigten. Die Regierung hat keinen Weg gefunden, die Gewerkschaftsfront zu spalten, trotz des Versuchs, mit den gemäßigten Gewerkschaften zu verhandeln. Dies war dieses Mal nicht möglich, da die tiefgreifende Ungerechtigkeit dieser Reform alle Gewerkschaften vereinte, denen es gelang, während der monatelangen Mobilisierung ihre Einheit zu bewahren.

Attac Frankreich hat die sozialen Bewegungen unterstützt, wobei den Gewerkschaften die Führung der Bewegung überlassen wurde:

– **Volksbildung:** Wir haben sehr bald einen kleinen Leitfaden über die Rentenreform veröffentlicht, der bei den De-



monstrationen verteilt wurde. Dieser Leitfaden dekonstruiert die gängigen Vorstellungen von einem Thema, das als sehr komplex gilt, und wurde sehr gut angenommen.

– Wir hatten auch einen großen Erfolg mit den **Rosies-Umzügen** während der Demonstration: eine originelle und integrative Art zu demonstrieren, mit feministischen Umzügen von Frauen in blauen Overalls (die Frauen bei der Arbeit symbolisieren) und mit gelben Haushaltshandschuhen (die den zweiten Arbeitstag der Frauen zu Hause symbolisieren), Liederparodien und einfachen Choreographien im Flashmob-Stil. Dies war eine sehr beeindruckende Art und Weise, die Reform aus einem feministischen Blickwinkel zu kritisieren. ([Video](#))



(2020)

So ist es uns gelungen, die Ungerechtigkeit der Reform und insbesondere die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der öffentlichen Debatte zu thematisieren.

Die Wucht der Proteste gegen die Rentenreform kann besser verstanden werden, wenn **die vielen Wellen der Kämpfe in Frankreich** in Erinnerung gerufen werden: Gegen ein neues Arbeitsgesetz (2016, [SiG 120](#)), gegen die Zerschlagung der staatlichen Eisenbahn SNCF (2018, [SiG 128](#)), seit Jahren gegen die Misere in der Gesundheitsversorgung, insbesondere in den Krankenhäusern ([SiG 129](#)), gegen die Umweltzerstörungen ([SiG 127](#)) und „große unnütze Projekte“ ([SiG 126](#)), gegen Rassismus und die polizeiliche und gerichtliche Repression ([SiG 139](#)).

(aus [SiG 150](#))

**Widerstand gegen die Rentenreform, Analysen:**  
**in den SiG-Newslettern [149](#), [150](#) und [151](#)**  
Zum ersten Versuch einer „Rentenreform“: [SiG 135](#)

Doch letztlich, im März 2023, setzte die Regierung, ohne die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit der Reform überzeugen zu können, die Reform mit Gewalt durch, wobei sie sich eines juristischen Mittels bediente, das als 49-3 bekannt ist und es ermöglicht, ein Gesetz ohne die Zustimmung des Parlaments zu erlassen.

Dann wurde die Bewegung härter, mit sektoralen Streiks, aber ohne Generalstreik. Attac schlug erneut eine originelle Form der Mobilisierung vor, über die in den Medien viel berichtet wurde: Jedes Mal, wenn ein Mitglied der Regierung auftauchte, wurden **Casserolades** (Protestform, bei der auf Töpfe geschlagen wird) organisiert. ([SiG 151](#), Seite 37) Die Verabschiedung der Reform ist eine Niederlage, aber die soziale Bewegung ist stärker und größer geworden, und die Gewerkschaften haben einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen.

Die Abkehr von Emmanuel Macrons öffentlichem Image und seiner Partei, die letztes Jahr in Renaissance umbenannt wurde, scheint die erste Lektion dieser Periode zu sein.

Im Frühjahr fanden im Süden Frankreichs Wahlen statt, bei denen die Kandidatin der Renaissance die Hälfte der Stimmen verlor, die sie im Juni 2022 gewonnen hatte. Jüngstes Beispiel für diese Ablehnung: Bei der Eröffnung der Rugby-Weltmeisterschaft in Paris am 8. September 2023 im größten Stadion des Landes, das bis auf den letzten Platz gefüllt war, wurde Emmanuel Macron lautstark ausgepöfeln, als er seine Eröffnungsrede begann.

Während die Mobilisierung zur Verteidigung des Rentensystems die auffälligste war, waren zwei andere Mobilisierungen in den letzten Monaten sehr wichtig. [...]

## Ökologische Mobilisierung

Die erste war die ökologische Mobilisierung der *Soulèvements de la terre*, der „Aufstände der Erde“, gegen ein Megabeckenprojekt im Westen Frankreichs, in Sainte-Soline.

Megabecken sind Projekte von Großbauern, die Bewässerungssysteme, in der Regel für Mais, betreiben und sich Sorgen über wiederkehrende Dürren als Folge der globalen Erwärmung machen. Bei den Megabecken handelt es sich um sehr große Reservoirs, die im Winter gefüllt werden, um die Kulturen im Sommer zu bewässern. Im Gegensatz zu den kleineren Reservoirs in den Bergen, die durch Regenwasser gefüllt werden, werden sie durch das Abpumpen des Grundwassers gefüllt, das ebenfalls vom Klimawandel betroffen ist. ([SiG 150](#), Seite 26)

Die Megabecken werden sowohl von den Kleinbauern der französischen Bauerngewerkschaft *Confédération Paysanne* – Mitglied von *Via Campesina* –, die fast ein Viertel der Landwirte des Landes vertritt, die sich gegen Projekte auflehnen, die nur einigen wenigen Großbauern zugutekommen und die vielen Kleinbauern enteignen, als auch von den Umweltaktivisten abgelehnt, die gegen Becken protestieren, die den Zugang der Menschen zu Wasser einschränken.

Um gegen diese Art von Projekten zu protestieren, wurde ein **Bündnis, Soulèvements de la Terre**, aus zahlreichen Bewegungen, darunter die *Confédération Paysanne* und *Attac*, gegründet und am 25. März 2023 eine große Demonstration in Sainte-Soline organisiert, um gegen eines dieser Megabecken zu protestieren.

Das Netzwerk *Soulèvements de la terre* hat seinen Ursprung im Kampf gegen das Flughafenprojekt „*Notre-Dame-des-Landes*“ bei Nantes ([SiG 126](#)). Das Projekt wurde nach jahrelangem Widerstand aufgegeben, es war ein großer Sieg für die Umweltbewegung.

Die Demonstration gegen die Becken war ein großer Erfolg mit mehreren zehntausend Demonstranten, aber sie war auch Schauplatz eines sehr gewaltsamen Vorgehens von Polizei und Gendarmerie, die drei Demonstranten verletzten, die mehrere Wochen lang zwischen Leben und Tod schwebten. ([Artikel](#); [SiG 151](#))

Nach der Demonstration wollte die Regierung *Soulèvements de la Terre* auflösen, aber der *Conseil d'Etat*, das oberste Verwaltungsgericht, hat dies bisher nicht zugelassen.

Es wird viel getan zur Unterstützung des Bündnisses und die Generation, die für die „Freitage für das Klima“ mobilisiert hat, beteiligt sich an verschiedenen Initiativen, wie zum Beispiel an einer großen Kundgebung in Larzac im August dieses Jahres mit über 6.000 Teilnehmern.

### **Mobilisierung von Jugendlichen in den Vierteln**

Die dritte große Mobilisierung war die der Jugendlichen in den Arbeitervierteln, die sich nach dem Tod eines Jugendlichen erhoben: Nahel Merzouk, ein 17-jähriger französisch-algerischer Jugendlicher, wurde am 27. Juni 2023 bei einer Verkehrskontrolle von einem Polizisten erschossen. Während die anwesenden Polizisten erklärt hatten, dass das von Nahel gesteuerte Auto auf sie zugefahren und der Schuss aus Notwehr erfolgt sei, wurden von Personen, die die Szene beobachtet hatten, Videos weit verbreitet, die der Polizeiversion völlig widersprachen und zeigten, dass die Polizisten an der Seite des Autos standen und in keiner Weise von diesem bedroht wurden. Am selben Abend erhoben sich die Jugendlichen in Nanterre, der westlichen Vorstadt des Großraums Paris, in der Nahel lebte, und lösten eine Welle von städtischen Revolten aus, die das ganze Land erschütterten. Nahels Tod wirft die Probleme der Grundrechte, der Polizeigewalt und des strukturellen Rassismus bei gleichzeitigem Anstieg der extremen Rechten auf. ([Erklärung](#), 5.7.24)

### **Attac Frankreich: Mobilisierung für die Grundrechte**

Attac Frankreich mobilisierte im Jahr 2023 und mobilisiert noch immer, um die Grundrechte in den sozialen, ökologischen und demokratischen Protesten zu verteidigen und um vor der Polizeirepression zu warnen, die in Frankreich beispiellos ist. Denn die Fälle von Polizeigewalt sind zu zahlreich, man kann fast sagen, dass sie systemisch sind und dass die Angriffe auf die Grundrechte schwerwiegend sind und das gute Funktionieren der Demokratie gefährden. Beispiele:

- **Vereinigungsfreiheit:** Streichung der Zuschüsse für Alternatiba Poitiers durch den Präfekten, Androhung der Streichung der Zuschüsse für die Liga für Menschenrechte oder Aufhebung der Zulassung von anticor, eines Vereins, der gegen Korruption kämpft
- **Pressefreiheit:** Affäre um das Journal du Dimanche, ein 40-tägiger Streik der Journalisten gegen die Übernahme der Leitung der Zeitung durch Geofroy Lejeune, da Lejeune ein Journalist ist, der eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen ist
- **Demonstrationsfreiheit:** immer mehr Verbotsbeschlüsse, die später vom Gericht aufgehoben wurden
- **Meinungsfreiheit:** Zunahme von Angriffen und Verurteilungen wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes (SiG [151](#), Seiten 33-34)

Die **Polizeigewalt** und die Angriffe auf die Grundrechte sind nachgewiesen, das sagen nicht die progressiven Kräfte, das ist eine objektive Feststellung:

- Die für die Orte, an denen in Frankreich Freiheitsrechte entzogen werden, zuständige Generalkontrolleurin berichtet über missbräuchliche willkürliche Verhaftungen

- Die Kommission zur Kontrolle der Geheimdienstpraktiken berichtet über die große Zahl von Ablehnungen der von der Regierung beantragten Abhörmaßnahmen mit der Begründung, dass politische und gewerkschaftliche Aktivitäten nicht kontrolliert werden dürfen.
- François Moulin, Generalstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof, warnt vor einem zunehmend autoritären Charakter der Verstöße gegen die Grundrechte.
- Die Menschenrechtskommissarin des Europarats weist auf Verstöße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die französischen Ordnungskräfte hin.
- Die UNO weist darauf hin, dass die Gewalt unverhältnismäßig eingesetzt wird, dass es zu viel Polizeigewalt gibt und ein Problem mit Rassismus bei der Polizei besteht.

### **Warum Attac sich für diese Themen engagiert:**

A) Diese Polizeigewalt und Angriffe auf die Grundrechte erlauben es zu sagen, dass unter Macron ein autoritäres Abdriften mit einer Schwächung des Rechtsstaats stattfindet. Macron hat diese Entwicklung nicht eingeleitet, aber mit seiner unsozialen Politik provoziert er Protestbewegungen, die er durch die Verabschiedung von Sicherheitsgesetzen und die Stigmatisierung politischer und gewerkschaftlicher Aktivitäten unterdrückt (Gesetz zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei Demonstrationen, Gesetz über die globale Sicherheit, Gesetz zur Stärkung der Grundsätze der Republik)

B) Die sozialen Bewegungen versuchen, sich zu organisieren, um sich gegen diese Entwicklung zu wehren:

- 1) Rat zur Verteidigung der Freiheitsrechte 2019 und 2023: Unterzeichnung einer Erklärung "Angesichts der staatlichen Gewalt verteidigen wir unsere Rechte überall"
- 2) Attac war beim Aufbau der [Assises Populaires](#) aktiv, eines großen öffentlichen Treffens, das Menschen zusammenbrachte, die sonst nicht miteinander reden, eine breite Koalition von Organisationen der sozialen Bewegungen für den Schutz unserer Rechte, wie Human Rights League oder Vereine in den Vorstädten.
- 3) Attac hat die Verurteilung der Repression der Mobilisierungen gegen die Beckenprojekte unterstützt.
- 4) Attac war im Juli Mitinitiator des Bündnisses gegen systemischen Rassismus und Polizeigewalt und für die Verteidigung der Grundrechte sowie Mitkoordinator der landesweiten Mobilisierung der Märsche im September.
- 5) Dann kam es zum Mord an Nahel. Dies führte zu einer breiten und beispiellosen Reaktion der sozialen Bewegung und zum [Marsch für Gerechtigkeit und gegen Repression am 23. September 2023](#), zu dem 198 Organisationen aufgerufen hatten. Zum ersten Mal haben Gewerkschaften, Vereine, Stadtteilkollektive und Parteien gemeinsam den systemischen Charakter des Rassismus angeprangert und sich zusammengeschlossen, um eine grundlegende Umgestaltung der Polizei zu fordern, damit die Polizeigewalt aufhört, und ihren Willen bekundet, ein Bündnis für die Verteidigung der Grundrechte aufzubauen.
- 6) Organisation einer Versammlung im Januar 2024 zur Beendigung der Polizeigewalt im Zusammenhang mit dem Fall [Geneviève Legay](#), die bei einer Demonstration von der Polizei schwer verletzt wurde.

# Die Rückkehr der Austerität in Europa? Ein Aufruf zum Handeln

Brüssel, November 2023

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die Europäische Kommission sprechen wieder über Austerität - eine Austerität, die in vielen Ländern nicht verschwunden ist. In dieser "Debatte" wollen wir 3 Punkte geltend machen, die wir für wesentlich halten. [...]

### 1. Es ist genug für alle da!

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind und bleiben reiche Länder. Sie verfügen bei weitem über die Mittel, um allen Menschen, die in der EU leben, ein menschenwürdiges Leben und die Achtung aller in der Europäischen Sozialcharta garantierten Rechte zu garantieren. Und doch nimmt die Armut überall zu. Der Reichtum ist da, er muss nur gerecht verteilt werden. Er ist bei den sehr Reichen und im Großkapital zu finden. Die Berufung auf die "Krise" oder den Mangel an Ressourcen ist eine Lüge und offenbart eine politische Entscheidung.

**Die Besteuerung von Finanztransaktionen, großen Vermögen, multinationalen Gewinnen und sehr hohen Einkommen sollte es ermöglichen, beträchtliche Summen zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen und echter sozialer Maßnahmen zu mobilisieren.**

### 2. Austerität ist das Problem, nicht die Lösung.

In einer Zeit großer sozialer, ökologischer und politischer Bedrohungen brauchen die Bürger:innen und Arbeitnehmer:innen in Europa mehr denn je hohe öffentliche Ausgaben - vorausgesetzt, sie entsprechen den Bedürfnissen der meisten Menschen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Austeritätspolitik Arbeitsplätze vernichtet, soziale Rechte untergräbt, Privatisierungen und Kommerzialisierung fördert, den ökologischen Wandel verhindert und das Vertrauen in die Demokratie untergräbt. Die Finanzriesen und das Großkapital sind die einzigen, die ein Interesse an der Wiederbelebung der Austeritätspolitik haben. Ihre Lösungen sind nicht nur ineffektiv, sondern geben auch den Befürwortern eines faschistischen oder autoritären Europas Nahrung.

**Der Fiskalpakt (TSCG) muss aufgehoben und darf natürlich nicht neu aufgelegt werden.**

### 3. Öffentliche Ausgaben - aber nicht irgendeine Art von Ausgaben!

Ein hohes Maß an öffentlichen Ausgaben ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine menschenwürdige Gesellschaft.

**a. Wir wollen eine allgemeine Erhöhung der Sozialausgaben:** für Gesundheit, gesetzliche Renten, sozialen Wohnungsbau, Bildung, Armutsbekämpfung usw. Alle Löhne und Sozialleistungen müssen an den Anstieg der Lebenshaltungskosten angepasst werden. Alle Löhne und Sozialleistungen müssen an den Anstieg der Lebenshaltungskosten angepasst werden.

**b. Wir wollen keine Erhöhung der Militärausgaben.**

**c. Die massiven ökologischen Investitionen,** die wir für einen echten, gerechten Übergang brauchen, müssen Gegenstand einer demokratischen Debatte sein und sich an den Bedürfnissen der Lohnabhängigen und deren Familien orientieren. Das weit verbreitete Greenwashing und die Vereinnahmung der so genannten ökologischen Politik durch die Großindustrie bringen keine Lösung und diskreditieren echte ökologische und soziale Kämpfe.

Um unsere Position zum Ausdruck zu bringen, unterstützen wir die Euro-Demonstration gegen die Austeritätspolitik, die am 12. Dezember in Brüssel [stattfinden wird](#).

**Wir unterstützen auch alle Aktionen und Mobilisierungen, die in ganz Europa mit den gleichen Forderungen durchgeführt werden!**

<https://www.altersummit.eu/home/article/die-ruckkehr-der-austeritat-in-europa-ein-aufruf-zum-handeln>



**Demonstration von 15 000 Gewerkschaftsmitgliedern in Brüssel am 12.12.2023 – Fotoreihe**

Gewerkschaftsmitglieder aus 30 Ländern reisten nach Belgien, um an der vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) organisierten Demonstration "Gemeinsam gegen die Sparpolitik" teilzunehmen, bei der Generalsekretärin Esther Lynch die Politiker warnte, dass sie bei den bevorstehenden Europawahlen den Preis für jede Rückkehr zur Sparpolitik zahlen würden.

Der Protest findet am Vorabend eines Treffens der europäischen Regierungschefs statt, die um einen Konsens über eine umstrittene Reform der EU-Regeln zur wirtschaftspolitischen Steuerung ringen. Nach dem Kommissionsentwurf müssten Mitgliedstaaten mit einem Defizit von über 3 % des BIP ihr Haushaltsdefizit jedes Jahr um mindestens 0,5 % des BIP senken. Nach Berechnungen des EGB, die sich auf Daten der Europäischen Kommission stützen, würde dies bedeuten, dass die Mitgliedstaaten gezwungen wären, allein im nächsten Jahr 45 Milliarden Euro aus ihren Haushalten zu streichen. Der Vorschlag des Rates würde die Kürzungen noch verschärfen. [ETUC](#)

## OXFAM: Inequality Inc.

29.06.2023 - Seit 2020 haben die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen mehr als verdoppelt. Das entspricht einem Gewinn von 14 Millionen US-Dollar pro Stunde. **Gleichzeitig sind weltweit fast fünf Milliarden Menschen ärmer geworden.**

Diese zunehmende soziale Ungleichheit stellt Gesellschaften vor immer größere Zerreißproben. Sie verstärkt geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierungen, sie untergräbt die Demokratie und trägt maßgeblich dazu bei, dass die Klimakrise sich zu einer Katastrophe ausweitet.

### Ergebnisse des Berichts

- **Die fünf reichsten Männer der Welt** haben ihr Vermögen seit 2020 von 405 Milliarden US-Dollar auf 869 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt.
- **Alle Milliardär\*innen zusammen** sind heute um 3,3 Billionen US-Dollar (34 Prozent) reicher als 2020.
- **Fast fünf (4,77) Milliarden Menschen**, die ärmsten 60 Prozent der Menschheit, haben seit 2020 zusammen 20 Milliarden US-Dollar Vermögen verloren.
- **Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen** ist seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel (73,85 Prozent) gewachsen, von etwa 89 auf etwa 155 Milliarden US-Dollar.
- **2023 haben Konzerne irrwitzige Gewinne angehäuft.** 148 der weltweit größten Konzerne haben in den zwölf Monaten bis Juni 2023 insgesamt 1,8 Billionen US-Dollar an Gewinnen eingefahren. Das entspricht einem Anstieg von 52,5 Prozent gegenüber den durchschnittlichen Nettogewinnen im Zeitraum 2018-2021.
- **Der Aktienbesitz** kommt in erster Linie den reichsten Menschen der Welt zugute. Das weltweit reichste Prozent besitzt 43 Prozent des gesamten Finanzvermögens. In Deutschland besitzt das reichste Prozent 41,1 Prozent des gesamten Finanzvermögens.

### Unsere Forderung: Vermögenssteuer

Wir brauchen eine Besteuerung hoher Vermögen, damit auch die Superreichen ihren gerechten Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Oxfam fordert die Regierungen auf, die Kluft zwischen den Superreichen und dem Rest der Gesellschaft schnell und radikal zu verringern: Sie müssen große Vermögen und Übergewinne dauerhaft besteuern. Eine Vermögenssteuer für die Multi-Millionär\*innen und Milliardär\*innen der Welt könnte jährlich wichtige Finanzmittel für das Gemeinwohl generieren.

Als **Teil einer europaweiten Bürger\*inneninitiative** fordern wir eine **europäische Vermögenssteuer für Superreiche**, mit der Bildung, Gesundheit und Klimaschutz finanziert werden können – in Deutschland, Europa und weltweit. [Oxfam.de](https://www.oxfam.de) ; [Studie auf Englisch](#), 15.02.2024

**Oxfam**, Juni 2023: **Wie Regierungen reicher Länder und die Weltbank private Krankenhäuser mit Gewinnabsicht finanzieren, und warum dies gestoppt werden sollte:** Entwicklungsfinanzierungsinstitute, die europäischen Regierungen und der Weltbankgruppe gehören, geben Hunderte von Millionen Dollar für teure, gewinnorientierte Krankenhäuser im Globalen Süden aus, die Patienten von der Behandlung ausschließen oder sie in den Bankrott treiben. Einige Krankenhäuser nehmen sogar Patienten in Haft, die ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie verweigerten einige dieser Krankenhäuser Patienten, die an dem Virus litten, den Zutritt oder verkauften Intensivbetten zu horrenden Preisen an den Meistbietenden. Ein universelles Gesundheitswesen ist dringend notwendig. Mehr: [Oxfam](#)

## Tax the rich!



<https://www.tax-the-rich.eu>

**Europäische Bürgerinitiative: Einführung einer Vermögenssteuer zur Finanzierung des ökologischen und sozialen Wandels**

Unterschrift:

<https://eci.ec.europa.eu/038/public/#/screen/home>

**Wann kommt die europäische Reichensteuer?**

David Goeßmann, [Telepolis](#)

**Verteilungsgerechtigkeit: Appell der Reichen: Brauchen dringend höhere Reichensteuer!**

21.09.23 – KONTRAST.at - [pressenza](#)

### Lobbycontrol

**Wie Monopolkonzerne das globale Macht- und Wohlstandsgefälle verstärken**

17.01.2024 - Unsere neue [Studie](#) zeigt, wie die größten Konzerne der Welt ihre Monopolmacht nutzen, um die Preise trotz steigender Lebenshaltungskosten zu erhöhen.

# “Unsere Rente – Kein Spielball für BlackRock & Co. Menschenwürdige Renten für Alle – wie in Österreich”

Am 7. Oktober 2023 fand in Berlin eine Veranstaltung dazu statt, ausgerichtet durch:

[Initiative BlackRock-Tribunal](#), [Arbeitskreis Internationales \(AKI\) der IG Metall \(IGM\) Berlin](#);  
[Initiative RentenZukunft e. V.](#); [Arbeitskreis gegen Deregulierung und Privatisierung, Berlin](#).

“Als größter Vermögensverwalter der Welt übt BlackRock (Finanzvolumen z. Zt. ca. 9 Billionen US\$), hinter den Kulissen immer mehr politische Macht auf oberster Ebene aus. BlackRock & Co. können sich umso leichter neue lukrative Geschäftsfelder bei öffentlichen Systemen erschließen. Aktuell geht es um öffentliche Rentensysteme, die in sog. „Kapitalbasierte Rente“ umgebaut werden sollen.

Auf EU-Ebene konnten BlackRock & Co. schon als wichtiges Etappenziel die Verordnung PEPP (Paneuropäisches privates Pensionsprodukt) durchsetzen, die in der ganzen EU seit März 2022 gilt. D.h.: die EU-Bevölkerung soll ihre Altersvorsorge möglichst durch Anlage von Ersparnissen in privaten Fonds, z.B. sog. ETFs („Exchange-Traded Funds“), einzeln betreiben. Als einer der größten Emittenten solcher Fonds wird BlackRock so unmittelbar von der EU begünstigt.

Schon 2019 hatte BlackRock nach der miserablen Erfahrung mit der sog. „Riester-Rente“ die damalige Bundesregierung (Merkel) öffentlich aufgefordert, dieses gescheiterte Programm auf private Kapitalmarkt-Fonds umzustellen.

Konform hat die jetzige Bundesregierung die „Fokusgruppe private Altersvorsorge“ eingesetzt, in der der Verband der privaten Fondsverwaltungen Mitglied ist. In dieser Lobby-Organisation sind ihrerseits BlackRock, Vanguard etc. Mitglieder. Die Fokusgruppe hat im Juli 2023 Pläne vorgelegt, nach denen neben der – umlagefinanzierten – gesetzlichen Rente und der Betriebsrente als „Dritte Säule“ erneut private Altersvorsorge ausgebaut werden soll. Der Verband der Fondsverwalter war „sehr zufrieden“ mit den Plänen! Einziges Mitglied der Gruppe für die abhängig Beschäftigten ist der DGB, der klar dagegen Stellung bezogen hat. Dennoch soll private Vorsorge (steuerbegünstigt!) schon 2024 als Gesetz beschlossen werden.

Köder für die neue private Altersvorsorge sind vor allem die höheren Renten durch private Kapitalanlagen, die von

BlackRock & Co. nun versprochen werden. Gleichzeitig sollen die Fondsverwalter aber von jeder Garantie über die tatsächliche Höhe der Rente entbunden werden: das Risiko trägt allein der einzelne „Anleger“. Die Altersvorsorge würde nach diesen Plänen skrupellos aller Börsen-Spekulation ausgeliefert.

Dies ist kein Modell, das man guten Gewissens als Alters-Sicherung propagieren kann!

Was in Deutschland anliegt ist:

1. am bewährten – von Finanzspekulation völlig unberührten – Verfahren der Umlagefinanzierung festzuhalten;
2. endlich das Gewirr von Rentenarten / Pensionen nach dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes sozial und gerecht auszugleichen.

Das muss nun nicht erst neu erfunden werden; es existiert bereits mit dem Vorbild des in Österreich praktizierten Systems.”

(Aus der der [Ankündigung zur Veranstaltung](#). [Nachzulesen hier:https://www.blackrocktribunal.de](#))

**Moderation:** **Ursula Klingmüller** (ehemals Arbeitsministerium Potsdam) und

**Prof. Dr. Dieter Wagner**, i. R. (Universität Potsdam)

**Teilnehmende:** **Reiner Heyse** : Wie sich das Finanzkapital des Rentensystems in Deutschland bemächtigt / Ohne gründliche Rentenreform gibt es kein würdevolles Leben im Alter; **Holger Balodis** : Lehren aus dem Scheitern der „Riester-Rente“ (Videobeitrag);

**Verena Bentele** : Warum wir gegen die Aktienrente sind (Videobeitrag); **Werner Rügemer** : Nicht die Demographie – entscheidend sind die Arbeitseinkommen; **Matthias W. Birkwald**: Statt Altersarmut: Renten rauf! (Videobeitrag); **Josef Wöss**: Das Rentensystem in Österreich – eine starke gesetzliche Rente ist möglich.

• [Redebeiträge in MP-3-Format \(Podcast\)](#)

• [Redebeiträge in Videoformat](#)

Mehr <https://widerstaendig.de/unsere-rente-kein-spielball-fuer-blackrock-co-2/>

## Blackrock wird zum Top-Investor in Infrastruktur

12.01.2023 - Der US-Finanzkonzern Blackrock übernimmt den Infrastrukturspezialisten Global Infrastructure Partners (GIP) für rund 12,5 Milliarden Dollar. Damit positioniert sich der Vermögensverwalter als einer der weltweit größten Investoren für die Bereiche Energie, Transport und digitale Infrastruktur.

Blackrock bezahlt den Kaufpreis mit drei Milliarden Dollar in bar und zwölf Millionen eigenen Stammaktien im Wert von 9,5 Milliarden Dollar. Die Transaktion soll im dritten Quartal abgeschlossen sein.

GIP-Vorstandschef Bayo Ogunlesi wird in das Topmanagement von Blackrock einziehen. Die Übernahme von GIP, das 100 Milliarden Dollar verwaltet, ist der größte Deal von Blackrock seit mehr als zehn Jahren. Quelle:

[Handelsblatt](#)

**Werner Rügemer: BlackRock & Co. enteignen! Auf den Spuren einer unbekanntenen Weltmacht (2021)**

## Veronika Baier als Teilnehmerin „Das Beispiel Österreichs zeigt, eine auskömmliche Rente ist keine Utopie, sie ist machbar!“

### Eigener Bericht für Sand im Getriebe, November 2023

**Josef Wöss** von der Arbeiterkammer Wien am Ende der abschließenden Diskussionsrunde: Eine der ganz großen Herausforderungen sei, wie man an die jüngeren Leute herankomme. Dafür würde es sich eignen, die enge Anbindung der geplanten Aktienrente an die Finanzmärkte stärker in den Vordergrund zu rücken, denn das interessiere sie. Schließlich hätten sie oft schon mit Leuten zu tun gehabt, die sie zum Kauf von Aktien drängten, und sie seien dafür auch empfänglich angesichts der Aussichten auf eine schlechte Alterssicherung. Aber die Thematisierung der Risiken der Finanzmärkte – etwa am Beispiel BlackRock und Co, wie es [Werner Rügemeier](#) in seinen Büchern zeigt – das würde vielleicht bei der Jugend ziehen.

**Gerd Lütjens**, Vorsitzender der Verdi-Senioren in Hamburg, knüpfte daran an und berichtete von den vielfältigen Bemühungen, jede Möglichkeit zu nutzen, um Jugendvertretungen aus den Gewerkschaftsgremien und aus den Jugendverbänden zu informieren, auch wenn dies 'Bohren dicker Bretter' sei, denn bei den Jugendlichen stünden ganz andere Probleme im Vordergrund.

**Reiner Heyse** (<https://renten-zukunft.de/> .) verwies auf das Erstarken der AfD und die Regierungswechsel in Polen, Ungarn, Italien, die sich im wesentlichen der Sozialpolitik verdankten. Er führte das **Beispiel Polen** aus:

Die EU-Kommission hat für den Beitritt in die EU von der polnischen Regierung die Erhöhung des Rentenalters und den Abbau der zusätzlichen Leistungen der polnischen Rentenversicherung für Bergleute und Landwirte gefordert. Die Tusk-Regierung hat das Renteneintrittsalter erhöht und habe dafür die Quittung bekommen; die PIS-Regierung senkte das Renteneintrittsalter wieder und behielt die Leistungen für Bergleute und Landwirte bei, dafür habe die PIS die Stimmen bekommen.

Die Folgerung daraus sei, man müsse zu der politisch aktiven Jugend sagen, beim Kampf gegen die AfD sind wir in einem Boot, aber der Boden, auf dem die Zustimmung zur AfD wächst, ist Sozialpolitik, und deswegen müsst Ihr Euch auch in Sozialpolitik engagieren, und dazu gehört im wesentlichen die Rente - aber immer konkret, nachvollziehbar und aus dem Leben. Die übergeordnete Dimension, also wohin geht das Land, und wie können wir uns gegen die rechte Entwicklung stemmen, das dürfe man nicht aus den Augen verlieren, und darüber gewinne man auch viele aktive Jugendliche.“

Ein Teilnehmer aus der **außerparlamentarischen Linken** schlug vor, die Verbindung mit der Mieter:innen-Bewegung in Berlin zu suchen, da ja Rentenfonds (skandinavische und auch andere) hier Immobilien kaufen und diese Mieter:in-

nen teilweise deshalb um ihre Wohnungen fürchten, ein ganz großes Thema bei den Mieter:innen. Dieser Zusammenhang wäre da. Und es sei eine sehr aktive Bewegung, man hätte auf jeden Fall Bündnispartner:innen und auch Jüngere dabei.

**Gerlinde Schermer** betonte aus den Erfahrungen mit dem Volksbegehren für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe, dass man für die Mobilisierung vieler Menschen nicht nur Zahlen, sondern eine emotionale Ansprache brauche, z.B. ein Lied nach der Art von Mackie Messer, auch wenn das Wissenschaftler doof fänden, denn auch bei einer Unterschriftensammlung lesen die Leute ja nicht lange Texte.

Ein Zwischenruf ergänzte: Ja, Tiktok-Videos oder so was.

**Ursula Klingmüller** (ehemals Arbeitsministerium Potsdam) sagte, man müsse vom Finanzkapital lernen und von den Kampagnen der Sparkassen und Versicherungen mit ihren riesigen Plakaten; die hätten das auch verstanden. Der Vorsitzende der Deutschen Börse habe neulich gesagt, „Das Kapital muss in die Herzen und den Verstand der Jugendlichen eindringen“. Man müsse jetzt die Kraft aufbringen, um mit großen Kampagnen dagegenzuhalten. Und man müsse die neuen Medien nutzen, so dass man an das junge Publikum herankomme.

**Gerd Lütjens** von den Verdi-Senioren in Hamburg hielt fest, immer dann, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenstehen, wenn es Bündnisse gibt, dann ist das eine Grundlage, um Menschen zu informieren, aber auch zu aktivieren. Dies hätten sie in Hamburg etwa mit einer gemeinsamen Demonstration mit den Wohlfahrtsverbänden und den Sozialverbänden gemacht zum Punkt „Inflationsausgleich“, erstens, um sichtbar zu sein, zweitens, um dieses Thema nicht nur in die Öffentlichkeit, sondern auch an betroffene Menschen zu bringen.

Außerdem gingen sie über ihre Mitglieder als Gewerkschafter mit diesem Thema, nämlich dem Anschlag auf die Umlagen finanzierte Rente, in die Betriebsversammlungen. Das sei unter anderen eine Möglichkeit der Aktivierung und der gemeinsamen Arbeit, gegen die AfD die Verbindung der sozialen Frage mit der Rentenproblematik herzustellen.

Gert Lütjens berichtete noch über eine weiteres Projekt: Am 3. Oktober wurde eine [Petition](#) an den Petitionsausschuss des Bundestages eingereicht. Sobald das 'Go' erteilt sei, müssen in drei Monaten 50 000 Unterschriften gesammelt werden, damit sich der Bundestag damit befasst. Eine Beteiligung an der Petition ist nur elektronisch möglich.

In der Diskussion wurde nach Referent bzw. Referentinnen gefragt. Auch Josef Wöss von der [Arbeiterkammer Wien](#) erklärte sich dazu bereit.

# Gesundheit und Pflege für Alle!?

## **Bündnis Klinikrettung bilanziert: Stockende Krankenhausreform, grassierender Klinikkahlschlag**

[...] Seit Januar 2023 schlossen 22 Krankenhäuser mit insgesamt 5.400 Beschäftigten, deutlich mehr als in den Vorjahren. Fünf der Schließungen standen im Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren. Fast 100 Krankenhäuser sind aktuell von der Schließung bedroht. Das Bündnis Klinikrettung kritisiert, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach den Kahlschlag bewusst geschehen lässt und mit seiner Reform noch verschärft. **Ausführliche [Schließungsbilanz 2023](#); Aktuelle [Schließungskarte](#)**

### **Klaus Emmerich, Klinikvorstand im Ruhestand:**

„Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat den Krankenhäusern mittels Vorhaltebudgets eine leistungsunabhängige Krankenhausfinanzierung und mehr finanzielle Sicherheit versprochen. Das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser im Umfang von monatlich 650 Millionen Euro soll fortgesetzt werden. Das Vorhaltebudget wird an Leistungsgruppen gekoppelt, die nur limitiert vergeben werden und die strenge Strukturmerkmale voraussetzen. [...] Der Ruin kleiner Krankenhäuser ist vorprogrammiert und wird bewusst in Kauf genommen.“ [...]

### **[Vollständige Analyse der Vorhaltefinanzierung Probleme der Leistungsgruppen am Beispiel Schweiz](#)**

Das Bündnis Klinikrettung hat eine Liste von Petitionen gegen Schließung, Privatisierung und Ausdünnung der Krankenhausversorgung erstellt. Rund 1,3 Millionen Menschen haben bei insgesamt 80 Petitionen unterschrieben. **Die Liste ist [hier](#) zu finden.** **Pressemappe: [hier](#)**

**Bundesweit [Aktionen](#) für wohnortnahe Krankenhäuser**  
Am 23.11.23 tagte eine Bund-Länder-Runde zum *Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz*, am 24.11. beriet der Bundesrat über das *Krankenhaustransparenzgesetz*.

Aus diesem Anlass protestierten bundesweit BürgerInnen und Krankenhausbeschäftigte unter dem Dach vom Bündnis Klinikrettung. [...] **Laura Valentukeviciute, Bündnis Klinikrettung:** „[...] Wer bessere Versorgung will, muss finanziell und strukturell sicherstellen, dass alle EinwohnerInnen Deutschlands binnen 30 Minuten ein Krankenhaus erreichen können, das mindestens mit Chirurgie, Innerer Medizin, Geburtshilfe, Intensivmedizin und Notfallversorgung ausgestattet ist.“

### **[Offener Brief](#) des Bündnisses Klinikrettung an die MinisterpräsidentInnen der Länder**

**30.11.2023 – [Infobrief von Gemeingut](#)** Eine knappe Mehrheit im [Bundesrat](#) entschied sich am letzten Freitag dafür, das *Krankenhaustransparenzgesetz* nicht einfach durchgehen zu lassen. Nun müssen Bund und Länder im Vermittlungsausschuss des Bundesrats erneut über das Gesetz verhandeln, im Anschluss stimmt der Bundestag über das Ergebnis ab. Auch in der *Bund-Länder-Runde zur Krankenhausreform am 23. November* erhielt Lauterbach von den Ländern eine Absage. So wie wir kritisierten auch die Länder, dass der aktuelle Gesetzesentwurf die auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser nicht sicherstellt. Lauterbachs Versuch, mit schnellen Gesetzesvorstößen Fakten zu schaffen, wurde so vorerst vereitelt.

**Danke an alle, die mit ihren Briefen und Aktionen zu diesem großen gemeinsamen Erfolg beigetragen haben!** Nun müssen wir dranbleiben. Denn auch wenn die Reform stockt, ist sie nicht vom Tisch. Und leider hat bisher noch keiner der politischen Verantwortlichen Gesetzesvorschläge vorgelegt, die eine flächendeckende, wohnortnahe Krankenhausversorgung garantieren.

[Faltblatt](#) „Warum wohnortnahe Krankenhäuser unentbehrlich sind“; aktuelles [Flugblatt zur Krankenhausreform](#); [Handreichung](#) gibt konkrete Tipps, wie man sich gegen eine drohende Krankenhausschließung wehren kann.

## **Raul Zelik: Baskische Gewerkschaften kämpfen mit einem feministischen Generalstreik für die Vergesellschaftung des Care-Sektors**

**ND 06.12.2023** [...] **Zentrale Forderungen des Generalstreiks** waren der Aufbau eines öffentlich-gemeinwohlorientierten Care-Sektors, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften, die Anhebung von Renten sowie die Einführung einer 30-Stunden-Woche, mit der eine Umverteilung der Sorge- und Pflegearbeit zwischen den Geschlechtern angestoßen werden soll. [...] »Wir haben als feministische Bewegung dabei nicht einfach die Verstaatlichung des Care-Sektors gefordert, sondern sprechen von öffentlich-gemeinschaftlichen Infrastrukturen«, erklärt Beloki. »Der Staat muss die Mittel für die Grundversorgung bereitstellen. Die Einrichtungen selbst sollten jedoch genossen- oder gemeinschaftlich getragen werden. Und Care muss auch in Nach-

barschaften und Freundeskreisen organisiert werden.« In einigen links regierten baskischen Gemeinden wird damit schon seit einigen Jahren experimentiert: Kommunalverwaltungen nehmen keine Pflegekonzerne unter Vertrag, sondern unterstützen die Gründung von Genossenschaften durch Pflegekräfte oder fördern nachbarschaftliche Strukturen zum Beispiel durch alternative Formen des Wohnungsbaus. [...] Anders als bei den Frauenstreiks der Vergangenheit wollte der feministische Generalstreik aber auch die männlich dominierten Industriebelegschaften mobilisieren.[...]; das feministische Organisationsbündnis bleibt federführend. [...] Jede und jeder werde irgendwann im Leben gepflegt und besitze deshalb ein Interesse an einem radikalen Umbau des

Care-Sektors, so die gewerkschaftliche Argumentation. Zudem wurde zu Solidarität aufgerufen: Gut bezahlte, meist männliche Industriebelegschaften sollten auch deshalb streiken, weil schlecht bezahlte, meist weibliche Pflegekräfte ihre Arbeit oft gar nicht niederlegen können. [...] Geplant sind jetzt Verhandlungen mit den Autonomieregierungen der baskischen Gemeinschaft und in der nordspanischen Region Navarra. [...] Der scheidende Ministerpräsident Iñigo Urkullu erklärte nach dem Streik, seine Regierung sei einem »staatlich gelenkten öffentlichen und gemeinschaftlichen Pflege- und Sorgesystem« verpflichtet. In Anbetracht der im Frühjahr anstehenden Wahlen will die politische Rechte zumindest rhetorisch keine Angriffsfläche bieten.

## Der unsoziale Haushalt

### Kürzungen beim »Bürgergeld«, Entlastungen für Spitzenverdiener, dazu Privatisierungen

Junge Welt, 15.12.2023 - Es soll nun also doch Kürzungen beim »Bürgergeld« geben. Außerdem werden das Tanken sowie das Heizen mit Gas oder Öl noch einmal teurer. Milliarden schwere Steuergeschenke für Spitzenverdiener und Unternehmen bleiben hingegen unangetastet. So hat die Ampelkoalition am Mittwoch den Streit über den Bundeshaushalt 2024 vorläufig beendet.

Gestrichen werden soll eine Prämie für »Bürgergeld«-Bezieher, die an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen. Sie erhalten dafür seit Juli einen Bonus in Höhe von 75 Euro pro Monat. Außerdem ist eine Verschärfung der Sanktionen für »Arbeitsverweigerer« angekündigt. Genauer ist noch nicht bekannt, aber die Regierung hat eine ungefähre Summe einkalkuliert, die sie durch Kürzungen des Existenzminimums einbringen will. Insgesamt sollen in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik drei Milliarden Euro zusammenkommen.

Christian Lindner (FDP) scheint dabei nicht zuletzt die Vorzugsbehandlung ukrainischer Kriegsflüchtlinge beenden zu wollen. »Wir müssen unseren Sozialstaat treffsicher machen, und deshalb unternehmen wir jetzt Anstrengungen, um die Geflüchteten aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bei den Verweigerern von Arbeitsangeboten im Bürgergeld muss es Sanktionen geben«, erklärte der Bundesfinanzminister am Mittwochabend im ZDF.

Eine Milliarde soll durch eine deutlichere Anhebung des Kohlendioxidpreises zum 1. Januar 2024 eingenommen werden. Die Erhöhung auf 45 statt 40 Euro je Tonne – von derzeit 30 Euro – steht schon an diesem Freitag auf der Tagesordnung des Bundestags. [...]

Gleichzeitig profitieren ab 1. Januar vor allem Spitzenverdiener von Steuerentlastungen. Wie das *Handelsblatt* kürzlich ausrechnen ließ, hat ein Single ohne Kinder mit einem Monatseinkommen von 8.000 Euro am Ende des kommenden Jahres durch die Entlastungen 376 Euro mehr in der Tasche. Bei Ehepartnern mit zwei Kindern und 10.000 beziehungsweise 5.000 Euro Einkommen sind es 1.398 Euro mehr. Im Bundeshaushalt schlagen diese Entlastungen bei Lohn- und Einkommenssteuer mit 15 Milliarden zu Buche. Damit hätte sich das Loch stopfen lassen, das das Karlsruher Haushaltsurteil in den Bundesetat 2024 gerissen hat.

Es bleibt auch beim »Wachstumschancengesetz« (Steuergeschenke für Unternehmen in Höhe von rund acht Milliarden Euro im Jahr) und bei Milliardensubventionen für Weltkonzerne wie Intel oder TSMC, die Chips nun bitte auch in Deutschland produzieren sollen. Eingespart werden statt dessen Zuschüsse für Elektroautos und neue Heizungen. Eingeführt wird eine Abgabe für Plastikhersteller, die die Verteuerung der Lebensmittelpreise weiter anheizen wird.

Verdi-Chef Frank Werneke bescheinigte dem Klein-Klein in der *Augsburger Zeitung* vom Donnerstag »eine harte soziale Schiefelage«. Die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, erinnerte die Bundesregierung in der *Rheinischen Post* an ihr Versprechen, die Erhöhung des CO2-Prei-

ses durch Zahlung einer »Klimageld«-Pauschale an alle auszugleichen. Die Umsetzung sei nun »ein Muss«, alles andere »unsozial«.

Neben den 17 Milliarden Euro, die nach dem Karlsruher Urteil im Kernhaushalt 2024 fehlen, gibt es noch eine Lücke im Klima- und Transformationsfonds (KTF). Mit 12,5 Milliarden Euro aus diesem Schattenhaushalt sollte im kommenden Jahr die Infrastruktur der Deutschen Bahn (DB) saniert werden. Auch dieser Plan ist nach der höchst richterlichen Entscheidung futsch. Aber auch hier hat die Bundesregierung eine Lösung gefunden, wie der *Spiegel* am Donnerstag berichtete. Sie will das Eigenkapital der Bahn erhöhen – durch den Verkauf von Anteilen ursprünglich bundeseigener Unternehmen. Bei der Telekom, an der der Bund noch 30,5 Prozent der Anteile hält, soll künftig eine strategische Beteiligung von 25 Prozent plus einer Aktie genügen. Bei der Deutschen Post will sich die Ampel noch von deutlich mehr Anteilen trennen. Hier wird der Wert der Bundesbeteiligung auf derzeit rund acht Milliarden Euro geschätzt.

Und schließlich gilt der Verkauf der DB-Logistiktochter Schenker laut *Spiegel* als »sehr wahrscheinlich«. Ein Investor aus den Vereinigten Arabischen Emiraten stehe als Käufer bereit, hieß es im *Handelsblatt* vom Donnerstag. Bei der Bahn sei man von den Plänen nicht sehr angetan. Mit einem Rekordgewinn von 1,8 Milliarden Euro im vergangenen Jahr gehört Schenker zu den wenigen profitablen Teilen des hochverschuldeten Konzerns. Würde die Tochter verkauft, müsste der Bund einen großen Teil der Konzernschulden tilgen – nur so könnte die DB ihre Kreditwürdigkeit behalten. Damit drohe der Verkauf zum Nullsummenspiel zu werden, befürchten Manager in der Konzernzentrale.

#### **Tacheles: CDU fordert Verfassungsänderung, um Totalsanktionen möglich zu machen**

In den öffentlichen Debatten wird immer klarer, dass 100%-Sanktionen im Sozialrecht verfassungsrechtlich nicht zulässig sind. Dies wurde auch von Tacheles in seiner Stellungnahme im Gesetzgebungsverfahren zum Haushaltssicherungsgesetz herausgearbeitet. Nun fordert heute der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Jens Spahn, eine Verfassungsänderung zur rechtssicheren Verschärfung von Sanktionen im Bürgergeld. [...]

Das Bundesverfassungsgericht hat seine Entscheidung zu Sanktionen auf die Normen des Grundgesetzes gestützt, die überhaupt nicht veränderbar sind, da sie den Kern der freiheitlich demokratischen Grundordnung ausmachen. [...]

Wir fragen uns also: Was genau möchte Herr Spahn denn nun an der Verfassung ändern? Das Prinzip der Menschenwürde abschaffen? Oder das Sozialstaatsprinzip? Obwohl beides überhaupt nicht geändert werden kann. Oder geht es doch nur um Wahlkampf und billige Hetze auf Kosten der Armen? [Vollständige Pressemitteilung vom 14.01.2024](https://www.tacheles-sozialhilfe.de)

<https://www.tacheles-sozialhilfe.de>



## Nicht alternativlos: Bundeshaushalt 2024

Berlin, 17.1.2024 - Die Krise der Bundesregierung hat auch gute Seiten. Der öffentliche Druck ist so groß geworden, dass Kürzungen zurückgenommen werden mussten. Der 5,2-Milliarden-Euro-Griff in die Kasse der **Arbeitslosenversicherung** wurde gestoppt. Die Kürzung bei der Qualifizierung von Arbeitslosen bleibt aber bestehen. Man klagt über fehlende Fachkräfte, ist aber nicht bereit, für die Qualifizierung von Arbeitslosen ausreichend Geld bereitzustellen.

Vom jährlichen Griff in die **Rentenkasse** war die Ampel nicht abzubringen. Insgesamt sollen 6,8 Milliarden Euro daraus geplündert werden. Der Haushalt wird auf Kosten der Beitragszahler saniert. Wer nicht in die Rentenkasse einzahlen muss, ist damit fein raus.

**Auch für humanitäre Hilfe gibt es weniger Geld.** Das ist ein klares Zeichen der Ampel: Sie ist bereit, weltweit Waffen zu liefern, um Kriege möglich zu machen. Sie ist aber nicht bereit, für die Folgen dieser Kriege aufzukommen. Um die Bundeswehr »kriegstüchtig« zu machen, sind **85,5 Milliarden Euro im Verteidigungsetat** eingeplant. Der höchste Wehretat aller Zeiten! Die Ukraine soll insgesamt acht Milliarden Euro für Waffen bekommen. Vier Milliarden Euro mehr als ursprünglich geplant. Würde sich die Bundesregierung für einen Waffenstillstand einsetzen, dann könnte sie Leben retten und viel Geld sparen.

[...] Wenn sie von der Schuldenbremse nicht lassen will, dann sollte die Ampel wenigstens eine Vermögensabgabe beschließen. In Deutschland hat das Vermögen der fünf Reichsten seit 2020 um drei Viertel zugenommen. Die ungerechte Vermögensverteilung schränkt auch die Handlungsmöglichkeiten des Staates weiter ein. Die Ampel will sich nicht mit den deutschen Oligarchen anlegen, lieber bestraft sie Arbeitslose und Rentner.

SPD, Grüne und FDP behaupten, ihre Politik sei alternativlos. Irgendwo müssten sie ja kürzen. Da habe ich viele Alternativen anzubieten. Der Abbau von umweltschädlichen Subventionen wäre sinnvoll. Ich denke da weniger an die Bauern als vielmehr an die Militärs. Krieg ist die schlimmste Umweltzerstörung.

Die Bundesregierung wälzt die Lasten der Kriege und der Klimakrise auf Arbeitnehmer und Rentner ab. Das im Koalitionsvertrag versprochene Klimageld wird in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr kommen. Wahlversprechen werden im Wochentakt gebrochen. Davon profitieren Vermögende und rechtsextreme Parteien. Es ist Zeit für eine linke Gegenbewegung.

<https://www.jungewelt.de/artikel/467553.nicht-alternativlos.html>

## Ver.di Wirtschaftspolitik aktuell 01/2024

### Die Richtigen kontrollieren!

Um Haushaltslücken zu schließen, schreckt die Ampel-Regierung vor Sozialkürzungen nicht zurück. Die gesetzliche Rentenversicherung erhält 600 Mio. Euro im Jahr weniger Zuschuss. Damit sollen einmal mehr die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zum Stopfen von Haushaltslöchern herangezogen werden. Auch beim Bürgergeld will die Ampel kürzen: Den gerade eingeführten Bürgergeldbonus für die Teilnahme an Weiterbildungen will sie wieder streichen. Und Sanktionen, die die Ampel gerade erst reduziert hatte, weitet sie nun wieder aus. [...]

Auf der anderen Seite werden die Reichen verschont – etwa bei steuerlichen Betriebsprüfungen. Sie brachten 2022 immerhin 10,8 Mrd. Euro Mehreinnahmen. Geprüft wurden aber gerade mal 1,8 Prozent der Betriebe und 17,5 Prozent der Großunternehmen. Auch die über 15.000 Einkommensmillionäre werden viel zu selten geprüft, im Durchschnitt nur alle 17 Jahre. Dabei bringt das je Prüfung über 100.000 Euro!

## Christoph Butterwegge: Der Krieg Reich gegen Arm

„Das populistische Bild, das in einschlägigen Medien und leider inzwischen auch von vielen Politikern gezeichnet wird, nämlich dass es Menschen gibt, die weniger mit Arbeit verdienen als die anderen, die auf der Couch sitzen, und dafür mehr Geld kassieren, stimmt so einfach nicht.“ [Laut dem Paritätischen Armutsbericht](#) von 2022 leben in Deutschland mehr als 14 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. „Dennoch erhielten im Jahr 2023 nur etwa 5,3 Millionen Menschen Bürgergeld“, erklärt Butterwegge. Das Problem sei also nicht das angemessen steigende Bürgergeld, „das Problem sind die zu niedrigen Löhne im Mindestlohnbereich. In dieser schrillen Debatte wird übersehen, dass das Bürgergeld auch als Aufstockung zu einem geringen Lohn dient. Rund eine Million Bezieher gehen arbeiten, verdienen dabei aber so wenig, dass sie Bürgergeld beziehen“, sagt Butterwegge.

Die Erhöhung des Bürgergeldes mit Kosten von 4,8 Milliarden Euro sind eine bescheidene Summe verglichen mit anderen Posten der Bundesregierung – den [geschätzten 100 Milliarden Euro](#), die Deutschland jährlich durch Steuerhinterziehung verliert, 65 Milliarden Euro, die durch klimaschädliche Subventionen eingespart werden könnten und „vielen weiteren Milliarden, die dem Staat durch Steuerprivilegien entgehen“, so Butterwegge.

[FR, 11.12. 2023](#)

**Christoph Butterwegge auf dem 30. Friedensratschlag 2023 (Kassel) Soziale Armut - gesegnetes Militär**  
10.12.2023 -

**Armut, Aufrüstung & Aufstieg der AfD - Der Krieg Reich gegen Arm**

<https://www.youtube.com/watch?v=zgb98Hf3X9o>

# Bauernproteste

„Sie SÄEN nicht, sie ERNTEN nicht, aber sie WISSEN alles besser.“ (protestierende Bauern)

## Fabian Holzheid: Bauernproteste: Es geht längst nicht mehr um den Dieselpreis

10.01.2024 - [Umweltinstitut München](#)  
Zornige Landwirt:innen, tausende Traktoren in Innenstädten und ganz viel Wut auf die Ampelregierung [...] Das Phänomen des aktuellen „Bauernaufstands“ ist vielschichtig und nicht leicht zu verstehen. Es vermengen sich darin alte und neue Krisen, Fragen der Demokratie und Agrarpolitik sowie eine Menge Gefühle. **Wogegen demonstrieren sie wirklich?** Sie demonstrieren gegen „eine immer mehr auf Profitmaximierung angelegte Agrarpolitik“. Die Politik unterlässt es,

„die Förderung von Betrieben zu priorisieren, die sich besonders um Umwelt-, Klima- und Tierschutz bemühen [...] **Was muss passieren, damit kein Flächenbrand entsteht?** „Die Regierung muss sich endlich ernsthaft der Krise der deutschen Landwirtschaft annehmen und die zugrundeliegenden Probleme angehen!“ Dazu kann sie auf die Arbeit der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) von 2021 und den agrarpolitischen **6-Punkte-Plan von 100 Organisationen** zurückgreifen. Er enthält kurz-

fristige Maßnahmen, die sowohl kostenneutral oder entlastend für den Bundeshaushalt sind als auch die Ökologisierung der Landwirtschaft vorantreiben und gleichzeitig zur wirtschaftlichen Sicherung vieler landwirtschaftlicher Betriebe beitragen. [...] „Friedlich, gewaltlos und klar abgegrenzt gegen Rechts demonstrieren sie unter dem Motto **„Wir haben es satt!“** für eine andere – eine ökologischere, nachhaltigere und fairere – Landwirtschaftspolitik.“

## Frankreich: Bauern und Bäuerinnen im Kampf – Die Gewerkschaften nehmen Stellung

Auszüge aus Stellungnahmen, die [Syndicollectif](#) zusammengestellt hat – Übersetzung von der SiG-Redaktion

**Confédération Paysanne, 24.01.2024:** Das Nationale Komitee der Confédération paysanne (bäuerlichen Konföderation) erklärt seine volle Solidarität mit der Bewegung der Bauern und Bäuerinnen in Frankreich. Ihre erklärte Wut ist legitim, umso mehr als die Probleme ihrer Arbeitsbedingungen gravierend sind. Schon vor 25 Jahren hat die Bauernkonföderation die Folgen der Liberalisierung angeprangert, von Larzac bis Seattle. Entgegen den Lösungsvorschlägen folgt die französische Landwirtschaft seit Jahrzehnten dem sakrosankten „Wettbewerb“ zugunsten des Agrobusiness und des Weltmarkts. Resultat: ein dramatischer Abbauplan, der unser Land vernichtet. Das gemeinsame Motto der Bauernkonföderation lautet klar: „Ein würdiges Einkommen für alle Bauern und Bäuerinnen“ und „Bruch mit dem Freihandel“ Die aufeinanderfolgenden Regierungen und die FNSEA (Bauernverband) haben die Landwirtschaft gemeinsam in die gegenwärtige Sackgasse eines ultraliberalen, ungerechten und zerstörerischen Wirtschaftssystems geführt. Wir werden unsere Kollegen vor der Fata Morgana der „Abschaffung von Normen“ und der Fata Morgana der „Einkommensergänzung“ durch die Energieerzeugung warnen. Sicherlich ist eine Verwaltungsvereinfachung notwendig, da viele Verwaltungsverfahren und Gesundheitsnormen nicht an die Realität auf unseren Bauernhöfen angepasst sind. Aber wir sollten nicht das falsche Ziel verfolgen. Die Forderung der Mehrheit der demonstrierenden Landwirte und Landwirtinnen ist doch die, in Würde von ihrem Beruf leben zu

können, und nicht die Herausforderungen in Bezug auf Gesundheit und Klima zu leugnen oder unsere mageren sozialen Rechte noch weiter zu beschneiden. Wir werden unsere Probleme als Landwirt, der die Lebensmittel für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger produziert, nicht lösen, indem wir, wie es die Führer des FNSEA tun, die Zerstörung von Hecken fordern, das Thema Brachflächen instrumentalisieren, die Frage der gerechten Aufteilung von Land und Wasser umgehen und Vorteile für die Produktion von Agrotreibstoffen aushandeln. [...] Wir werden vor Ort gegen jede Form der Vereinnahmung unserer Wut kämpfen, die Chaos schürt, den Rückzug auf sich selbst fördern will und letztlich die Flucht nach vorn in einem System fortsetzt, das uns gegeneinander ausspielt. [Dossier der Confédération paysanne](#)

**CGT, 25.1.2024:** Die Ungleichheiten in der Landwirtschaft sind enorm, da 80% der Beihilfen von 20% der Landwirte eingezogen werden. Die Deregulierung des Marktes auf europäischer Ebene mit dem Ende der Milch- und Zuckerquoten hat die Spekulation mit Rohstoffen und das Agrobusiness begünstigt. Der Freihandel organisiert Sozialdumping, treibt Gigantismus voran und lässt die mit der Landwirtschaft verbundenen Treibhausgasemissionen in die Höhe schnellen. Immer mehr Bauern können nicht mehr von ihrer Arbeit leben. Gleichzeitig explodieren die Lebensmittelpreise und immer mehr Arbeitnehmer haben Schwierigkeiten, sich angemessen zu ernähren. Warum ist das so? Weil die landwirtschaftlichen Produkte von den multi-

nationalen Lebensmittelkonzernen und den großen Einzelhandelsunternehmen, deren Gewinnspannen Rekordhöhen erreichen, angeeignet werden. Der Austausch zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Landarbeiterinnen und Landarbeitern sowie Landwirtinnen und Landwirten soll die Mobilisierung ausweiten, damit man von seiner Arbeit gut leben und gut essen kann, während man gleichzeitig seine Gesundheit und die des Planeten schützt.

**Gewerkschaft Solidaires, 24.01.2024:** „Die aktuelle Mobilisierung, die es auch in Europa gibt und die sich vielleicht noch ausweiten wird, offenbart die Sackgasse dieser kapitalistischen Produktionsweise.“ Die Gewerkschaft Solidaires sieht es als notwendig an, aus den internationalen Freihandelsverträgen auszusteigen, die die bäuerliche Landwirtschaft zerstören. Dies erfordert die Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion nach Frankreich mit der Aufrechterhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die weniger Transport und Betriebsmittel benötigt. Wir können das Modell ändern und Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der bäuerlichen Welt schaffen und gleichzeitig die großen ökologischen Herausforderungen bewältigen. Gemeinsam mit der [Alliance Écologique et Sociale](#) setzt sich Solidaires insbesondere für den Aufbau einer echten und transparenten Demokratie in der Landwirtschaft und im Lebensmittelbereich ein, um das gleiche Recht auf gesunde und hochwertige Lebensmittel für alle zu erkämpfen und gleichzeitig die Ernährungssouveränität zu stärken.“

# Junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bündnis Junge Landwirtschaft, Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Wir stellen klar, dass die aktuellen Beschlüsse zur Streichung von Agrardieselrückvergütung und Kfz-Steuerbefreiung ein Schlag ins Gesicht sind. Angesichts der niedrigen Erzeugerpreise trifft eine zusätzliche finanzielle Belastung besonders kleinere Betriebe hart. „Der Umbau zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft darf nicht auf Kosten bäuerlicher Betriebe geschehen, die gerade von der zusätzlichen Kfz-Steuer besonders stark getroffen würden. Ich verstehe nicht, dass der äußerst systemrelevante Sektor Landwirtschaft gleich für zwei drastischen Einsparungen ausgewählt wird, während eine Kerosinsteuer für Flugverkehr, das Dienstwagenprivileg und die Einführung einer Vermögens-

steuer unangetastet bleiben.“ urteilt Junglandwirtin Evelyn Laux. Gerade Junglandwirt\*innen stehen vor massiven Herausforderungen beim Aufbau einer eigenen landwirtschaftlichen Existenz: Die Kapitalintensität ist hoch, auf dem Bodenmarkt stehen sie außerlandwirtschaftlichen Investoren gegenüber und die Erzeugerpreise sanken dieses Jahr, während die Produktionskosten gestiegen sind. Die hohe Altersstruktur in der Landwirtschaft zeigt, dass die Förderung von Junglandwirt\*innen für den Fortbestand einer vielfältigen Agrarstruktur unabdingbar ist. „Unter diesen Marktbedingungen und innerhalb des aktuellen globalen Agrarsystems können wir unserer Ver-

antwortung ohne staatliche Unterstützung und ein klares Bekenntnis zur regionalen bäuerlichen Landwirtschaft nicht gerecht werden. Ich möchte eine Existenz in der Landwirtschaft gründen, regionale Lebensmittel erzeugen und Leistungen für das Gemeinwohl erbringen. Dafür braucht es zielgerichtete politische Entscheidungen, die mit uns betroffenen Bäuer\*innen abgestimmt werden.“ sagt Junglandwirtin Maria Natt. Die Jugendverbände betonen, dass sie gerade jetzt einen demokratischen und überlegten Umgang mit der Situation fordern und sich klar gegen populistische Hetze stellen. (Auszüge aus der Pressemitteilung, 22.12.2023)

## Nix mit rechts: Diese junge Landwirtin protestiert für eine gute Landwirtschaft

Perspective-daily - Aus dem Interview mit Marie Löhring, Landwirtin in der Uckermark in Brandenburg und Mitglied bei der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ([jABL](#)).

**Abgrenzung gegen rechts:** „Natürlich braucht es eine ganz klare Abgrenzung (gemeint ist: gegen rechts). Gleichzeitig muss der DBV jetzt noch entschiedener gegen Aussagen einzelner Funktionäre Stellung beziehen. Es geht nicht, dass zum Beispiel Anthony Lee behauptet, die Bundesregierung würde Landwirt:innen ihr Land wegnehmen wollen, um Unterkünfte für Geflüchtete darauf zu bauen, und der DBV nichts dazu sagt.“

### **Klimaschädliche Subventionen?**

[...] „Für uns ist klar, dass wir nicht für immer mit unserem Diesel herumfahren. Aber um davon wegzukommen, darf uns das Geld nicht einfach weggenommen werden, um irgendwelche Haushaltslöcher zu stopfen“

**Die Landwirtschaft hat Nachwuchsprobleme:** „Zum einen werden die ländlichen Räume durch den staatlichen Rückzug und Abbau von Sozialstrukturen wie Einkaufsläden, Arztpraxen und

ÖPNV als Wohnort immer unattraktiver. Zum anderen reden wir in der Landwirtschaft von Wochenarbeitszeiten deutlich über 40 Stunden und einem Lohn auch für ausgebildete Fachkräfte und Betriebsleiter:innen knapp über dem Mindestlohn...“

**Kosten der Existenzgründung:** „Wenn ich als Junglandwirtin einen Betrieb gründen möchte, muss ich dafür grob 690.000 Euro einplanen, mit 20% Eigenkapital, also über 100.000 Euro. Das ist keine Summe, die ich oder andere junge Menschen, die nicht erben, mal eben so aufbringen können. Ich wünsche mir daher eine flächendeckende Existenzgründungsprämie in Deutschland“

### **Liberalisierung des Agrarsektors.**

„Wenn wir wollen, dass die Landwirtschaft gesellschaftliche Leistungen erbringt, sind solche Abkommen ein Schritt in die falsche Richtung...“

„Um unsere hohen Standards beibehalten und ausbauen zu können, brauchen wir hier faire und geschützte Erzeugerpreise.“

**Solidarität mit allen:** „Am Ende des Tages brauchen wir Landwirt:innen faire

Erzeugerpreise, die bei uns landen und nicht bei den Supermärkten und Discountern hängen bleiben. Gleichzeitig will ich in Zeiten von Inflation und zunehmender Armut aber auch nicht nach unten treten. Es widert mich an, wenn Christian Lindner in seiner Rede vor den Bäuer:innen in Berlin von faulen Bürgergeldempfänger:innen spricht, denen man jetzt die Bezüge kürzen müsse. Wir dürfen uns gerade jetzt nicht gegeneinander ausspielen lassen!..“

„Es braucht nicht nur Investitionen in die Landwirtschaft, sondern auch in den Sozialstaat und die gesamte Gesellschaft. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, über eine Reichensteuer, die Besteuerung von Flugzeugkerosin oder die Abschaffung der Schuldenbremse nachzudenken, statt einfach überall zu kürzen.“

**Wie weiter?** „Meine große Hoffnung ist es daher, dass der Protest jetzt ein Weckruf für die Gesellschaft ist und Menschen merken, dass das Fass für viele wirklich am Überlaufen ist und wir viele weitere Schritte brauchen, die weit über Dieselsubventionen hinausgehen.“

### **SOMO: Hungrig nach Profit**

In den letzten drei Jahren haben sich die **Gewinne der fünf größten Agrarrohstoffhändler** im Vergleich zu den Jahren davor **verdreifacht**. Gemeinsam haben ADM, Bunge, Cargill, COFCO und Louis Dreyfuss Company (ABCCD) eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt für Grundnahrungsmittel wie Getreide, Mais, Soja und Zucker. Dadurch können sie die Preisgestaltung und die Kosten beeinflussen, was zu ihren übermäßigen Gewinnen führte und die Inflation anheizte.

**Bericht Hungry for Profits** <https://www.somo.nl/>

### **Zum Thema Ernährung: SiG-Newsletter [Nr.150](#); [Nr. 152](#)**

**Schwarzerde in der Ukraine:** Hannes Hofbauer zitiert Olena Borodina, Professorin an der Akademie der Wissenschaften in Kiew: „Heute kämpfen und sterben Tausende von Bauernjungen im Krieg. Sie haben alles verloren. Gleichzeitig schreitet der freie Landverkauf zügig voran. Er bedroht das Recht der Ukrainer auf ihr Land, für das sie gerade ihr Leben geben.“ [NDS](#), 31.01.2024

# Rechtsextremismus

Vor 25 Jahren wurde zur Gründung von Attac International eine [gemeinsame Charta](#) vereinbart, deren grundlegende Orientierung weiterhin sehr aktuell ist:

„Die Globalisierung der Finanzwelt verstärkt die soziale Ungleichheit und verschärft die ökonomische Unsicherheit. Sie verhindert die freie Selbstbestimmung der Völker, umgeht ihre demokratischen Institutionen und behindert jegliches gemeinwohlorientiertes Agieren der souveränen Staaten. Sie ersetzt dieses durch eine rein spekulative Handlungslogik im einzigen Interesse der multinationalen Unternehmen und Finanzmärkte. Diese Umwandlung der Welt wird wie ein Naturgesetz dargestellt, den Bürgern und Volksvertretern wird das Recht abgesprochen, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. **Die herablassende Arroganz, mit der dies geschieht und das Gefühl der Machtlosigkeit, welches so entsteht, führen den antidemokratischen Parteien neue Stimmen zu.** Es ist höchste Zeit diesen Prozess zu stoppen. [...] Nur das entschiedene Engagement der Bürger kann der doppelten Bedrohung der sozialen Implosion und der politischen Hoffnungslosigkeit entgegenwirken. [...] Noch lassen sich viele Bereiche dieser Maschinerie zur Produktion sozialer Ungleichheit zwischen Nord und Süd wie im Herzen der entwickelten Welt selbst stoppen. Nur zu oft nährt sich der Fatalismus doch aus der Zensur der Information über mögliche Alternativen. [...] Unser Ziel ist vor allem aber auch: die Bereiche für die Bürger zurückzuerobern, welche die Finanzwelt der Demokratie entzogen hat; sich für die Selbstbestimmung einzusetzen, gegen ein vorgeschobenes überstaatliches Recht der Investoren und Händler; auf globaler Ebene einen demokratischen Raum zu schaffen. **Es geht einfach darum, die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hand zu nehmen.**“

*WIE kann der Rechtsextremismus erfolgreich bekämpft werden? Dazu hier Auszüge aus einigen Beiträgen*

## Zwei Debattenbeiträge:

**Der Führer und die Massen: Rechte Machtergreifungsstrategien: Irrationalismus und Faschisierung am Beispiel der USA** – Vortrag von **Ignacio Ramonet** auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin, 13.01.2024, [jW 31.01.2024](#)

## Interview mit Ulrike Guérot, 28.01.2024

<https://www.parallax-media.com/interviews/guerot2024>

Sind die Proteste gegen die AfD zu exzessiv, um wirklich glaubhaft zu sein - oder liegt in diesem performativen Widerstand genau das Zeichen einer erfolgreichen Abgrenzung und Lehre aus der Vergangenheit?

## Jürgen Klute und Axel Troost:

**Entvölkerung als Nährboden rechter Politik (SiG 129, 2018) Sparpolitik und Intransparenz schüren Misstrauen in die Politik**

Die Zustimmung zur AfD resultiert nicht zwingend aus individueller Armut, sondern vor allem aus der Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur, also aus der politisch herbeigeführten öffentlichen Armut, die zur Vernachlässigung und zum teilweisen Verfall der öffentlichen Infrastruktur führt. [...] Begründet wurden die Ausdünnung der öffentlichen Infrastruktur in der Regel mit zu hohen Kosten, also mit der Notwendigkeit, öffentliche Ausgaben reduzieren zu müssen.

In diese zuvor schon schwierige Situation hinein sind 2015 die Flüchtlinge gekommen. Es gibt Stimmen vor Ort, die sagen, dass nicht die Ankunft der Flüchtlinge der Grund für die Proteste und das Erstarken der AfD war, sondern dass die Flüchtlinge nur den Anstoß dazu gegeben haben. Und zwar deshalb, weil trotz jahrelanger Behauptung von politischer Seite, es sei kein Geld da für den Erhalt öffentlicher Infrastruktur, plötzlich ausreichend Geld vorhanden war, um die ankommenden Flüchtlinge zu versorgen. Die Beob-

achtung, dass plötzlich doch mehr Geld vorhanden ist, als über Jahre behauptet wurde, erzeugt bzw. bestätigt bereits vorhandenes Misstrauen gegenüber „der Politik“.[...]

In einem Interview mit dem SPIEGEL vom Januar 2018 beschreibt Somers, wie er in 17 Jahren Mechelen verändert hat und wie er der stramm rechten Partei Vlaams Belang den Nährboden entzogen hat (der Vlaams Belang fiel während der Amtszeit von Somers von einem Drittel der Wählerstimmen auf zuletzt 8,7%).[...] Bart Somers hat auf Investitionen gesetzt: Auf Investitionen in die personelle und in die technische Infrastruktur. Es wurden Streetworker und Beratungspersonal, aber auch zusätzliche Polizisten zur Bekämpfung der hohen Kriminalität eingestellt. Die Investitionen in die technische Infrastruktur hatten vor allem das Ziel, den BürgerInnen in Problemvierteln das Gefühl zu geben, dass sie nicht vergessen sind. [...] Mechelen ist heute ein praktisches Beispiel dafür, wie man rechten Populisten erfolgreich begegnen kann. Für die politische Auseinandersetzung mit der AfD würde das ganz konkret bedeuten, nachhaltige und substantielle Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur in den Gebieten und Stadtvierteln zu tätigen, die von Abwanderung und Vernachlässigung geprägt sind.

**François Ruffin: Auflehnung oder Unterwerfung - Die Resignation durchbrechen; Betrachtungen über einen Wahlsieg (SiG 129, 2018)**

2017 bescherte die französische Parlamentswahl Herrn Emmanuel Macron eine sehr große parlamentarische Mehrheit. Doch in dem Departement Somme in Nordfrankreich gelang es einem linken Kandidaten, Herrn François Ruffin, die Kandidaten der Partei des Präsidenten und den Front National (FN) zu schlagen. Die Chronik seines lokalen Sieges liefert allgemeinere Lehren über Aktivitäten an der Basis und soziale Koalitionen. [...]

## Walter Baier, transform!

### Die reaktionäre Rebellion (SiG 120, 2016)

Die Ursachen für den Aufstieg der rechtsradikalen Parteien sind vielmehr komplex und schließen zahlreiche politische und kulturelle Faktoren ein: Neben Krise, Prekarität und Abstiegsangst der Mittelschichten sind es der Verfall der Sozialdemokratie, der, wenn er auf der Linken nicht durch eine glaubwürdige radikale Alternative kompensiert wird, die Enttäuschung über das politische System nur allzu leicht auf die Mühlen der radikalen Rechten leitet. [...]

Eine Erfahrung der Zwischenkriegszeit behält ohne Zweifel ihre Gültigkeit: Der Siegeszug der radikalen Rechten, namentlich in Deutschland und Österreich, war durch Massenarbeitslosigkeit und Verelendung der Mittelschichten ausgelöst worden. Das heißt, ohne europaweiten Kampf gegen Arbeitslosigkeit, für Verteidigung, Weiterentwicklung und Umbau des Sozialstaats, für Ausbildungsplätze und gesetzlich geregelte Arbeitsverhältnisse, für das Recht auf Wohnen und die öffentlichen Dienste kann der Rechtsradikalismus nicht besiegt werden.

Das erfordert eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, Kontrolle der Finanzmärkte, eine Politik der industriellen Rekonstruktion und einen ökologischen Umbau. [...] Der Rechtsradikalismus ist aber auch nicht die einzige Gefahr, die heute der Demokratie droht. Die autoritären Mittel, mit denen in der EU die Austeritätspolitik durchgesetzt wird, der unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus aufgerüstete Sicherheits- und Überwachungsapparat, der medial vervielfachte anti-muslimische Rassismus und die zur Abwehr von Flüchtenden geschlossenen Grenzen, sie alle bereiten nicht nur ein Klima, in dem Rechtsradikalismus gedeiht. Sie stellen für sich genommen Ein-

schränkungen und Gefahren für Demokratie und Freiheit dar. [...] Soll die Idee einer friedlichen Integration Europas vor dem anwachsenden Nationalismus gerettet werden, so erfordert das die Neubestimmung ihres Sinns. Wenn Linke von der Notwendigkeit der Neugründung der EU sprechen, meinen sie, dass der Lissabonner Vertrag und der Fiskalpakt aufgehoben werden müssen und dass das Europa, für das die Linke kämpft, ein demokratisches und parlamentarisches sein muss, das die demokratischen Rechte der Mitgliedsstaaten sowie die Selbstbestimmung der Nationen und Volksgruppen respektiert. [...]

### Toni Richter : Fast schon zu spät...

#### Warum der Kampf gegen rechts in den Reihen des DGB jetzt beginnen muss

In: [express 12/2023](https://www.express.de/2023/05/19/dgb-kampf-gegen-rechts)  
„Der Kontrast zwischen einer ökologisch und sozial kollabierenden Welt einerseits und den tarif-technokratischen DGB-Gewerkschaften andererseits wird immer krasser.“  
[...] Der Aufstieg der AfD zeigt doch zweierlei deutlich: Diese Oben-Unten-Wahrnehmung von Arbeiter:innen ist derart stark, dass sie von jenen politischen Kräften angezogen werden, die an diese Wahrnehmung anknüpfen – und zwar so sehr, dass Arbeiter:innen dabei sogar anfällig werden für rechtsextreme Weltbilder. [...] In der Leipziger [Autoritarismus-Studie 2022](https://www.autoritarismus-studie.de/) folgern die Autor:innen nicht nur, dass auf der betrieblichen Ebene vor allem kämpferische Beteiligungsprozesse gegen die Zumutungen des Kapitals politisch wirksam gegen rechts immunisieren. Sie fügen vor allem hinzu, dass »überzeugende verteilungspolitische Konzepte« zu entwickeln sind, die dafür sorgen, dass bei denen »da unten« sinnfällig erfahrbare Wohlstandsgewinne ankommen. [...]

## DGB-Themen: AfD – Der Feind der Beschäftigten

24.01.2024 [...] Ob Lohnsteigerungen, [Tarifbindung](#), soziale Sicherheit oder Arbeitnehmer\*innenrechte – die AfD bietet keine Lösungen an. [...]

Dem Anstieg des [Mindestlohns](#) auf 12 Euro hat die AfD 2022 im Bundestag nicht zugestimmt, weil "die politische Anhebung des Mindestlohns den Markt außer Kraft setze" (Beschlussbegründung der AfD-Bundestagsfraktion). Auch die Ausweitung des [Streikrechts](#), z.B. beim Billigflieger Ryanair, wurde von ihr im Bundestag abgelehnt.

Auch mehr [Tarifverträgen](#) stellt sie sich in den Weg: Im Landtag Baden-Württemberg hat die AfD einen Gesetzentwurf eingebracht, um das Landestariftreuegesetz abzuschaffen. Damit wollte sie die Pflicht, öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben, wieder aufheben. Als im Bundestag während der Corona-Pandemie über eine Sonderprämie für Beschäftigte in sogenannten systemrelevanten Berufen gesprochen wurde, war es die AfD, die das ablehnte. Die Begründung: Es sei unklar, wie das finanziert werden sollte. Die AfD war nicht bereit, den großen Einsatz von Verkäufer\*innen, Pflegepersonal oder Erzieher\*innen während der Pandemie zu würdigen.

#### Soziale Gerechtigkeit? Nicht mit dieser Partei

Ganz anders agiert die AfD, wenn es um eine Besteuerung von Spitzenverdiener\*innen und sehr großen Vermögen geht. Hier stimmen die AfD-Parlamentarier\*innen für [Steuerentlastungen](#) und gegen jeden Vorstoß, Reichtum stärker zu besteuern. Den Staat und damit auch die sozialen Si-

cherungssysteme will die AfD finanziell ausbluten: Die sogenannte [Schuldenbremse](#), die in Wahrheit eine Bremse für Zukunftsinvestitionen ist, wird von niemandem im Bundestag so vehement verteidigt wie von der AfD.

Auch bei der Frage nach bezahlbarem [Wohnen](#) steht die Partei klar aufseiten der großen Wohnungskonzerne: Jeder Vorschlag zu einer möglichen Mietpreisbremse wurde von ihr im Bundestag abgelehnt.

Zur [Rentenfrage](#) hat die AfD auch keine Lösungsansätze. Sie lehnt ein höheres Rentenniveau ab und will es sogar noch weiter absenken. [...] Wer früher in Rente geht als mit 67, muss nach dem Willen der AfD weiter hohe Abschläge in Kauf nehmen. Die AfD will außerdem über 15 Milliarden Euro jährlich aus der Rentenkasse plündern, um eine Gebärprämie zu zahlen. [...]

Die AfD will darüber hinaus die Organisationsmacht der Beschäftigten schwächen. Die Gewerkschaften möchte sie am liebsten aus den Betrieben verbannen. Im Bundestag lehnt sie alle Initiativen ab, mit denen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden könnte. Mehr noch: Ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher nutzte eine entsprechende Debatte, um den Gewerkschaften den Kampf anzusagen. Er stellte die Stellung der Gewerkschaften im Tarifvertragsgesetz offen in Frage. (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 224. Sitzung, S. 28525). [...]

[DGB-Themen](#)

# Migrationspolitik

## Pro Asyl

### Das neue Rückführungsgesetz bedient rechten Populismus, löst aber keine Probleme

19.01.2024 - Das im Januar 2024 beschlossene sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz soll dafür sorgen, dass Menschen ohne Bleiberecht Deutschland schneller verlassen müssen. Es wird ein paar mehr Abschiebungen geben – vor allem aber deutlich mehr Grundrechtsverletzungen, rechtstaatlich fragwürdige Inhaftierungen und eine noch brutalere Abschiebungspraxis.

[...] Es wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen teils überlasteten kommunalen Strukturen und vermeintlich zu wenigen Abschiebungen. Ein solcher Zusammenhang besteht aber nicht, das zeigen die Fakten.

[...] Allein der Blick auf die häufigsten Herkunftsländer zeigt, dass der Ruf nach mehr Abschiebungen vor allem Populismus und in der Praxis kaum erfüllbar ist.

[...] Trotz abgelehntem Asylantrag gibt es in vielen Fällen sehr gute Gründe, weshalb Menschen nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden können.

Die meisten Ausreisepflichtigen und Geduldeten kamen [Ende Oktober 2023](#) aus dem Irak, aus Afghanistan, aus der Russischen Föderation, Nigeria, der Türkei und Syrien. Allein der Blick auf diese Herkunftsländer zeigt, dass der Ruf nach mehr Abschiebungen vor allem Populismus und in der Praxis kaum erfüllbar ist, da die humanitäre und menschenrechtliche Lage in vielen Ländern Abschiebungen schlicht nicht zulässt. Zudem gibt es in vielen Fällen individuelle Gründe wie schwerste Erkrankungen, familiäre Bindungen in Deutschland oder eine Berufsausbildung. Diese Gründe machen zwar eine Abschiebung unmöglich, die Menschen bleiben aber trotzdem ausreisepflichtig und damit in der Statistik derer, die das Land verlassen müssen.

[...] Binnen sieben Jahren hat sich die Zahl der Ausreisepflichtigen um 100.000 oder fast 50 Prozent erhöht – der Vielzahl an restriktiven Gesetzespaketen und fünf »Abschiebungsreformen« zum Trotz. Im Jahr 2023 kam es nun erstmals wieder zu einem Rückgang dieser Zahlen und zwar zu einem sehr deutlichen: Die Zahl der Ausreisepflichtigen sank um fast 62.000 auf weniger als 243.000, also um über 20 Prozent – wohlgemerkt binnen eines Jahres.

Dieser deutliche Rückgang steht ganz maßgeblich in Zusammenhang mit dem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht, das seit Anfang 2023 in Kraft ist. [...] Bis Ende Oktober 2023 haben fast 47.000 Menschen diesen Aufenthaltstitel erhalten und sind damit nicht mehr ausreisepflichtig. Die Chancen-Aufenthaltserteilung bedeutet für die Menschen nach Jahren des unrechtmäßigen Aufenthalts mit einer Duldung und des Damoklesschwertes der drohenden Abschiebung endlich einen rechtmäßigen Aufenthalt. Sie ist 18 Monate gültig und beinhaltet einen vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu längerfristigen Arbeitsverträgen sowie bessere Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Letztendlich sind dies also Begleitumstände, die für eine wirksame Entlastung der Kommunen sorgen können. [...]

Ohnehin ist es höchst fahrlässig, den Diskurs immer weiter nach rechts zu verschieben und den Blick vor allem auf Restriktionen und vermehrte Abschiebungen zu richten. Der Blick der Politik muss sich 2024 endlich wieder auf die Aufnahme und Integration der nach Deutschland flüchtenden Menschen richten. Dafür sind finanzielle Mittel, personelle Ressourcen und gesetzgeberische Änderungen notwendig. Nicht zuletzt eine [Schutzquote von fast 70 Prozent für Menschen, deren Asylgründe 2023 in Deutschland geprüft wurden](#), legt nahe, dass die Schwerpunkte anders gesetzt werden müssen.

#### Konflikte nehmen weltweit zu

Mehr Härte bei Abschiebungen mag zwar zu einigen Abschiebungen mehr führen – allerdings zu einem sehr hohen Preis. Und sie schafft keine Kita- oder Schulplätze und baut keine bezahlbaren Wohnungen, die allerdings dringend notwendig sind, da die meisten Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, hier bleiben werden.

Angesichts weltweit zunehmender Konflikte, die die [Zahl der Flüchtlinge weltweit auf ein neues Rekordhoch](#) hat steigen lassen, werden Deutschland und Europa sich auch künftig auf hohe Flüchtlingszahlen einstellen müssen. Wir müssen endlich damit beginnen, Flucht und Flüchtlinge in einer globalisierten Welt als Normalität zu begreifen. Jedenfalls, wenn uns in Deutschland und Europa die Menschenrechte noch etwas wert sind und wir sie nicht dem rechten und spaltenden Diskurs opfern wollen.

Vollständiger Text: [proAsyl](#)

**Pro Asyl: [Abschiebefälle 2023](#)** (23.12.2023):

**Die Behörden kennen kaum noch Grenzen**

**CDU will Asylbewerber nach dem Vorbild Großbritanniens zur Prüfung der Anträge in Drittländer abschieben.**  
[dw.com](#), 28.12.2023

#### Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V., Abschiebungsreporting NRW, Grundrechtekomitee

Gemeinsame [Pressemitteilung](#) vom 18. Januar 2024

**Nein zum heute im Bundestag verhandelten Rückführungsverbesserungsgesetz:  
Für die Verteidigung der freien, offenen und demokratischen Gesellschaft!**

Wir rufen zur vorbehaltlosen Verteidigung des "Rechts, Rechte zu haben" (Hannah Arendt) auf.

**Ein Flüchtlingsbekämpfung Deal nach dem anderen**

- Mehrere Artikel, [Labournet](#); [Paritätischer](#) kritisiert **Bund-Länder-Beschlüsse** zu Flüchtlingspolitik scharf (Nov. 2023)

**"Folter und unmenschliche Behandlungen an den europäischen Grenzen stoppen"**  
<https://www.stopborderviolence.org/de/eci-sbv-deu/>  
**Pressekonferenz der EBI** (19.01.2024)

## Rückführungsverbesserung statt Remigration – ein fatales Signal

19.01.2024 - [...] Die Politik der Bundesregierung ist in Migrationsfragen bisher davon geprägt, den Ideen der AfD nichts Substantielles entgegenzusetzen, sondern in anderer Tonlage die Klaviatur der Abschottung zu spielen. Von rechts überboten werden sie dabei nicht nur von der AfD: In ihrem aktuellen Grundsatzpapierentwurf fordert die CDU, alle Geflüchtete, die in der EU einen Asylantrag stellen, in „sichere Drittstaaten“ zu überführen und dort auch nach einem positiven Bescheid zu belassen.

Zugleich wurde am gestrigen Donnerstag im Bundestag über das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ der Bundesregierung abgestimmt, das einen massiven Eingriff in die ohnehin schon eingeschränkten Grundrechte von Geflüchteten darstellt. Die Abschiebehaft soll auf 28 Tage verlängert werden, Polizist:innen dürfen auf der Suche nach Menschen, die abgeschoben werden sollen, auch andere Räumlichkeiten als das Zimmer der jeweiligen Person in Asylunterkünften betreten können. Einreise- und Aufenthaltsverbote sowie Einschränkungen bei der Wahl des Wohnsitzes sollen zukünftig sofort in Kraft treten, auch wenn die betroffene Person rechtmäßigen Widerspruch oder Klage einlegt. Es handelt sich um weitreichende Eingriffe in das Recht auf Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht auf Privatsphäre. Und künftig könnten auch Seenotretter direkt in Deutschland wegen Beihilfe zur illegalen Einreise kriminalisiert werden – und zwar ausgerechnet dann, wenn es um die Rettung Minderjähriger geht. [...]

„Die Rettung von Kindern aus Seenot und das Sichern von Grundbedürfnissen an den Grenzen mit Haft zu bedrohen ist einfach nur niederträchtig“, kommentiert Sea-Watch-Sprecher Oliver Kulikowski den Gesetzesbeschluss.

Dass Anfang des Jahres auch noch der Abschiebestopp in den Iran ausgelaufen ist, stellt nur ein weiteres I-Tüpfelchen der restriktiven Asylpolitik der Ampel dar.

### Abschottung ohne Ende

Erst am 20. Dezember 2023 hat die Bundesregierung die Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ [GEAS] und damit einer de facto Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl mit ihrer Zustimmung ermöglicht. Neben der massenhaften Internierung von Menschen an den Außengrenzen – mit bis zu 120.000 Menschen plant die EU pro Jahr – steht das Konzept vermeintlich „sicherer Drittstaaten“ im Mittelpunkt der Reform, die nun in Form von zehn Gesetzen noch vor den Europa-Wahlen beschlossen wurde. In diese sollen Menschen, denen ein individueller Asylantrag auf europäischem Boden verwehrt wird, massenhaft abgeschoben werden. Die Kriterien, wann ein Drittstaat als sicher geltend gemacht werden kann, wurden durch die Reform massiv gesenkt. So muss nicht mehr das ganze Gebiet für Abgeschobene als sicher gelten, sondern nur Teilbereiche – etwa einzelne Städte oder Regionen. Zudem kann nun auch zwischen einzelnen Personengruppen differenziert werden, die in zum Beispiel nur für Männer sichere Gebiete abgeschoben werden können.

Die Genfer Flüchtlingskonvention muss von den zukünftigen sicheren Drittstaaten auch nicht unterschrieben sein. Die Türkei zum Beispiel, bereits im Juni 2021 von Grie-

chenland als sicher ausgegeben und durch den EU-Türkei-Deal von März 2016 auch von der EU als Zielort von Abschiebungen geadelt, brüstete sich Ende 2022 damit, im gesamten Jahr mehr als 60.000 Afghan:innen in das vom Taliban-Regime kontrollierte Land abgeschoben zu haben, hinzu kommen tausende Syrer:innen, die gegen ihren Willen in das Bürgerkriegsland zurückgeschickt wurden.

Dazu passend wurden Tunesien, mit seinem immer autokratischer regierenden Präsidenten Kais Saied, im vergangenen Jahr fast eine Milliarde Euro versprochen, um den Türsteher Europas zu spielen. Bundesinnenministerin Faeser reiste im Juni persönlich nach Tunis, um für die Zusammenarbeit zu werben. Dabei besuchte sie auch die deutsche Bundespolizei, die die tunesische Nationalgarde und Grenzpolizei in der „Bekämpfung irregulärer Migration“ ausbildet. Nur wenig später wurde bekannt, dass schwarze Geflüchtete und Migrant:innen bei mehr als 40 Grad von eben jener tunesischen Polizei in die Wüste nahe Libyen deportiert wurden. Das Bild einer am Boden liegenden verdursteten Frau und ihres Kindes gingen um die Welt.

Als Beatrix von Storch 2015 öffentlich darüber nachdachte, auf Flüchtlinge an der Grenze schießen zu lassen, war die Empörung noch groß. Das massenhafte Ertrinken lassen im Mittelmeer und das Verdursten lassen in den Wüsten Nordafrikas ist Teil einer Abschottungspolitik, an deren Brutalität sich zu viele gewöhnt haben. Es scheint, dass der an der AfD kritisierte Autoritarismus dann Zustimmung findet, wenn er in nettere Worte verpackt und vorwiegend außerhalb der EU oder in den isolierten Unterkünften und Ausländerbehörden praktiziert wird. Doch nicht nur: den Angriff auf das Staatsbürgerschaftsrecht – auf dem AfD-Geheimtreffen wurde diskutiert, das auch "nicht-assimilierte" Deutsche deportiert werden sollen – hatte es in den letzten Monaten auch aus der „Mitte“ der Politik gegeben. Vermeintlichen oder echten Antisemit:innen solle die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden, forderten nicht nur Unionspolitiker nach den Angriffen der Hamas auf Israel. Auch um sie dann leichter abschieben zu können.

[...] Zur Erinnerung: Der Bundeskanzler ließ sich erst im Oktober auf dem Spiegel-Cover mit dem Satz „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ zitieren. Und mit seiner kurzen Erklärung auf X zum Geheimtreffen der AfD und Konsorten verschlimmbesserte er es nur noch: „Wer hier lebt, hier arbeitet und sich zu den Grundwerten unserer Demokratie bekennt, gehört zu uns.“ Was mit denen ist, die arbeitslos sind oder sich nicht zur deutschen Staatsräson bekennen wollen, bleibt unklar. Die „Lösungen“ dafür hat die AfD parat. Doch den „Rechtsruck bekämpft man nicht mit Rechtsruck“, wie Luisa Neubauer die Teilnahme der Bundesregierung an den Protesten kommentierte.

Es ist ein fatales Signal, dass die Bundesregierung mit ihrer jüngsten Verschärfung der Asyl- und Abschiebepolitik symbolisch belegt, dass sie auf der Seite des wachsenden Rassismus steht, anstatt sich schützend vor Migrant:innen zu stellen.

<https://www.medico.de/blog/rueckfuehrungsverbesserung-statt-remigration-19351>

## John Pilger (1939 – 2023)



Der international renommierte Journalist und Filmemacher John Pilger ist am 30. Dezember 2023 in London im Alter von 84 Jahren gestorben. *Lindsey German* von *Stop the War* schrieb in einem [Nachruf](#): „Der Tod von John Pilger ist ein sehr trauriger Verlust für die gesamte Bewegung. Er war ein furchtloser und ehrlicher Journalist, ein großer Kritiker des westlichen Imperialismus, dessen Erfahrung in der Berichterstattung über aufeinander folgende Kriege ihm einen realen Einblick gab, wer von den Schrecken des Krieges profitiert. [...] Er schrieb für den *Guardian*, den *New Statesman*, war aber vor allem als Chefkorrespondent des *Daily Mirror* und für seine Dokumentarfilme bekannt. ... Obwohl er vom *Mirror* entlassen wurde, nachdem der Gauner Robert Maxwell ihn gekauft hatte, machte er weiterhin kraftvollen Journalismus, wie die berühmte *Mirror*-Titelseite 2003, bei der er Tony Blair beschrieb, er habe wegen des Irak Blut an seinen Händen. Er war ein prinzipientreuer investigativer Journalist. [...] Sein Werk wird weiterleben.“

„**Der Unbestechliche**“ ist der Titel des Nachrufs auf John Pilger von Dominik Wetzels in der [jungen Welt](#):

Mit seiner integren Art war er zum Vorbild für eine Generation von Journalisten in allen Teilen der Welt geworden.

**Für seine insgesamt 61 Dokumentarfilme gewann der Australier zahlreiche Preise**, darunter einen Emmy, einen BAFTA und den Sydney Friedenspreis. Sein Werk umspannt Vorortberichterstattung aus zahlreichen umkämpften Teilen der Welt, dazu gehörten Vietnam, Osttimor und

Kambodscha; von Palästina bis nach Südafrika besuchte er die Unterdrückten der Welt. Seine Aufmerksamkeit widmete er dabei stets den Opfern und denen, die für Linderung sorgten. Die Mächtigen stellte er schonungslos zur Rede, darunter die Direktoren des Internationalen Währungsfonds oder den späteren US-Sicherheitsberater John Bolton.

»Es reicht nicht, dass sich Journalisten als bloße Überbringer der Nachrichten sehen, ohne die versteckten Absichten hinter der Nachricht zu verstehen und die Mythen, die sie umgeben.« Dieses Credo war nicht nur die Leitlinie für Pilgers eigene journalistische Arbeit, sondern auch die Lehre, die er von allen verstanden wissen wollte, die ihm nahehierten.

[...] Seine preisgekrönten Filme über Kambodscha zum Beispiel förderten eben jene versteckten Absichten ans Tageslicht. In »**Kambodscha: Der Verrat**« aus dem Jahr 1990 dokumentierte er, wie der Westen die Roten Khmer diplomatisch unterstützte und wie auch die BRD diese mit Waffentlieferungen versorgte. In »**Der kommende Krieg mit China**« aus dem Jahr 2016 beleuchtete er den Aufmarsch US-amerikanischer Truppen im Pazifik, welche die Konfrontation mit China suchen. Er besuchte die Opfer der Atombombentests im Bikini-Atoll und richtete den Blick auf die etwa 400 US-Militärbasen, die einen Großteil Chinas umgeben. Mit diesem Wissen verbrachte er seine letzten Lebensjahre unter anderem damit, sein Publikum vor der Gefahr eines dritten Weltkriegs zu warnen.

2001 erklärte er in »**The New Rulers of the World**« die Globalisierung mit Blick auf Indonesien. »**The War you don't see**« aus dem Jahr 2010 analysiert die Propaganda um den »Krieg gegen den Terror« in Irak und Afghanistan. Für den Film interviewte er auch Wikileaks-Gründer *Julian Assange*, der damals noch Zuflucht in der ecuadorianischen Botschaft in London gefunden hatte. Dieser erklärte, wie moderne Kriege mit dem Zweck der Geldwäsche geführt werden. Pilger [...] setzte sich über zwölf Jahre für seine Freiheit ein. [...]

John Pilger hat Maßstäbe gesetzt, was es bedeutet, unabhängiger Journalist zu sein und sich nicht zum Sprachrohr der Mächtigen zu machen. [...] Er hat denen eine Stimme gegeben, die keine haben, diejenigen zur Rede gestellt, die Verantwortung tragen. [...] Er fehlt schon jetzt, doch [seine Werke](#) bleiben uns erhalten.

## Weltsozialforum im Februar 2024 in Nepal

15. bis 19. Februar 2024 in Kathmandu unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“.

2001 in Porto Alegre, Brasilien, als Alternative zum Weltwirtschaftsforum gegründet, hat sich das WSF zur weltweiten Vernetzungsplattform von sozialen Bewegungen entwickelt, die sich gegen Neoliberalismus, Klimungerechtigkeit und die negativen Auswirkungen der Globalisierung richten.

Es versteht sich als Plattform für einen offenen Dialog,

demokratische Debatten und das Streben nach Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik.

**Das vorläufige Programm** findet sich hier:

<https://www.wsf2024nepal.org/aboutOrganization>

**Frühere SiG-Veröffentlichungen zum WSF:**

zuletzt in den Nummern [122](#); [126](#); [139](#); [140](#)

[Strategiedebatte 2008](#)